

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - SÜDTIROL

Ufficio resoconti consiliari
Amt für Sitzungsberichte

SEDUTA
84.
SITZUNG
24. 10. 1978

Presidente: VAJA

Vicepresidente: NICOLODI

Indice

Disegno di legge n. 86:

“Norme sullo stato giuridico e sul trattamento economico del personale delle Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di Bolzano”.

pag. 3

Disegno di legge n. 69:

“Norme per la concessione dell'integrazione dell'indennità premio di servizio ai dipendenti e ai segretari dei comuni della Regione”

pag. 27

Disegno di legge n. 115:

“Norme per l'istituzione di un consorzio tra i comuni per la gestione delle Terme di Comano”

pag. 30

Disegno di legge n. 117:

“Corresponsione di miglioramenti economici ai dipendenti regionali”

pag. 40

Inhaltsangabe

Gesetzentwurf Nr. 86:

“Bestimmungen über die rechtliche Stellung und über die Besoldung des Personals der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern von Trient und Bozen”

Seite 3

Gesetzentwurf Nr. 69:

“Bestimmungen über die Gewährung eines Ergänzungsbetrages zur Abfertigung (Dienstprämie) an die Angestellten und Sekretäre der Gemeinden der Region”

Seite 27

Gesetzentwurf Nr. 115:

“Bestimmungen für die Errichtung eines Konsortiums unter den Gemeinden zur Führung der Heilbäder von Comano”

Seite 30

Gesetzentwurf Nr. 117:

“Entrichtung wirtschaftlicher Verbesserungen an die Regionalbediensteten”

Seite 40

Disegno di legge-voto n. 7:

- a) Modifica delle Costituzioni;
 - b) Modifiche al Testo Unico del nuovo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, a sensi dell'articolo 103 — secondo comma — dello Statuto stesso"
- (presentato dai consiglieri del P.S.I.)

pag. 42

Begehrensgesetzentwurf Nr. 7:

- "a) Änderung der Verfassung";
 - "b) Änderungen zur Vereinheitlichten Fassung des neuen Sonderstatuts für die Region Trentino-Südtirol, die mit VO StPräs. Nr. 670 vom 31. August 1972 gemäß Artikel 103 - Absatz zwei — des Status genehmigt worden ist"
- (vorgelegt von den Abgeordneten der S.P.I.)

Seite 42

Interrogazioni e interpellanze

pag. 58.

Anfragen und Interpellationen

Seite 58.

Ore 10.20

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

DEMETZ (Segretario questore - S.V.P.): *(fa l'appello nominale)*.

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 19.10.1978.

DEMETZ (Segretario questore - S.V.P.): *(legge il processo verbale)*.

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Sono assenti i signori consiglieri: Angeli, Betta, Bolognani, Cogoli, Fedel, Matuella, Mengoni, Sembenotti, Tanas, Vettorazzi, Pasqualin, Rigotti.

Wir kommen zum 15. Punkt der Tagesordnung: Gesetzentwurf Nr. 86: "Bestimmungen über die rechtliche Stellung und die Besoldung des Personals der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern von Trient und Bozen".

Punto 15 dell'ordine del giorno: *Disegno di legge n. 86*: "Norme sullo stato giuridico e sul trattamento economico del personale delle

Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di Bolzano"

Wer meldet sich zur Generaldebatte zu Wort? Es fehlt der zuständige Regionalassessor. Er hat sich schon das letzte Mal zu Wort gemeldet. Bitte, man rufe den Regionalassessor Dubis. Regionalassessor Dubis hat sich bereits das letzte Mal zu Wort gemeldet. Ich bitte um etwas Geduld; er soll gleich eintreffen.

Regionalassessor Dubis hat das Wort. Herr Regionalassessor, wenn Sie etwas gedulden, es funktioniert die Lautsprecheranlage nicht.

Herr Regionalassessor, Sie können beginnen.

Chi chiede la parola nella discussione generale? E' assente il competente Assessore regionale. Aveva chiesto la parola già la scorsa volta. Prego di voler chiamare l'Assessore regionale Dubis, che aveva chiesto la parola, ripeto, la scorsa volta. Prego di voler pazientare, sta arrivando.

La parola all'Assessore regionale Dubis. Signor Assessore, se vuole pazientare un attimino non funziona l'impianto microfonico. Signor Assessore, può iniziare.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): .. im Bericht der Minderheit, daß der Mehrheitsbericht zu diesem Gesetz die Tugend des Hl. Franziskus aufweist, und zwar jene der

Armut. Dem kann man gegenüberhalten, daß der Minderheitsbericht die Tugend des Reichtums an Sprache, an Länge, nicht aber an logischer Argumentation beinhaltet. Insgesamt sind die Einwände der Opposition zu diesem Gesetzentwurf folgende: Zum Ersten wird behauptet, die Region gäbe hier eine Gesetzgebungsbefugnis an das Land ab, eine Art "delega in bianco". Diese Behauptung ist rechtlich nicht tragbar und auch nicht der Wirklichkeit entsprechend, denn, wenn wir in diesem Gesetz vorsehen, daß die Bestimmungen des Personals der Landesangestellten der Provinz Bozen Anwendung finden auf die Kammerangestellten der Provinz Bozen und umgekehrt die Normen der Provinz Trient Anwendung finden auf die Kammerangestellten der Kammer Trient, dann tun wir nichts anderes als eine vorläufige Gleichstellung verfügen. Die Gesetzgebungsgewalt bezüglich des Personals bleibt aber bei uns, bleibt bei der Region. Wir könnten genauso gut morgen, wenn wir der Ansicht sein sollten, daß diese Form der Anhängung nicht mehr tragbar ist, dieses Gesetz wieder abändern. Ich darf außerdem darauf hinweisen, daß auch bisher eine "delega", und zwar nicht eine "delega in bianco", vorgegeben war, denn bisher hat ja auch nicht die Region eine eigene Personalordnung für die Handelskammern erlassen, wie sie hätte tun können, sondern bisher hat es immer geheißen, die Handelskammerangestellten haben dieselbe rechtliche und finanzielle Stellung wie die Angestellten auf nationaler Ebene, also während der Bezugspunkt bisher national war, wird er jetzt eben provinzial, aber rechtlich gesehen, ändert sich nichts und von einer Abtretung der Gesetzgebungsbefugnis zu sprechen, ist einfach rechtlich nicht haltbar.

Ein zweiter Einwand befaßt sich mit der

Behauptung, es sei nicht annehmbar, daß zwei gleiche Institutionen eine ungleiche Besoldung haben, mit anderen Worten, daß die Angestellten zweier identischer Körperschaften mit gleichem Aufgabenbereich eine verschiedene Besoldung haben. Es wird hier der Einwand erhoben, daß diese unterschiedliche Behandlung gegen den Artikel 3 der Verfassung verstoße, der ja das Prinzip der Gleichheit vorsieht. Hier wird aber eines vergessen. Es wird vergessen, daß die beiden Provinzen Bozen und Trient ja auch identische Institutionen im Rahmen derselben Region sind und daß die beiden Provinzen Bozen und Trient auch eine unterschiedliche Form der Besoldung haben und eine unterschiedliche rechtliche Behandlung. Wie kann man das begründen, wenn es auf der einen Seite bei der Provinz Bozen und Trient möglich ist, warum sollte es auf der anderen Seite bei den Handelskammern nicht möglich sein. Es wäre ungerecht in meinen Augen, wenn man hier nur auf die Funktionen Rücksicht nehmen wollte und nicht auch auf die Voraussetzungen, denn die Voraussetzungen für die Bekleidung eines bestimmten Amtes bei der Handelskammer in Bozen sind nicht dieselben wie bei der Handelskammer in Trient, genauso wie die Voraussetzungen für die Bekleidung einer Stelle bei der Landesregierung in Bozen nicht die gleichen sind wie die Voraussetzungen für die Bekleidung einer Stelle in Trient. Hier kann nur derjenige angestellt werden, der eine zweite Sprache beherrscht, der also eine Voraussetzung mehr mit sich bringt und diese zweite Sprache dann auch bei seiner Arbeit verwendet. Also es ist nicht richtig, hier von gleichen Funktionen zu sprechen, wenn die Voraussetzungen unterschiedlich sind und auch die Ausübung der Funktionen unterschiedlich ist. Und es wäre

höchst ungerecht, wenn für diese getrennte Voraussetzung, also wenn man von den Handelskammerangestellten in Bozen mehr verlangt als von denen in Trient, wenn dann die in Bozen nicht eben etwas mehr verdienen würden, genau dasselbe Verhältnis wie wir es bei den Landesangestellten auch haben. Ich glaube, immer dort, wo etwas mehr verlangt wird, sollte dieses Mehr auch entsprechend honoriert werden.

Was den Einwand der Verfassungswidrigkeit anbelangt, hat die Kommission ein Rechtsgutachten eingeholt und dieses Rechtsgutachten ist klar, läßt keine Zweifel offen, daß diese Einwände absolut von der Hand zu weisen sind.

Es wurde dann die Frage noch hier aufgeworfen, wie es denn möglich sei, ohne jeden Grund, jetzt urplötzlich eine Jahre alte Regelung zu ändern, ohne jeden Grund - hat es geheißen. Ich möchte sagen: Hier besteht ein bestimmter Widerspruch in der Opposition selbst, die auf der einen Seite sagt, daß die derzeitige rechtliche Situation dieser Angestellten äußerst konfus ist und auf der anderen Seite behauptet, daß kein Grund bestünde für eine Abänderung der Gesetzgebung. Der Grund besteht; es ist auch aus dem Begleitbericht der Regionalregierung zum Gesetz - so kurz dieser Begleitbericht auch ist - klar ersichtlich, daß es eine Notwendigkeit ist, hier eine neue Regelung zu finden, weil die derzeitige Regelung auf Gesetzesbestimmungen fußt, die widersprüchlich sind.

Es würde zu weit führen, hier auf die einzelnen Bestimmungen einzugehen und diese zu erläutern. Wer den Gesetzentwurf verfolgt hat, weiß hier ohnedies Bescheid. Es ist aber auch, unabhängig von dieser Rechtsunsicherheit des Augenblickes, welche durch die Erlassung des vorliegenden Gesetzentwurfes überwunden werden soll, unabhängig davon, entspricht es auch

einer konkreten Notwendigkeit, hier eine Änderung herbeizuführen. Dies bezieht sich vor allem auf den Bereich der Provinz Bozen. Wir haben festgestellt, daß im Rahmen der Provinz Bozen eine Art Konkurrenzsituation sich ergeben hat zwischen den Angestellten der verschiedenen öffentlichen Ämter, hauptsächlich eine Konkurrenzsituation zwischen der Landesregierung und der Handelskammer. Gewisse Positionen des Personals beim Land sind wesentlich attraktiver als andere entsprechende Positionen bei der Kammer, so daß sich hier eine Konkurrenzsituation ergeben hat, die von der Kammer weg Personal zum Land gezogen hat. Wir sind bei der Erarbeitung dieses Gesetzes auch von dieser Voraussetzung, von dieser konkreten Tatsache ausgegangen und haben uns als Zielsetzung vorgenommen, hier eine Angleichung zu schaffen, welche auch dieser Konkurrenzsituation Rechnung trägt. Wenn wir die Angleichung geschaffen hätten, wie auch vom einen oder anderen behauptet wurde, auf regionaler Ebene, dann hätten wir nicht auch gleichzeitig dieser besonderen Situation Rechnung tragen können, weil die Realität in den beiden Provinzen unterschiedlich ist.

Zum Einwand der Kommunistischen Partei, es sei nicht angebracht, zu diesem Zeitpunkt eine Änderung vorzunehmen, wenn doch eine Reihe von Gesetzentwürfen auf nationaler Ebene zu diesem Thema anstehen, wenn die Zwölfer-Kommission sich gleichzeitig mit der Neuordnung der Handelskammer befaßt. Ich glaube, daß dieser Einwand hier nicht herpaßt, denn wir behandeln in diesem Gesetz ja nicht die Neuordnung der Kammer an sich, sondern wir behandeln in diesem Gesetz eine Regelung des Personals. Sollte morgen der Aufgabenbereich der Kammern infolge der Neuordnung auf Staatsebene

bzw. der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut, sollte morgen eine Ausdehnung der Aufgaben erfolgen, dann ist dieses Gesetz sowieso am Platze, denn in diesem Fall würden Befugnisse des Landes notwendigerweise den Kammern übergeben, nicht Befugnisse der Region oder anderer Körperschaften. Sollte umgekehrt eine Aushöhlung der Kammern oder gar eine Auflösung der Kammern, wie von mancher Seite verlangt wird, erfolgen und die Aufgabe der Kammern samt Personal von den Ländern absorbiert werden, ja dann ist dieses Gesetz auch wieder am Platz, weil es ja dann präventiv bereits die Gleichstellung des Personals vorsieht und somit kein Hindernis darstellt.

Es wurde dann weiterhin Kritik geübt, daß dieses Gesetz im letzten Augenblick vorgelegt wird. Ich muß auch diese Kritik zurückweisen. Wir arbeiten an diesem Gesetz seit mehreren Jahren. Es hat lange gedauert ...

(Unterbrechung)

DUBIS (S.V.P.): Ich darf um etwas Ruhe bitten, so kann man nicht reden.

PRÄSIDENT: Ich bitte um etwas mehr Ruhe, weil man versteht den Herrn Assessor nicht allzu sehr.

DUBIS (S.V.P.): Der Vorwurf, daß dieses Gesetz im letzten Augenblick vorgelegt wurde, muß ebenfalls zurückgewiesen werden. Es hat lange gedauert, das stimmt, bis dieses Gesetz in seiner heutigen Form fertig war. Es hat deshalb lange gedauert, weil wir lange Zeit mit den Verwaltungen der beiden Kammern und mit den Gewerkschaften verhandelt haben. Wir haben uns auch im wesentlichen mit den Gewerkschaft-

ten geeinigt; bis auf einige wenige Punkte konnten wir den Text gemeinsam verfassen; offen geblieben sind einige wesentliche Fragen, aber ich glaube, daß das bei Verhandlungen zwischen Regierung und Interessenvertretungen jeder Art immer so ist, daß man schließlich und endlich sich auf einen Kompromiß einigen muß, man kann nicht einfach blind und manchmal, möchte ich sagen, verantwortungslos alle Forderungen übernehmen, sondern man kann nur diejenigen Forderungen übernehmen, von welcher Seite sie auch immer kommen, die man verantwortungsvoll dann auch vertreten kann.

Der Gesetzentwurf wurde von der Regionalregierung vor etwa einem Jahr verabschiedet, wurde dann zur weiteren Behandlung, wie es eben unsere Bestimmungen vorsehen, der 1. Gesetzgebungskommission übermittelt, welche bereits eine ganze Reihe von anderen Gesetzen zur Behandlung anhängig hatte und somit nicht unverzüglich an die Behandlung dieses Gesetzentwurfes schreiten konnte. Über Antrag einiger Mitglieder der 1. Gesetzgebungskommission wurde ein Rechtsgutachten eingeholt über die Verfassungsmäßigkeit dieser Gesetzesvorlage und auch das hat wieder einige Zeit gedauert, bis dieses Rechtsgutachten eingetroffen ist und somit konnte der Gesetzentwurf von der 1. Gesetzgebungskommission, die übrigens auch noch direkte Kontakte mit den Gewerkschaften gepflogen hat, eben erst relativ spät verabschiedet werden. Das ist der Grund, warum dieses Gesetz im letzten Augenblick, wie hier gesagt wurde, erst zur Behandlung kommt.

Es sei mir gestattet, grundsätzlich noch eine Feststellung hier zu machen, die das Gesetz nicht direkt betrifft, aber in direkter Verbindung steht mit Einwänden gewisser Kollegen der Kommunistischen Partei über die Zukunft der

Handelskammern. Hier wurde von der Notwendigkeit einer völligen Umstrukturierung gesprochen, von der Auflösung der Handelskammern, wenn ich richtig verstanden habe, in ihrer jetzigen Form. Ich möchte sagen, daß ich als zuständiger Assessor gegen eine völlige Umstrukturierung bin, daß ich gegen eine Auflösung bin, daß ich gegen eine Aushöhlung bin der Handelskammern, weil ich der Ansicht bin, daß die Handelskammern ihren Aufgaben, dank auch dem Fleiß des Personals, heute voll und ganz nachkommen und daß es ungeschickt wäre, widersprüchlich wäre, wenn man einen Apparat, der gut funktioniert, auflösen oder aushöhlen würde, um ihn zu ersetzen durch einen anderen Apparat, von dem man nicht weiß von vorneherein, wie er dann funktionieren würde. Im Gegenteil, wenn ein Apparat gut funktioniert, dann ist es logischer, wenn man diesem Apparat zusätzlich Aufgaben überträgt im Rahmen dessen, was er arbeitsmäßig verkraften kann. Ich werde diesen Standpunkt auch in Zukunft vertreten und ich hoffe, daß ich bei diesem Standpunkt nicht allein sein werde.

Es wurde dann im Bericht noch kritisiert, daß dieser Gesetzentwurf nicht eine Gleichstellung mit sich bringe, sondern eine noch größere Differenzierung im Rahmen der Region. Und hier kommen wir zurück auf den Ausgangspunkt und somit zum Ende: Ich bin der Ansicht, daß die Bemühungen, mit denen an sich alle einverstanden sind, eine Gleichstellung der Angestellten im öffentlichen Dienst herbeizuführen, nicht auf regionaler Ebene beginnen können, also einheitlich für die gesamte Region, wenn dortselbst die Sachlage nicht die gleiche ist und wenn die Voraussetzungen nicht dieselben sind, sondern diese Bemühungen müssen meines Erachtens beginnen auf provinzieller Ebene, auf

dem Territorium der beiden Provinzen. In diesem Sinne, also was die endgültige Gleichstellung anbelangt, ist das vorliegende Gesetz natürlich nicht eine allgemeine Lösung, sondern der Beginn eines Versuches im Rahmen der politischen Zielsetzungen, über die wir uns diesbezüglich alle einig sind.

(Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): (Nella relazione delle minoranze si legge che dalla relazione della maggioranza a questa legge, traspare la virtù di S. Francesco e cioè la povertà. Di contro si può tuttavia affermare che la relazione di minoranza è costellata dalla virtù di ricchezza di linguaggio essendo molto estesa, ma non si può certamente affermare che contiene argomentazioni logiche, per cui: le obiezioni dell'opposizione a questo progetto di legge sono le seguenti: Innanzitutto si afferma che la Regione cederebbe nel caso specifico le proprie competenze legislative alle Province, conferendo loro una specie di "delega in bianco". Questa asserzione non è giuridicamente sostenibile e neppure rispondente alla realtà, in quanto, prevedendo in questa legge che le norme del personale della Provincia di Bolzano vengano estese pure a favore dei dipendenti delle Camere di Commercio della Provincia di Bolzano e viceversa la normativa che disciplina il rapporto di lavoro dei dipendenti provinciali trentini al personale delle Camere di Commercio di Trento, non facciamo altro che disporre provvisoriamente un'equiparazione. Il potere legislativo riguardante il personale rimane tuttavia alla Regione. Un domani nessuno ci vieterà di modificare la legge, qualora ci rendessimo conto che questa forma di aggancio non fosse più sostenibile. Mi si permetta di fare presente come anche in precedenza si aveva rilasciato una

“delega” non una “delega in bianco”, poichè fino ad oggi la Regione non aveva mai emanato un apposito ordinamento del Personale delle Camere di Commercio, pur avendo tale facoltà. Fino ad oggi si applicava il trattamento giuridico ed economico del contratto nazionale, mentre ora ci si appoggia alle Province, ma sotto il profilo giuridico nulla è cambiato, per cui non si può affermare, mancando del resto qualsiasi fondamento giuridico, di cessione di competenza legislativa.

La seconda obiezione riguarda il trattamento economico differenziato pur trattandosi di due istituti identici, con altre parole si obietta che i dipendenti delle due Camere di Commercio percepiscono stipendi diversi, pur svolgendo mansioni identiche, la qual cosa, così si afferma, mal si concilierebbe con l'articolo 3 della Costituzione, che prevede il principio dell'uguaglianza. A tal proposito si dimentica che le due province di Bolzano e Trento, pur essendo istituti identici nell'ambito della stessa Regione, si differiscono appunto nell'ordinamento giuridico ed economico del personale. Come è possibile quindi motivare questa presa di posizione e se per le due Province è possibile tale differenziazione, perchè questa possibilità non deve esistere pure per le due Camere di Commercio. Sarebbe ingiusto, a mio avviso, prendere in considerazione le sole funzioni e non anche i requisiti che sono diversi per la Camera di Commercio di Bolzano rispetto a quella di Trento, così come per essere assunti dalla Giunta provinciale di Bolzano le premesse poste sono diverse di quelle richieste in Provincia di Trento. In Alto Adige possono essere assunti soltanto candidati che conoscono la seconda lingua e che posseggono quindi un requisito in più, essendo anche obbligati di usarla nello svolgimento del

proprio lavoro. Non è quindi giusto affermare che si tratta pur sempre della stessa funzione, essendo richiesti requisiti non identici, per cui anche l'esercizio delle funzioni è diverso. Sarebbe del resto una grave ingiustizia, se i dipendenti delle Camere di Commercio di Bolzano non guadagnassero qualche cosa in più rispetto ai colleghi di Trento, dato che, ripeto, ai primi si richiede un requisito in più e lo stesso rapporto esiste appunto per i dipendenti delle due Giunte provinciali. Ritengo inoltre giusto che quel più venga anche adeguatamente riconosciuto nel trattamento economico.

Per quanto concerne l'obiezione dell'incostituzionalità, la commissione ha richiesto un parere giuridico, e le relative conclusioni respingono senza ombra di dubbio predette obiezioni.

Si è voluto inoltre rimproverarci che improvvisamente senza alcuna motivazione palese abbiamo voluto modificare una regolamentazione esistente già da molti anni ed in questa affermazione noto una determinata contraddizione della stessa opposizione, che da una parte lamenta un'estrema confusione nell'attuale situazione giuridica dei dipendenti, mentre dall'altra non esisterebbe, a suo parere, alcun motivo di modificare la legislazione vigente. Il motivo esiste, per quanto breve sia la relazione della Giunta regionale che accompagna il presente provvedimento legislativo, in essa si evidenzia la necessità di trovare una nuova normativa, in quanto la materia è disciplinata attualmente da norme contrastanti.

Sarebbe troppo entrare nel merito di ogni singola norma per illustrarla. Chi ha seguito l'iter del progetto di legge ne è bene informato. A prescindere da questa incertezza giuridica del momento, che dovrebbe essere superata con la

promulgazione della presente legge, esiste una concreta necessità di una modifica e ciò riguarda soprattutto la Provincia di Bolzano. Abbiamo constatato che in Alto Adige è venuta a verificarsi una situazione di concorrenza tra dipendenti dei vari uffici pubblici e in particolare tra Giunta provinciale e Camere di commercio. Determinate posizioni del personale della Provincia sono più attrattive di altre presso la Camera di Commercio, per cui personale di quest'ultimo ente ha preferito la amministrazione provinciale. Nell'elaborare il presente documento legislativo abbiamo tenuto conto di questo fatto concreto ponendoci come scopo un adeguamento dei vari livelli retributivi per fronteggiare fra l'altro questa situazione di concorrenza. Se avessimo cercato un avvicinamento a livello regionale non avremmo potuto tener conto di questa situazione particolare, in quanto la realtà delle due Province è diversa.

In merito all'obiezione del P.C.I., che in questo momento qualsiasi variazione è inopportuna, essendo in discussione in Parlamento progetti di legge su questo argomento, mentre la commissione dei 12 si sta occupando con il riordinamento delle Camere di Commercio, devo dire che quanto si obietta non è pertinente, in quanto non stiamo trattando il riassetto delle Camere, ma bensì il riordinamento del personale. Se un domani con legge nazionale ossia con norme di attuazione allo Statuto di autonomia venissero ampliate le funzioni, il presente provvedimento risulterebbe opportuno comunque, poiché in tal caso le Province cederebbero competenze alle due Camere in questione e non la Regione o altri enti. Se viceversa si dovesse giungere allo svuotamento delle Camere di Commercio o addirittura al loro scioglimento come richiesto da determinati ambienti, con il

conseguente trasferimento del personale alle Province, questa legge è altrettanto equa, prevedendo preventivamente la parificazione del personale ed eliminando sin d'ora un ostacolo.

E' stato inoltre criticato il fatto che il provvedimento giunge in aula all'ultimo momento, ma devo respingere tale rimprovero, poiché sono anni che lavoriamo a questa legge. Il lavoro è stato lungo...

Interruzione

DUBIS (S.V.P.): Credo di poter chiedere un po' di silenzio, con questa rumorosità non si può parlare.

PRESIDENTE: Prego un po' più di silenzio, non si riesce a comprendere bene il Signor Assessore.

DUBIS (S.V.P.): Il rimprovero, che questa legge sarebbe stata presentata all'ultimo momento è da respingere. E' trascorso molto tempo, finchè si è riusciti a giungere a questo testo. Abbiamo condotto trattative con le amministrazioni delle due Camere ed i sindacati ed in linea di massima abbiamo raggiunto un accordo con le organizzazioni sindacali; eccezion fatta per alcuni punti siamo riusciti ad elaborare di comune accordo il testo di legge, mentre sono rimaste aperte alcune questioni essenziali, ma ritengo che trattative tra Governo e rappresentanze di categoria di qualsiasi genere, si concludono sempre con una soluzione di compromesso, non essendo possibile accettare ciecamente e talvolta, vorrei dire, irresponsabilmente tutte le richieste. Si possono infatti accogliere soltanto richieste, indipendentemente da chi provengono, che si possono accettare responsabilmente.

Il progetto di legge è stato approvato dalla

Giunta regionale circa un anno fa e trasmesso per l'ulteriore trattazione, come previsto dal nostro regolamento, alla I° commissione legislativa, presso la quale pendeva una serie di altre leggi, per cui la commissione in parola si è trovata nell'impossibilità di esaminare subito il progetto di legge. Su proposta di alcuni membri della I° commissione legislativa è stato richiesto un parere legale circa la costituzionalità del progetto di legge in questione, parere che si è fatto attendere, per cui la commissione ha ultimato i propri lavori piuttosto tardi, anche perchè ha voluto avere contatti diretti con le organizzazioni sindacali. Per questo motivo il presente provvedimento è stato presentato al Consiglio all'ultimo momento, come si è detto.

Mi si permetta di fare una constatazione che non riguarda direttamente la legge, ma che è connessa con le obiezioni di determinati colleghi del partito comunista sul futuro delle Camere di Commercio. In questa sede si è parlato della necessità di una completa ristrutturazione e dello scioglimento di predetti enti, se ho ben inteso. Come Assessore competente sono contrario ad una completa ristrutturazione, ad un loro svuotamento, essendo dell'avviso che le Camere di commercio adempiono pienamente i propri compiti, anche per la diligenza del personale e che sarebbe inopportuno e contraddittorio svuotare o sciogliere un apparato ben funzionante, per sostituirlo con un altro senza conoscere a priori il relativo funzionamento. Al contrario, se una struttura funziona bene è più logico trasferire a questo organismo altre funzioni nella misura della sua capacità. Sosterrò questo punto di vista anche in futuro e spero di essere affiancato da altri al momento opportuno.

Dalla relazione è emersa inoltre la critica come il progetto di legge non operi una

parificazione, ma creerebbe ulteriori differenziazioni nell'ambito della Regione. E così ritorniamo al punto di partenza ed alla conclusione: sono dell'opinione che questi sforzi, sui quali tutti concordano, tendono ad equiparare il personale del pubblico impiego, ma l'inizio non va fatto a livello regionale, trovandoci di fronte a realtà e necessità diverse, bensì, almeno a mio avviso, a livello provinciale, vale a dire nell'ambito del territorio delle due province. Per quanto concerne la parificazione definitiva, il presente documento non è da considerarsi una soluzione generale, ma un tentativo di avviare a soluzione un problema nell'ambito delle nostre finalità politiche, sulle quali noi tutti concordiamo.)

PRESIDENTE: Die Generaldebatte ist geschlossen. Wir stimmen ab über den Übergang zur Sachdebatte. Wer ist dafür? Dagegen? Stimmenthaltungen? Der Übergang ist mit 9 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung beschlossen.

La discussione generale è chiusa. Votiamo per il passaggio all'esame articolato. Chi approva? Contrari? Astensioni? Il passaggio è approvato con nove voti contrari e una astensione.

Art. 1

Lo stato giuridico, il trattamento economico, il trattamento di pensione, i benefici assistenziali, previdenziali e di ogni altra natura previsti dalle norme concernenti il personale amministrativo delle Province autonome di Trento e di Bolzano si applicano al personale delle Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura rispettivamente di Trento e di Bolzano, salvo

quanto diversamente disposto dalla presente legge.

Per quanto concerne in particolare la gestione dell'indennità di fine servizio, da corrispondere al personale e dei contributi a carico del trattamento economico del personale medesimo, le Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura vi provvedono direttamente in base alla legislazione provinciale nonché alla legislazione vigente per l'iscrizione all'INADEL cui la legislazione provinciale rinvia.

Le Camere di commercio accantonano annualmente, nei rispettivi bilanci, l'importo pari all'indennità maturata da ciascun dipendente e adeguano gli accantonamenti effettuati per gli anni precedenti.

Ai fini dell'assicurazione obbligatoria di malattia il personale delle Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di Bolzano continua ad essere iscritto all'Ente nazionale di previdenza per i dipendenti da enti di diritto pubblico.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 2 astenuti.

Art. 2

Le dotazioni del ruolo organico delle Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di quella di Bolzano sono quelle descritte rispettivamente nelle tabelle A e B allegate alla presente legge.

Ha la parola il cons. Crespi.

CRESPI (P.L.I.): Posso chiedere adesso, onorevole Presidente la verifica del numero legale ?

PRESIDENTE: Es wurde die Feststellung der gesetzlichen Anzahl beantragt. Diese gesetzliche Anzahl wird bei der nächsten Abstimmung festgestellt werden, bei der Abstimmung über Artikel 2. Ich bitte die Herren Sekretäre, genau zu zählen. Wir stimmen über Artikel 2 ab. Wer ist dafür? Dagegen? Stimmenthaltungen?

Der Abgeordnete, welcher die Feststellung der gesetzlichen Anzahl beantragt hat, müßte im Saal anwesend sein, denn er kann nicht die gesetzliche Anzahl feststellen lassen und nicht anwesend sein. Mit dem Abgeordneten Crespi sind 36 Abstimmende anwesend. Die gesetzliche Anzahl ist vorhanden. Es geht nicht an, daß ein Antragsteller zur Feststellung der gesetzlichen Anzahl — es ist entwürdigend für den Regionalrat — sich entfernt. Also es ist die gesetzliche Anzahl mit Abg. Crespi vorhanden.

Artikel 2 ist genehmigt.

E' stata richiesta la verifica del numero legale, che sarà verificato alla prossima votazione riguardante l'art. 2. Prego i signori segretari questori di voler essere precisi. Pongo in votazione l'art. 2. Chi approva? Contari? Astensioni ?

Il Consigliere che ha chiesto la verifica dovrebbe essere in sala, in quanto non può chiedere la verifica senza essere presente. Con il Consigliere Crespi i presenti sono 36. Siamo in numero legale. Non è ammissibile che un Consigliere chieda la verifica e poi abbandoni l'aula, è poco dignitoso per il Consiglio regionale. E' presente il numero legale contando anche il Consigliere Crespi.

L'art. 2 è approvato con 35 favorevoli e 1 astenuto.

Art. 3

Alla qualifica di segretario generale si accede mediante concorso per titoli, riservato ai direttori di divisione di ciascuna Camera con almeno tre anni di anzianità nella qualifica, che abbiano riportato nell'ultimo triennio un giudizio complessivo non inferiore a distinto.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 4

Il segretario generale è sostituito, in caso di assenza o di impedimento, da un funzionario con qualifica di direttore di divisione. Il conferimento delle funzioni è disposto con deliberazione della Giunta camerale.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 5

I compiti che le norme relative all'ordinamento del personale delle Province autonome di Trento e di Bolzano attribuiscono agli organi provinciali sono esercitati dai corrispondenti organi camerale.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 6

Per l'ammissione ai concorsi pubblici, oltre ai requisiti generali previsti dall'articolo 56 della legge provinciale 23 agosto 1963, n. 8, di Trento e dall'articolo 27 della legge provinciale 3 luglio 1959, n. 6, di Bolzano e successive modificazioni, è richiesto il possesso:

- del diploma di laurea per i posti della carriera direttiva;
- del diploma di istituto di istruzione secondaria di secondo grado per i posti della carriera di concetto;
- del diploma di istruzione secondaria di primo

- grado per i posti della carriera esecutiva;
- del diploma della scuola dell'obbligo per i posti della carriera del personale ausiliario; per gli agenti tecnici da adibire alla conduzione di automezzi è richiesta altresì la patente di categoria C.

La Giunta camerale, in sede di approvazione dei bandi di concorso relativi alle carriere direttiva, di concetto ed esecutiva, dovrà specificare, di volta in volta, tenuto conto delle funzioni che saranno affidate ai vincitori dei concorsi medesimi e delle equipollenze stabilite dalle norme vigenti, il tipo di diploma richiesto per l'ammissione ai concorsi stessi.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 7

I rapporti informativi sono compilati, in conformità ai criteri contenuti nella legislazione provinciale sul personale, dal segretario generale per i funzionari rivestenti qualifica non inferiore a direttore di divisione e da questi ultimi per il personale dipendente dai medesimi. Per il rimanente personale provvede il segretario generale.

Il giudizio complessivo è formulato dal Presidente della Giunta camerale per i funzionari rivestenti qualifica non inferiore a direttore di divisione e dal segretario generale per il restante personale.

Per il segretario generale si prescinde dalla compilazione del rapporto informativo e del giudizio complessivo.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 8

Presso la Giunta camerale è costituito il Consiglio di amministrazione del personale, presieduto dal Presidente della Giunta medesima o da un componente della stessa da lui delegato, è composto:

- 1) dal segretario generale;
- 2) da tre dipendenti della carriera direttiva o di concetto;

3) da due rappresentanti del personale eletti dal personale medesimo a scrutinio diretto e segreto.

Per la Camera di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Bolzano la composizione del Consiglio di amministrazione del personale deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici come sono rappresentati nel Consiglio provinciale.

Il Consiglio è nominato all'inizio di ogni biennio dalla Giunta camerale.

Le funzioni di segretario del Consiglio sono esplicate da uno dei membri di cui al punto 2).

Per la validità delle deliberazioni del Consiglio è necessaria la presenza di almeno due terzi dei componenti.

Le deliberazioni si adottano a maggioranza di voti. In caso di parità prevale il voto del Presidente.

Per gli impiegati con qualifica non inferiore a direttore di divisione le attribuzioni del Consiglio di amministrazione del personale sono esercitate dalla Giunta camerale.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 9

All'inizio di ogni biennio è costituita, con deliberazione della Giunta camerale, la Commissione di disciplina.

Essa è composta da un membro della Giunta con funzioni di presidente e da un dipendente con qualifica non inferiore a direttore di divisione.

La Commissione stessa è integrata di volta in volta da un rappresentante del personale di qualifica pari o superiore a quella del dipendente

sottoposto a procedimento, designato dalle Organizzazioni sindacali maggiormente rappresentative esistenti presso ciascuna Camera di commercio, industria, artigianato e agricoltura.

Funge da segretario un funzionario designato dalla Giunta camerale.

Per la validità delle riunioni è necessaria la presenza di tutti i componenti.

Per ciascuno dei membri permanenti della Commissione è nominato un supplente con qualifica corrispondente a quella del titolare.

Qualora durante il biennio il presidente o taluno dei membri permanenti della Commissione, od il segretario, venga a cessare dall'incarico, si provvede alla sostituzione per il tempo che rimane al compimento del biennio.

Nessuno può far parte della Commissione per più di quattro anni consecutivi.

Per i dipendenti con qualifica non inferiore a direttore di divisione le attribuzioni della Commissione di disciplina sono esercitate dalla Giunta camerale.

Per la Camera di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Bolzano la composizione della Commissione di disciplina deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici come sono rappresentati nel Consiglio provinciale.

Lo metto in votazione: è approvato all'unanimità.

Art. 10

I dipendenti di ruolo di ciascuna Camera di Commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di Bolzano sono immessi nella carriera e nella qualifica — rispettivamente classe economica di stipendio — spettante sulla base

delle unite tabelle di equiparazione conservando nella nuova posizione l'anzianità acquisita nella qualifica di provenienza (allegati C e D).

L'inquadramento nelle nuove qualifiche è deliberato dalle Giunte camerale, sentito il Consiglio di amministrazione del personale, entro 90 giorni dall'entrata in vigore della presente legge e avrà effetto dal primo giorno del mese successivo a quello di entrata in vigore della legge medesima.

Al personale inquadrato ai sensi dei precedenti commi il servizio non di ruolo comunque prestato ad orario completo presso ciascuna Camera e non già riconosciuto ai sensi delle norme in vigore è riconosciuto per intero nei limiti di un biennio e per metà per l'eccedenza. Nell'applicazione di tale beneficio si tiene conto dell'eventuale servizio non di ruolo riconosciuto ai sensi dell'articolo 5 della legge regionale 28 agosto 1970, n. 17.

Lo metto in votazione: è approvato all'unanimità.

Art. 11

Per il personale della carriera di concetto della Camera di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Bolzano che, alla data di entrata in vigore della presente legge, risulti in possesso della qualifica di segretario principale — parametro 255 — l'anzianità necessaria per l'attribuzione della seconda classe di stipendio — parametro 302 — è ridotta ad anni tre.

Lo metto in votazione: è approvato all'unanimità.

Art. 11 bis

Il personale femminile comunque assunto che, alla data di entrata in vigore della presente legge, sia addetto alla pulizia degli uffici camerale ad orario ridotto, è equiparato al personale di ruolo ed è soggetto alla disciplina prevista dal presente articolo.

Esso presta servizio, con orario giornaliero di sei ore, fino al compimento dei limiti di età stabiliti per il rimanente personale camerale.

Allo stesso è corrisposto un trattamento economico annuo lordo pari a otto decimi del trattamento economico complessivo previsto per il personale della qualifica iniziale della carriera ausiliaria.

In caso di prestazione di servizio con orario inferiore al limite giornaliero sopra stabilito il trattamento economico spettante sarà ridotto in proporzione.

Per quanto non previsto nel presente articolo si applicano le norme relative allo stato giuridico ed al trattamento economico del personale camerale.

Lo metto in votazione: è approvato all'unanimità.

Art. 12

Qualora il trattamento economico spettante a seguito dell'inquadramento di cui al precedente articolo 10 risulti inferiore a quello complessivo annuo in precedenza goduto — escludendo dal computo i compensi per prestazioni di lavoro straordinario, anche se forfettizzati e le quote di ripartizione di compensi aventi comunque carattere di aleatorietà — l'eccedenza è conservata a titolo di assegno personale pensionabile,

riassorbibile con 1/5 dei futuri incrementi retributivi dovuti ad aumenti di carattere generale o derivanti da progressioni in carriera o di classe.

L'ammontare dell'eventuale assegno personale viene determinato con deliberazione della Giunta camerale da sottoporre all'approvazione dell'organo tutorio.

Lo metto in votazione: è approvato all'unanimità.

Art. 13

Nell'ambito delle Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di Bolzano la sostituzione, in caso di assenza o di impedimento del segretario generale, è assicurata, per tutto il periodo della loro permanenza inservizio, dai due funzionari che, fino alla data di entrata in vigore della presente legge, hanno rivestito la qualifica di vice segretario generale.

Ha la parola l'assessore Dubis, sull'art. 13

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Hier ist vergessen worden, wir hatten das in der Kommission besprochen und es müßte nach den Worten: "e' assicurata" in der 3. Zeile eingefügt werden: "in deroga all'articolo 4". Also eine reine Formsache! Das wurde vergessen, im Text festzuhalten und ich möchte, daß diese Richtigstellung vorgenommen wird. Meines Erachtens handelt es sich um eine formelle Richtigstellung.

PRESIDENTE: Nach "e' assicurata"...

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): ... nach "e' assicurata" in der 3. Zeile ist einzufügen: "in deroga all'articolo 4".

(Dubis (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): Si tratta di una dimenticanza, ne avevamo discusso in commissione, per cui dopo le parole: "è assicurata" al terzo rigo andrebbe inserita la dizione: "in deroga all'art. 4". Trattasi di una questione formale! Si tratta, ripeto, di una dimenticanza e desidero che si provveda a rettificare. Sono dell'opinione che si tratti di una rettifica formale.

PRESIDENTE: Dopo "è assicurata"...

DUBIS (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): ... dopo "è assicurata" al terzo rigo si dovrebbe inserire: "in deroga all'articolo 4".

PRESIDENTE: Alla terza riga, su proposta dell'assessore Dubis, viene inserita la dizione "in deroga all'art. 4".

La presidenza la considera una correzione di forma, alla quale si darà luogo.

Metto in votazione l'art. 13: è approvato a maggioranza con 4 voti contrari.

Art. 14

Il personale camerale in servizio di ruolo alla data di entrata in vigore della legge regionale 3 novembre 1973, n. 18, può conservare i maggiori benefici dalla stessa legge previsti, escluso il beneficio di cui all'articolo 4, lettera d) dello Statuto del soppresso fondo di pensione e di previdenza a favore del personale delle Camere di commercio, dichiarando, entro sessanta giorni

dalla data di entrata in vigore della presente legge, di assumere irrevocabilmente a proprio carico, oltre ai contributi previsti dai precedenti articoli, anche il contributo del 2,70 per cento sulla retribuzione complessiva determinata ai sensi dell'articolo 8 del regolamento del soppresso fondo di pensione e di previdenza delle Camere.

I benefici previsti dalla legge regionale 3 novembre 1973, n. 18 sono assicurati, alle condizioni previste dalla legge medesima, al personale camerale che viene collocato a riposo ai sensi della legge 24 maggio 1970, n. 446.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 5 voti contrari.

Art. 15

Al personale in quiescenza con pensione a totale o parziale carico delle Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di Bolzano a sensi della legge regionale 3 novembre 1973, n. 18 si applica la disciplina prevista nella legge 29 aprile 1976, n. 177 per la perequazione automatica delle pensioni.

I relativi oneri sono a carico delle rispettive Amministrazioni camerali.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 2 astenuti.

Art. 16

A partire dalla data di entrata in vigore della presente legge, salvi gli effetti disposti dalla medesima, sono abrogate la legge regionale 1 maggio 1960, n. 9, la legge regionale 5 novembre 1960, n. 23, la legge regionale 20 aprile 1963, n.

13, la legge regionale 16 novembre 1968, n. 50, la legge regionale 28 agosto 1970, n. 17 e la legge regionale 3 novembre 1973, n. 18

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 9 voti contrari e 1 astensione.

Dichiarazioni di voto? Ha la parola il cons. Ricci per dichiarazione di voto.

RICCI (P.S.I.): Grazie, signor Presidente. Mi sembra che la velocità con la quale si è passati alla discussione e all'approvazione di questa legge, dimostri il clima e il tipo di situazione, creatasi dopo circa un anno di esame, di discussione, di confronto nell'ambito della I commissione legislativa. Dobbiamo precisare, oltre a quanto abbiamo già detto nei lunghi dibattiti in commissione, che siamo nettamente contrari a questa legge e del resto non scopriamo niente, poichè abbiamo anche firmato la relazione di minoranza, dove abbiamo esposto, credo in forma molto corretta, le motivazioni di ordine giuridico, oltre che politico, per le quali noi ci opponiamo. Vogliamo aggiungere alcune considerazioni per riconfermare questo nostro voto nettamente contrario che ci trova a dover sottolineare, ancora una volta, le contraddizioni ed un certo tipo di gestire questa nostra Regione, le residue competenze e pertanto il tutto non fa che riconfermare il nostro timore di volere veramente esautorare la Regione per gestire, nell'ambito di ognuna delle due Province, i problemi, a seconda della visione clientelare — mi si conceda di dire — che corrisponde ai partiti che governano le due Province e, assieme, la Regione.

Io vorrei solamente osservare qualche cosa di quanto abbastanza contraddittoriamente, è stato

fatto presente dall'avv. assessore Dubis nella sua replica...

PRESIDENTE: Chiedevò solo un pò di silenzio affinché si capisse meglio.

RICCI (P.S.I.): Alcune precisazioni, tanto per essere chiari e soprattutto per dimostrare che non siamo assolutamente prevenuti nei confronti nè dei dipendenti della Camera di commercio di Bolzano, nè tanto meno dell'atteggiamento che sarà assunto con il varo di questa legge. Ci sono motivazioni sostanziali non solo da parte nostra ma anche da parte di tutte le minoranze, sono preoccupazioni di avversione a questo tipo di legge anche da parte di alcuni strati della maggioranza stessa. Volevo, come dicevo prima, precisare, avv. Dubis, che non possiamo accettare che ai dipendenti della Camera di commercio di Bolzano venga richiesto qualche cosa di più che non ai dipendenti delle Camere di commercio delle altre province e, per quanto ci riguarda, della provincia di Trento. E' già stato messo in particolare evidenza che l'unica differenza, l'unica caratteristica che si chiede ai funzionari, ai dipendenti della Camera di commercio di Bolzano è la conoscenza della seconda lingua. Su questo noi eravamo perfettamente d'accordo e sarà un motivo necessario per intrattenerci anche nel futuro. Siamo perfettamente d'accordo che questo bilinguismo venga riconosciuto ed indennizzato, senza per questo però scompaginare e sovvertire la normazione che dovrebbe attenere tutti i lavoratori del pubblico impiego, come noi pretendiamo essa sia. Lei ha escluso che ci siano vizi di costituzionalità. Abbiamo il parere Guarino che ha fatto una grande confusione e non ha certamente risposto a quelli che erano i dubbi legittimi che in commissione, perlomeno per la parte socialista, io ho sollevato. Osservo

invece che dubbi di costituzionalità un altro costituzionalista ha sollevato, ha riscontrato e faccio solamente il nome dell'avv. prof. Roversi Monaco, che penso valga come qualsiasi altro cattedratico e giurista in materia.

Il problema del difetto costituzionale noi lo consideriamo di secondo grado; ci preoccupa invece l'aspetto politico di questa legge, di questo provvedimento e di questa logica che ispira la vostra azione. Il vizio maggiore per noi è di opportunità politica, egregi signori della maggioranza; io direi che è di correttezza nei confronti di un principio che, ci sembra di aver capito nella provincia di Trento perlomeno, dalle dichiarazioni ufficiali di coloro che le dichiarazioni hanno avuto occasione di manifestare che è quello di portare avanti un processo di omogeneizzazione che riguardi tutto il pubblico impiego, finchè dovremo operare in una dimensione territoriale che ha i confini che tutti conosciamo. Se con l'osservazione di questo distinguo, di questa maggiore e diversa caratteristica che viene chiesta ai dipendenti del pubblico impiego di Bolzano, noi dovessimo portare avanti il processo di omogeneizzazione, interferendo ed intervenendo direttamente nei livelli funzionali addirittura e nei trattamenti economici, nella normativa, credo che veramente dovremmo pensare fin d'ora che la Provincia di Bolzano sarà esclusa dal contesto nazionale nel processo di omogeneizzazione per il superamento di quella giungla retributiva, sulla quale giorno per giorno ed in questi giorni in particolare, egregi signori della maggioranza ed egregio signor assessore, si stanno verificando delle cose veramente preoccupanti nel contesto italiano. Faccio solamente un breve riferimento alla situazione degli ospedali; non credo che la cosa potrà essere trascurata anche nella nostra regione quando poi nelle nostre due Province

autonome si assumono dei provvedimenti che noi riconosciamo necessari, ma che sappiamo costituire punto di riferimento, in qualche occasione, per mettere in difficoltà e a disagio tutta l'organizzazione, verso la quale sembra perlomeno che i partiti della maggioranza, che sostengono questo governo, fossero d'accordo. Invece le dimostrazioni, le situazioni di estrema gravità di questi giorni ci dimostrano che questo obiettivo non può essere perseguito con quella logica, che a voi ha ispirato questo provvedimento. Dobbiamo ricordare che in materia di Camere di commercio lei ha detto che è nettamente contrario, egregio assessore, alla soppressione. Non vorremmo soffermarci su questo tema, che va molto al di là del provvedimento che stiamo esaminando e fra poco votando, e per parte socialista abbiamo detto benissimo e più di una volta, in forma chiara ed esplicita, che, date le competenze di Regione e Provincia ed in particolare di Provincia oggi più che ieri, anche se noi eravamo d'accordo fin da ieri, potremmo pensare alla soppressione della Camera di commercio come istituto, come ente autonomo, facendo affluire quelle competenze nell'ambito di un'organizzazione pubblica che la Provincia può molto più opportunamente gestire, senza per questo mettere in dubbio i diritti acquisiti dai rispettivi funzionari, senza per questo mettere addirittura in dubbio quelle che sono le caratteristiche peculiari, positive dei servizi svolti dalla Camera di commercio in termini di statistica, di servizi, ma però trasferendo quell'ente ad una gestione che abbia perlomeno la forma della democrazia, cosa che oggi non riconosciamo alla gestione delle Camere di commercio come istituzionalmente organizzate. Ecco, pertanto, che se veramente la vostra volontà, che in questo caso è

stata manifesta, di volere perlomeno raggiungere un quadro omogeneizzante all'interno della vostra Provincia, — e certamente per la provincia di Trento non vi siete preoccupati —, della Provincia di Bolzano, avremmo riconosciuto una certa positività nella vostra azione se vi foste preoccupati affinché l'esigenza di omogeneizzare non sia riferibile solamente ai dipendenti delle Camere di commercio, ma a tutto il pubblico impiego che dipende dall'ordinamento regionale e rispettivamente provinciale. E ricordo la situazione gravissima degli ospedalieri, quella degli enti locali, dei comuni e ci meraviglia che voi possiate far passare un provvedimento di questa portata, giustificandolo che almeno all'interno della provincia di Bolzano questa omogeneizzazione è necessaria. Aggiungo ed osservo anche che lei ha detto molto chiaramente, specialmente in commissione, che vi trovate di fronte ad un fenomeno di fuggi-fuggi dalle Camere di commercio, che si sta addirittura depauperando un patrimonio così funzionale della Camera di commercio e pertanto dovete provvedere ad adeguare i trattamenti economici solamente per non far rimanere privo di funzionari capaci questo ufficio che voi ritenere ancora di far sopravvivere. Noi diciamo allora che con questo timore dovremmo temere di perdere tutti i funzionari della pubblica amministrazione, perchè ognuno di loro avrebbe motivo di che lamentarsi. Proprio in questi giorni stiamo discutendo od intervenendo su una vertenza, che ha in fondo questa logica, se vivessimo in un paese in cui la disoccupazione non fosse il fenomeno più preoccupante ed il fenomeno del quale tener conto. Non credo però che possa passare una legge di questo tipo solamente per il ricatto che state voi subendo e magari dovrà subire anche qualche altra parte

pubblica, di vedersi sottrarre dall'uno e dall'altro degli enti pubblici stessi i funzionari di maggior vaglio e di maggior capacità. Ed allora noi, come dicevo, avremmo saputo apprezzare ed avremmo positivamente anche sottolineato un quadro di riferimento che facesse testo e facesse giustizia anche trasferendo questa responsabilità alle rispettive Province, quando con la stessa legge, con una legge parallela a quella che stiamo discutendo, si fosse fatto giustizia nel trattamento economico riferibile agli ospedalieri ed ai comunali. Perchè come voi avete detto che i dipendenti della Camera di commercio avranno un trattamento economico normativo pari di dipendenti delle Province autonome rispettivamente di Trento e di Bolzano, penso che si sarebbe potuto dire che gli ospedalieri e i dipendenti dei comuni delle due province avranno trattamenti economici e normativi riferibili a quelli vigenti nelle due Province.

Sarebbe stato certamente uno sfuggire a quello che è il quadro molto più vasto e molto più impegnativo; sarebbe però stato molto più credibile il vostro progetto, perchè, almeno all'interno delle due Province, questo primo discorso sarebbe stato portato avanti. Avremmo poi voluto vedere la reazione, come ci aspettiamo, la reazione del Governo su questo disegno di legge; avremmo voluto vedere, come dicevo, quale sarebbe stata la reazione del Governo di fronte ad un progetto del genere. Il fatto politico, che per l'ennesima volta ci troviamo a sottolineare, è che questa è una legge che voi della S.V.P. avete voluto e l'avete voluta imporre nella maniera democratica perchè i numeri sembra che siano stati contati e pertanto la legittimità, la legalità del provvedimento deve, perlomeno sul piano formale, essere rispettata. Ci meravigliamo di una cosa, lo dobbiamo dire, e

cioè che assieme a voi si siano affiancati i nostri colleghi democristiani di Trento, che in altra sede non molto distante e a pochi giorni di distanza ci hanno intrattenuti sulla necessità di questo superamento della giungla retributiva, del progetto di omogeneizzazione; abbiamo tutti provato cosa vuol dire tentare di confrontarsi col Governo in un provvedimento che aveva forse maggiore portata e valore di questo; abbiamo tentato, se non vado errato, per ben 4 volte di adeguare il trattamento economico degli ospedalieri di Trento a quello che è il trattamento dei dipendenti della Provincia e forse e solamente perchè il Presidente del Consiglio dei Ministri, on. Andreotti, era ospite della nostra regione e ha dato modo di farsi incontrare e farsi fare opportuna pressione, si è riusciti ad ottenere questo risultato. Non crediamo però che questo risultato possa soddisfare in una visione molto più organica, più complessa e completa. Ci meravigliamo però che quest'oggi vi abbia consentito di poter legiferare, quando voi legifererete e voterete questa legge la presenza di quegli stessi consiglieri regionali della provincia di Trento, che a pochi chilometri di distanza, come dicevo prima, sono nettamente contrari che si porti avanti un discorso disomogeneizzante, perchè questa è la portata della legge; perchè l'ingiustizia, oltre che far divaricare ulteriormente le situazioni dei trattamenti nell'ambito delle due province, crea cosa peggiore, più perversa che si potesse immaginare, creando disparità di trattamento economico, normativo all'interno dello stesso ufficio che non avete avuto il coraggio perlomeno di sciogliere, perchè questo vi avrebbe data una maggiore giustificazione. Lasciate in piedi le Camere di Commercio con il vecchio ordinamento, non vi preoccupate di attendere la

legge nazionale che è all'attenzione dei due rami del Parlamento o di uno dei due dopo che uno l'ha già superata, fate ingiustizia, fate ulteriore danno, cioè intervenite ulteriormente ad aggravare la giungla retributiva all'interno delle stesse Camere di Commercio.

A voi il riflettere veramente se vi sembra che questo provvedimento, all'infuori forse di qualche opportunità, che qualcuno chiama politica, e che io chiamo elettorale in questo particolare momento...

PRESIDENTE: Consigliere, scusi, ricordo che per regolamento sono concessi 10 minuti per dichiarazione di voto.

RICCI (P.S.I.): Stavo per finire, egregio signor Presidente. Dicevo che possiamo capire che l'unica giustificazione per insistere in questa maniera, come voi state insistendo, su questa legge, è quella che forse vi siete impegnati a fini elettoralistici, almeno di fronte ad una fascia sociale, ad un certo numero di dipendenti della Camera di commercio e della popolazione di Bolzano.

PRESIDENTE: Ha la parola il cons. Crespi per dichiarazione di voto.

CRESPI (P.L.I.): On. Presidente, on. colleghi, telegraficamente perchè siamo in dichiarazione di voto. Io vi devo dire che considero questa legge del tutto incostituzionale, per cui evidentemente il mio voto sarà negativo e credo che, comunque, la legge sarà respinta dal Governo per le ragioni enunciate qui anche dal collega Ricci. L'occasione della dichiarazione di voto mi permette non certo di criticare, perchè, Dio me ne guardi, io sono molto rispettoso di quelle che

sono le decisioni prese dall'on. Presidente di questo Consiglio, rispettosissimo come il Presidente stesso sa, ma solo per giustificazione di quello che è stato il mio atteggiamento quando ho chiesto la verifica del numero legale e poi me ne sono andato. ... La persuasione che questa legge è anticostituzionale mi ha autorizzato e mi autorizza senz'altro a porre in atto quelle forme di ostruzionismo, che sono pienamente tollerate in tutte le camere democratiche di tutto l'occidente, dalla Camera dei comuni al Congresso degli Stati Uniti, allo stesso Parlamento italiano. Quindi, non credo veramente di avere commesso alcunchè di inaudito, ma di essere rimasto entro le norme parlamentari. E questo naturalmente senza voler per nulla polemizzare con il nostro on. Presidente, che ammiro per altri versi.

Comunque, il mio voto sarà senz'altro negativo.

PRESIDENTE: Volevo dire solo al cons. Crespi che come Presidente la mia interpretazione penso abbia contribuito alla dignità del Consiglio regionale.

Ha la parola il cons. Ceccon, sempre per dichiarazione di voto.

Non superare, prego, i 10 minuti.

PREVE CECCON (M.S.I. - D.N.): Mi piace la precisazione che fa con me, mi piace che la faccia con me! Le precisazioni temporali, on. Presidente, lei le fa con me, comunque cercherò di contenermi entro i limiti previsti dal regolamento, anche perchè io non voglio sollevare i problemi, che credo di aver ampiamente sollevato e documentato all'interno della relazione di minoranza. Mi piace in questa dichiarazione di voto dover respingere quella che

fu la dichiarazione di voto della Giunta alle osservazioni avanzate dai sindacati camerali di Trento, quando nella sua seduta l'on. assessore fece votare, immagino dai colleghi, una dichiarazione in cui respingeva le valutazioni sindacali sul modo e sul mezzo con il quale questa legge era stata creata. Il modo era il modo unilaterale per la visione dei problemi e il mezzo, si diceva di parte dei sindacati, era quello del colpo di mano attuato nei confronti dei dipendenti camerali. Orbene, quanto succede oggi qui dentro è la documentazione esatta che si tratta di un colpo di mano, anche perchè nel mezzo rientrerebbe la logica aspettativa, che ciascun consigliere dovrebbe avere qui dentro, sui più volte annunciati emendamenti, che da parte della Democrazia Cristiana di Trento si dovevano proporre per livellare ed equilibrare il trattamento economico e normativo del personale camerale...

PRESIDENTE: Signori consiglieri, io chiedo gentilmente di fare un po' di silenzio. Ha una voce abbastanza buona il cons. Ceccon, però è anche difficile capirlo.

PREVE CECCON (M.S.I.-D.N.): Gli emendamenti più volte annunciati qui per riportare giustizia all'interno della camera di commercio di Trento non si sono visti. E questo rientra, se mi consentite, nel metodo della unilateralità e del colpo di mano. E vorrò vedere poi, vorrò vedere nella applicazione pratica di questa legge, dal momento che le giustificazioni avanzate dall'on. assessore stamane di tutto sapevano fuorchè di diritto, vorrò vedere la pratica applicazione quando si tratterà nei confronti del personale messo in quiescenza ed andato in quiescenza con il suo grado che oggi viene arbitrariamente

annullato all'interno della legge, vorrò vedere nella applicazione dei parametri per la riliquidazione dell'assegno pensionistico quale parametro lei applicherà, se quello che competeva all'impiegato messo in quiescenza, o se il nuovo parametro, o se addirittura quello abolito! Vorrò vedere nella applicazione pratica come lei saprà congegnare il marchingegno inventato per creare ingiustizia nei confronti delle due Camere di commercio. E mi compiaccio anche, on. assessore, lei è un giovane ma promettente virgulto in questo settore, mi compiaccio di vedere che ha fatto propria la morale del metodo legislativo Scotti, avanzato con l'ausilio dei sindacati in Italia oggigiorno, perchè lei ha sempre costantemente negato ai dipendenti della Camera di commercio di Trento di avere la riliquidazione pensionistica sulla base delle 20 mila lire che tutti gli impiegati in servizio percepivano in vista dei miglioramenti successivi, e l'ha negata quella riliquidazione sostenendo la tesi peregrina che su di essa non si pagavano le trattenute assicurative, quando sappiamo benissimo che è costante principio della legge nazionale che quelle trattenute sulle pensioni non si fanno. L'ha sempre negata la riliquidazione in attesa di questa legge che abolisce il fondo di quiescenza, che abolisce il trattamento particolare che la Camera di commercio aveva in precedenza ed estende ad essa il principio della legge dello Stato, ma non l'ha negato ai dipendenti della Camera di commercio di Bolzano perchè nella legge della sua provincia quelle 20 mila lire sono state conglobate all'interno dell'assegno che viene liquidato e quindi reso pensionabile per i camerali di Bolzano. Questa ingiustizia lei l'ha voluta creare appositamente a Trento e allora si meraviglia che si parli di colpi di mano! ? Non può assolutamente concordare sulla realtà di

queste verità, per questo dico che lei è un giovane virgulto che promette bene. E da un punto di vista politico, se mi consente, certissimamente sono contrario a questa legge perchè lo scopo non è quello della omogeneizzazione, i miei colleghi ne hanno tanto parlato, anch'io mi sono permesso di fare due paginette sull'argomento nella relazione di minoranza, ma non è questo, ci conosciamo benissimo, basta leggere le norme di attuazione per renderci conto che il leggero e tenue cordone ombelicale che lo Stato aveva mantenuto nei confronti delle Camere di commercio si è rescisso, è stato stralciato l'UPICA, è stato distrutto l'ufficio centrale di statistica. Vorrò vedere come potrà pretendere che la provincia di Bolzano attui quell'organismo tecnico indipendente dalla Provincia per consentire le rilevazioni statistiche, ormai nominalmente la presenza dello Stato esiste nelle Camere di commercio, l'unica presente è la Regione. Ebbene, per via surrettizia, ecco, anche lei qui ha imparato dai suoi maestri che l'hanno preceduta in questo Consiglio e che ancora in questo Consiglio siedono, per via surrettizia toglie alla Regione la facoltà di determinare quello che è il suo compito istituzionale e primario. E le Province, con la scusa della omogeneizzazione saranno le dirette proprietarie delle Camere di commercio, alle quali giorno dopo giorno avete imposto rinunce continue sul trattamento economico e di quiescenza loro spettante. Ed anche questo rientra nella ingiustizia. Per questi motivi noi siamo contro alla legge oggi in discussione.

PRESIDENTE: Ha la parola il cons. Neuhauser.

NEUHAUSER (S.V.P.): Ich könnte mir vorstellen, daß die Opposition einen sachlichen

Grund hat, sich zu wünschen, daß das nicht so geht, wie es der Gesetzentwurf vorsieht, und sie jene hier sehr oft und sehr stark bemängelte Gleichheit der Gehälter der beiden Handelskammern verlangt. Warum man dann, wenn das der Grund wäre, zu den Sternen greift und die Verfassung bemüht, ist mir allerdings völlig unerklärlich, denn gehen wir doch von der Voraussetzung aus, daß die Provinzverwaltungen von Südtirol und Trient, die dieser Region angehören und weiter angehören sollen, verschiedene Gehälter zahlen, wie wollen sie dann begründen, daß die Handelskammern, die auch in den beiden verschiedenen Provinzen arbeiten, nicht auch verschiedene Behandlungen haben können. Ich glaube, hier sind wir nicht mehr sehr sachlich. Sachlich war der Kollege Cecon, als er sagte, daß er befürchte, daß die Handelskammern mit den Durchführungsbestimmungen an die Provinzen übergehen werden und sich dann ohnehin mehr der Provinz anpassen, wenn es auch jetzt juridisch noch Angelegenheit der Region ist. Das kann man verstehen. Verstehen kann ich den Kollegen Ricci in keiner Weise, wenn er sagt, daß er zugibt, daß die Handelskammerbediensteten der Provinz Bozen eine zusätzliche Leistung durch die Doppelsprachigkeit erbringen, die auch von seiner Partei anerkannt wird und für die eine finanzielle Regelung gefunden werden muß. Ich frage mich: Wie begründet man dann, daß es die gleiche Leistung ist, wenn man zugibt, daß es eine zusätzliche Leistung ist? Und etwas, was ich noch weniger verstehe: Warum war dann seine Partei gegen die Doppelsprachigkeitszulage für das Krankenhauspersonal oder warum ist seine Partei gegen die von der Südtiroler Volkspartei beantragte Erhöhung der Doppelsprachigkeitszulage auch für die Staatsangestellten? Hier ist

man einfach nicht logisch und mit nicht logischen Argumenten kann man nicht gegen ein Gesetz sein. Es gibt noch ein logisches Argument, wenn man gegen das Gesetz ist, das ich auch anerkenne, nämlich wenn man, wie es auch durchgeklungen ist, grundsätzlich dafür ist, daß die Handelskammern abgeschafft werden. Der zuständige Regionalassessor Dr. Dubis hat sehr klar erklärt, daß wir hier die Auffassung sehr begründet vertreten, daß die Handelskammer, soweit wir sie hier in der Provinz Bozen kennen, ein sehr gut funktionierendes Organ ist, auf das wir uns stützen und auf das Wirtschaftskreise in Südtirol mit Recht vertrauen und nicht nur vertrauen, sondern auch stolz sind. Wir haben also keine Ursache, die Begründungen anzuerkennen, die der geben würde, der gegen dieses Gesetz sein will, daß er nämlich sagt: Ich will die Handelskammern nicht mehr. Wir sind der Meinung, daß die Handelskammer nicht nur eine gute Einrichtung ist, eine notwendige und nützliche Einrichtung, sondern daß sie es, wie der Regionalassessor Dubis gesagt hat, wert wäre, potenziert zu werden.

Wir sind aus diesen Gründen der Meinung, daß dieses Gesetz gerecht ist, daß es gut ist und wir geben deshalb diesem Gesetz als Gruppe der Südtiroler Volkspartei die Zustimmung, so wie es auch aufgrund unserer Initiative eingebracht worden ist.

(Potrei comprendere che l'opposizione abbia un motivo oggettivo per desiderare una diversa regolamentazione di quella prevista dal presente progetto di legge per richiedere la spesso lamentata parificazione del trattamento economico delle due Camere di Commercio. Non riesco tuttavia a comprendere, se ciò fosse la motivazione, il riferimento alla costituzione,

essendo sufficiente considerare che le amministrazioni provinciali di Bolzano e Trento, pur appartenendo a questa Regione, alla quale vi dovranno appartenere anche in futuro, liquidano ai propri dipendenti stipendi diversi e pertanto come intendono motivare il fatto che anche le due Camere di Commercio, le quali operano nelle due Province, non possano offrire al proprio personale un trattamento economico differenziato. Debbo concludere che a tal proposito stiamo uscendo da quel che noi consideriamo oggettività. Oggettivo è stato invece il collega Cecon nell'esternare la propria preoccupazione, che con le relative norme di attuazione gli organismi in parola possano essere trasferiti alle Province, e pertanto adeguati a queste amministrazioni, anche se ora giuridicamente la questione riguarda la Regione. Tutto questo è comprensibile. Non comprendo invece in nessun modo il collega Ricci quando afferma di ammettere che il personale della Camera di Commercio di Bolzano esplica una funzione aggiuntiva esistendo ivi l'obbligo della seconda lingua, la qual cosa è riconosciuta pure dal suo partito e che a tal proposito va ricercata una regolamentazione finanziaria. Mi chiedo quindi come si intende motivare l'affermazione, che trattasi pur sempre di funzioni identiche, se si ammette che in realtà è una funzione aggiuntiva? Mi si permetta di pormi un'altra domanda, alla quale non trovo risposta. Per qual motivo il suo partito si è espresso contro l'indennità di bilinguità a favore degli ospedalieri ed all'aumento di analoga indennità a favore dei dipendenti statali proposto dal S.V.P.? Qui manca la logica e con argomentazioni illogiche non si può esprimersi contro una legge. Vi è un ulteriore argomento logico per essere contrari al presente provvedimento, che riconosco, e cioè

come è emerso velatamente dalla discussione, si tende di massima a sciogliere le Camere di Commercio. L'Assessore regionale competente Dr. Dubis ha chiarito come noi siamo a buon ragione dell'opinione che la Camera di Commercio è un organo ben funzionante, almeno per quanto ci risulta in Provincia di Bolzano, ente sul quale noi ci appoggiamo e nel quale gli ambienti economici dell'Alto Adige hanno ragione di confidare e per il quale dimostrano anche un certo orgoglio. Non abbiamo quindi motivo di riconoscere la ragione di chi vuol essere contro questa legge, in quanto preferisce sciogliere le Camere di cui sopra. Siamo dell'opinione che la Camera di Commercio non è soltanto una buona istituzione necessaria ed utile, ma che sarebbe pure il caso, come ha affermato l'Assessore Dubis, di potenziarla. Per questi motivi riteniamo giusta questa legge per la quale il gruppo consiliare del S.V.P. esprimerà voto favorevole, tanto più che è stata presentata per nostra iniziativa.)

PRESIDENTE: Ha la parola il cons. Virgili.

VIRGILI (P.C.I.): Mi pare argomentato il voto contrario del gruppo comunista nella precedente seduta. Comunque, voglio ribadire il fatto che oltre alle ragioni di ordine costituzionale, che già altri colleghi hanno ripreso, di ordine politico e di merito, hanno giustificato e giustificano la nostra posizione anche valutazioni riferite al metodo appunto come ancora una volta, da parte del governo regionale, si affrontano questi problemi che sono da una parte problemi di ordinamento, e dall'altra sono problemi di diretta attinenza alle funzioni, al trattamento del personale dipendente, da enti o organismi di carattere strumentale all'amministrazione quindi

dello Stato, che vanno ovviamente riconsiderati. Mi meraviglia la dichiarazione fatta poco fa dal collega della S.V.P. e prima dell'Assessore Dubis, a proposito del potenziamento e del rafforzamento della Camera di commercio, proprio da colleghi i quali hanno ben altra rivendicazione dal punto di vista del principio nei confronti dello Stato nazionale e son ben gelosi custodi della autonomia, nel suo significato più pieno, che deve essere attribuito alla Provincia autonoma di Bolzano e agli enti elettivi in generale.

Mi meraviglia perchè noi sappiamo che le Camere di commercio sono state snaturate nel corso del tempo, rispetto alle loro funzioni originarie, e dalla legislazione fascista e dall'incapacità dei governi che si sono succeduti dopo il 1945-46 in poi di andare ad una correzione di questi organismi; sappiamo d'altra parte che Regione o Province non possono continuare ad utilizzare queste funzioni secondo uffici od enti periferici, ma utilizzando la delega, per cui ad un certo momento se si pretende che vengano riconosciuti questi ancora come enti pubblici che esercitano funzioni pubbliche e quindi con denaro pubblico, allora non si può rivendicare un'autonomia diversa da quella che è possibile riconoscere a tutti gli enti strumentali che sono soggetti alle direttive, al controllo del potere politico e qui aspetta anche la nomina completa di tutti gli organi. Se invece si aspira ad essere considerati come organi rappresentativi di interessi di categoria, cosa legittima, allora bisogna essere governati in modo autonomo da rappresenanze democratiche delle categorie, non si può pretendere di essere riconosciuti come enti pubblici, di vedersi attribuire delle funzioni amministrative che invece spettano agli organi, agli enti elettivi amministrativi, rappresentativi della collettività e quindi di vedersi finanziare la

propria attività col denaro pubblico. Qui bisogna sciogliere questo nodo! Signori, si parli di rifondazione, di riordino, di soppressione, di diversa natura delle Camere di commercio: la legge 382 parla in termini chiari, il dibattito in corso nel Parlamento tra le forze politiche è esplicito, il contenuto programmatico dell'accordo sottoscritto dai partiti della maggioranza parlamentare di governo è esplicito in merito. Bisogna essere coerenti certo, ci rivolgiamo in modo particolare alla Democrazia Cristiana, ma bisogna su questo piano utilizzare fino in fondo le potestà, i poteri ordinamentali della Regione e andare ad una disciplina che non si ponga in contrasto con la stessa norma di attuazione che in fondo si è voluto, la quale prescrive e prevede delle funzioni amministrative proprie, specifiche, da parte delle Province nelle materie che sono ad essa delegate da parte dello statuto e che vengono attualmente esercitate dalle Camere di commercio. C'è quindi una serie di ragioni costituzionali, di opportunità politica, di merito, di metodo, proprio perchè la legge assume in questo momento, per il modo come è stata portata avanti ed elaborata e definita, un carattere veramente clientelare, elettorale, come è in molti di questi provvedimenti acquisiti da parte della Regione.

Ora noi abbiamo detto e ribadiamo che con questa vostra legge separate i problemi del personale dal riordino dell'ente, ed è inconcepibile, disaggregate e privilegiate i trattamenti dei dipendenti di enti diversi all'interno della stessa Regione, diversificate la condizione dei dipendenti della Camera di commercio di Trento da quella della stessa Camera di commercio di Bolzano, riconducete il trattamento dei dipendenti delle Camere di commercio ad enti istituzionali diversi da quelli della Regione, che è

il soggetto dell'ordinamento e della vigilanza, e rendete più difficile tutto il processo dell'omogeneizzazione, proprio perchè invece di procedere ad un processo omogeneo all'interno di strutture orizzontali, voi in questo modo favorite ancora un momento di verticalizzazione e quindi più probabile tutto il processo successivo di perequazione dei livelli, dei trattamenti nell'ambito del territorio regionale. Abbiamo detto che il problema è essenzialmente politico, nel senso che la Regione ha una potestà primaria, lo Stato dall'altra parte sta per legiferare nella materia, abbiamo delle Camere di commercio le cui funzioni dovrebbero essere acquisite ed esercitate dalle Province per norma statutaria, nell'ambito delle materie di cui sono soggetto primario, ma non ci rendiamo conto il perchè si vada ad una leggina di questo genere senza riconsiderare l'insieme della questione, del problema, secondo appunto quella logica che vuole privilegiare le funzioni in rapporto alle assemblee elettive e rappresentative. Ciò detto, quindi, non mi pare che sia giusto il tentativo da parte dell'assessore, anzi lo respingiamo, di volere contrapporre il personale con queste valutazioni, che sono di ordine politico dei partiti della minoranza e dell'opposizione. Abbiamo detto che siamo anche attenti a determinate spinte di ordine contraddittorio, che sono presenti nell'ambito del personale, siamo convinti che occorra andare ad una maggiore professionalità all'interno dei singoli enti, che sia opportuno e necessario coinvolgere il personale in una responsabilità e in un lavoro funzionale dell'interno delle Camere di commercio, come di qualsiasi altro ente, in modo da elevarne e valorizzarne la funzione e quindi il contributo che essi danno. Non si può disaggregare tutte le questioni che riguardano la

struttura, l'organizzazione interna, le funzioni che esse svolgono, da quello che deve essere contemporaneamente, ripeto, il modo come ad esse si rapporta poi l'organizzazione complessiva, la professionalità, il lavoro del personale. E meglio si sarebbe potuto servire questa richiesta del personale nel senso di andare ad una riorganizzazione, ad un riordino complessivo degli enti, delle loro funzioni, in rapporto quindi allo statuto di autonomia, alla norma di attuazione, alle nuove competenze assegnate alle Province autonome e contemporaneamente all'esigenza di questo coinvolgimento responsabile da parte del personale nell'attività complessiva. Non si è fatto, la legge ha un carattere esclusivamente assistenziale, clientelare, elettorale, ragione di più per cui rafforziamo il nostro "no" a questa proposta, che non è l'unica, che sarà seguita poi da qualche altro provvedimento che è già iscritto all'ordine del giorno e che ci dice che veramente, nonostante le nostre potestà, ancora si continua a seguire il vecchio metodo del rappezzamento delle situazioni e dell'uso del denaro pubblico al di là delle competenze e delle funzioni, proprio come strumento esclusivo di mediazione o di tornaconto spesso della Giunta e dei suoi assessori.

PRESIDENTE: Mochte noch jemand zur Stimmabgabeerklärung das Wort ergreifen?

Qualcuno desidera la parola per la dichiarazione di voto?

Sind noch Wortmeldungen zur Stimmabgabeerklärung? Es hat das Wort der Regionalassessor Dubis.

Vi sono altre richieste per la dichiarazione di voto? La parola all'assessore Dubis.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Es ist nicht möglich, auf die ganzen Argumentationen, die hier jetzt neuerdings aufgewärmt worden sind, einzugehen. Dazu würden die zehn Minuten nicht reichen. Ich habe bei meinen Ausführungen heute vor etwa einer Stunde das Wesentliche gesagt und werde das nicht mehr wiederholen.

(Unterbrechung)

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Ich sage ja, ich kann das nicht tun. Ich muß mich ja auf die Stimmabgabe beschränken. Eines darf ich aber tun. Ich muß einen Vorwurf zurückweisen, der hier mir vom Kollegen Cecon gemacht wurde, und zwar daß die Regionalregierung oder ich persönlich ungleiche Behandlung hätte walten lassen zugunsten von Bozen und zuungunsten von Trient. Diesen Vorwurf kann ich mir nicht gefallen lassen. Ich muß diesen Vorwurf zurückweisen als unrichtig und nicht der Wahrheit entsprechend. Ich habe mich in diesen fünf Jahren bemüht, die Gesetze zur Anwendung zu bringen und meiner Aufgabe als Aufsichtsorgan über die Handelskammern von Bozen und Trient richtig nachzukommen, ohne die eine Kammer zu bevorteilen oder die andere zu benachteiligen. Dieser Vorwurf ist unbegründet.

Es ist dies wahrscheinlich das letzte Mal in dieser Legislaturperiode wenigstens, hoffe ich, daß ich das Wort ergreife im Regionalrat und ich möchte es nicht versäumen, ich möchte die Gelegenheit nicht verpassen, dem Präsidium, den Angestellten des Präsidiums, der Presse, den

Übersetzern, aber auch allen Kollegen hier für die Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren zu danken!

(Non è possibile entrare nel merito di tutta l'argomentazione ora nuovamente proposta, in quanto i dieci minuti a disposizione non sarebbero sufficienti. Un'ora fa ho già esposto i punti essenziali e pertanto non mi ripeterò.)

Interruzione

DUBIS (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): Rispondo in senso affermativo, non lo posso fare, in quanto devo limitarmi al voto. Una cosa mi è invece concessa e cioè di respingere un rimprovero mossomi dal collega Ceccon, secondo il quale la Giunta regionale od io personalmente avremmo riservato un trattamento differenziato a favore della Provincia di Bolzano ed a sfavore di Trento. Non lo posso accettare questo rimprovero, per cui lo respingo in quanto non è giusto e non rispondente alla verità. In questi cinque anni mi sono premurato ad applicare le leggi e di adempiere il mio dovere di organo di controllo delle Camere di Commercio di Bolzano e Trento senza favoritismi, pertanto questo rimprovero è ingiustificato.

Probabilmente questo è il mio ultimo intervento nella presente legislatura, almeno lo spero, e non vorrei perdere l'occasione di ringraziare la Presidenza, i dipendenti, la stampa, i traduttori, come pure tutti i colleghi per la collaborazione in questi ultimi cinque anni!)

PRESIDENTE: Es liegt keine Wortmeldung zur Stimmabgabeerklärung mehr vor. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Nessuno intende ancora intervenire per la dichiarazione di voto?

Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

Esito della votazione:

votanti 52

30 sì

14 no

8 schede bianche.

Punto 16) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge n. 69: "Norme per la concessione dell'integrazione dell'indennità premio di servizio ai dipendenti e ai segretari dei comuni della Regione"*

Prego la Giunta di fare la sua relazione. Ha la parola l'assessore Bertorelle.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Nella legge regionale relativa a disposizioni generali sullo stato giuridico e sul trattamento economico dei dipendenti comunali e dei segretari comunali della regione, era contenuta una norma ad hoc che prevedeva, oltrechè la concessione dell'equo indennizzo e della indennità di buona uscita, anche la misura di quest'ultima indennità, sulla falsariga di quanto a suo tempo determinato per i dipendenti della Regione stessa e per i dipendenti delle due Province autonome di Trento e Bolzano.

Si voleva con ciò, analogamente a quanto già fatto per il personale coniugato femminile, estendere la normativa vigente per i dipendenti dei tre massimi enti locali esistenti in regione, anche ai dipendenti dei Comuni, al fine di

eliminare disparità di trattamento.

Del resto, oltrechè per i dipendenti della Regione e delle due Province, la misura dell'indennità di buona uscita nella misura di un dodicesimo dell'ultima retribuzione annua pensionabile, è già prevista, in base ad apposite leggi e regolamenti, anche per i dipendenti degli enti pararegionali, quali Casse Mutue Provinciali di Malattia, Camere di Commercio, Enti Provinciali per il Turismo ed Enti Ospedalieri.

La stessa misura dell'indennità di buona uscita per gli impiegati civili dello Stato, che è pari ad un dodicesimo dell'80 per cento dell'ultima retribuzione annua pensionabile, è più favorevole di quella prevista per i dipendenti degli enti locali che è pari ad un quindicesimo dell'80 per cento dell'ultima retribuzione annua pensionabile.

L'unico motivo che ha indotto la Giunta regionale a modificare l'originale testo di tale articolo è stato quello di evitare per il momento uno scontro con il Governo e consentire l'entrata in vigore della legge nel suo complesso, presentando un disegno di legge che regolamentasse la materia della indennità premio di fine servizio per i dipendenti e segretari comunali, nel senso già a suo tempo previsto dal testo originario della legge sunnominata.

Si ritiene infatti che, benchè il Governo avesse sollevato un rilievo sugli articoli che trattavano tale materia dell'indennità di buonuscita, ritenendoli in contrasto con l'articolo 17 della legge 8 marzo 1968, n. 152, che fa assoluto divieto agli enti locali di corrispondere trattamenti pensionistici o previdenziali aggiuntivi, non si tratti di limiti che impediscano alla potestà legislativa concessaci dall'articolo ex 65 dello Statuto di regolamentare la materia suesposta in maniera difforme da quanto previsto dalla legislazione statale vigente.

La potestà legislativa prevista dall'art. ex 65 dello Statuto di autonomia è la più ampia possibile, del tipo di quella prevista dall'art. 4 dello Statuto stesso, per cui trova i suoi limiti nei principi dell'ordinamento giuridico, fra i quali la normativa della legge n. 152 non rientra, trattandosi della generica materia della previdenza sociale, mentre al contrario il presente disegno di legge pur riferendosi a trattamenti previdenziali, va inserito nel più ampio contesto giuridico-legislativo dell'ordinamento degli impiegati e segretari dei Comuni.

Specie per quest'ultima categoria, nessuna analogia può essere trovata con il resto del paese ove i segretari sono statizzati ed amministrati secondo un profilo unitario da organi governativi in parte centrali ed in parte locali.

Ora, se si dovesse accettare la tesi che i principi ai quali deve sottostare la legge regionale sui segretari comunali sono i principi delle leggi, si avrebbe l'assurdo di una legge regionale che prevede la comunalizzazione dei segretari che deve però uniformarsi a dei principi della legislazione statale, tutti volti nel senso della statizzazione di tale funzionario.

La legge n. 152 del 1968 ha ritenuto di poter disciplinare in maniera uniforme in tutta la Repubblica il trattamento previdenziale spettante al personale degli enti locali senza lasciare ai Comuni alcun margine di discrezionalità, non si vede perchè in nome della autonomia comunale riconosciuta in maniera del tutto generica dall'art. 128 della Costituzione, la Regione dovrebbe ottemperare a precise e tassative norme della succitata legge n. 158, le quali, più che tutelare, limitano l'autonomia dei Comuni.

Ad ulteriore riprova della legittimità della Regione a legiferare in materia previdenziale, perchè tale è la regolamentazione dell'indennità

premio di fine servizio, una volta affermato che l'autonomia legislativa prevista dall'articolo ex 65 dello Statuto trova i suoi limiti nei principi dell'ordinamento giuridico, è data dall'art. 6 dello Statuto che recita al primo comma: "Nelle materie concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali, la Regione ha facoltà di emanare norme legislative allo scopo di integrare le disposizioni delle leggi dello Stato..."

Ci sembra, pertanto, oltremodo legittimo e nei limiti dell'autonomia legislativa concessaci, che la Regione provveda a disciplinare la misura del premio di fine servizio per i dipendenti e segretari dei Comuni.

Ecco perchè la Giunta regionale, tenendo fede agli impegni assunti di fronte al Consiglio in sede di presentazione delle modifiche del testo originario della legge sui dipendenti e segretari comunali, ha approntato il presente disegno di legge che sottopone all'esame dei signori Consiglieri, raccomandandone la sua approvazione.

PRESIDENTE: Ha la parola il presidente della I commissione, cons. Paris.

PARIS (D.C.): Nel progetto originario della legge regionale 11 dicembre 1975, n. 11, contenente "Disposizioni generali sullo stato giuridico e sul trattamento economico dei dipendenti dei Comuni e dei segretari comunali della Regione" erano contenute delle norme sulla misura dell'indennità premio di servizio, spettante ai dipendenti e ai segretari dei Comuni; tali norme sono state oggetto di rilievo governativo ed il Consiglio regionale, per non pregiudicare l'approvazione dell'intero testo di legge, le ha stralciate, con l'intesa di farne oggetto di un disegno di legge a parte.

Tale disegno di legge è stato presentato il 31 gennaio 1977 ma la Commissione lo ha potuto esaminare solo nella seduta del 5 ottobre 1978, sia a causa dell'intenso lavoro cui è stata sottoposta, sia perchè su di esso sono intervenuti contatti e discussioni con le organizzazioni interessate.

Nella seduta del 5 ottobre il testo è stato approvato senza particolari problemi, in quanto la posizione della Commissione si era precisata già nella prima discussione.

Il contenuto del provvedimento, risultante dall'allegato doppio testo, è stato approvato all'unanimità e viene trasmesso alla Presidenza del Consiglio regionale per la discussione in aula.

PRESIDENTE: Die Generaldebatte ist eröffnet. Meldet sich jemand zu Wort? Niemand. Die Generaldebatte ist geschlossen. Wir stimmen ab über den Übergang zur Sachdebatte. Wer ist dafür? Dagegen? Stimmenthaltung? Der Übergang ist mit sieben Stimmenthaltungen genehmigt.

La discussione generale è aperta. Qualcuno chiede la parola? Nessuno. La discussione generale è chiusa. Votiamo per il passaggio all'esame articolato. Chi approva? Contrari? Astensioni? Il passaggio è approvato a maggioranza con sette astensioni.

Art. 1

I Comuni debbono garantire nei loro regolamenti organici la corresponsione ai propri dipendenti di una indennità di buonuscita pari ad 1/12 dell'80 per cento della base annua contributiva pensionabile, spettante alla data di cessazione dal servizio, o attribuita ai sensi

dell'articolo 2 della legge 24 maggio 1970, n. 336, per ogni anno di servizio computabile da parte degli enti previdenziali tenuti alla ricongiunzione ai sensi della legge 22 giugno 1954, n. 523. L'eventuale differenza tra l'indennità spettante ai sensi del presente articolo e l'indennità dovuta dagli enti previdenziali è intermaente a carico dei Comuni.

I Comuni debbono altresì garantire nei loro regolamenti organici la corresponsione ai propri dipendenti o agli aventi diritto di una indennità di fine rapporto, determinata con le modalità previste al precedente comma, ogni qualvolta il rapporto di impiego cessi o sia cessato senza che il dipendente abbia acquisito il diritto a percepire, secondo la legislazione dell'INADEL, l'indennità premio di servizio.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 2

L'onere derivante al Comune, per la concessione al segretario comunale dell'integrazione dell'indennità premio di servizio, viene ripartito tra tutti i Comuni della Regione presso i quali il segretario ha prestato servizio, in ragione dell'effettiva durata del servizio medesimo e della somma degli emolumenti pensionabili percepiti in ciascun Comune.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 3

Gli effetti giuridici ed economici derivanti dalla presente legge, decorrono dal 1 gennaio 1978.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Dichiarazione di voto? Nessuna.

Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

Esito della votazione:

Votanti 44

38 sì

6 schede bianche.

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Abstimmende 44, ja 38, weiße Stimmzettel 6. Der Regionalrat beschließt das Gesetz.

Wir kommen zu Punkt 17 der Tagesordnung: Gesetzentwurf Nr. 11 "Bestimmungen für die Errichtung eines Konsortiums unter den Gemeinden zur Führung der Heilbäder von Comano". Es hat das Wort der Regionalaus-schuß.

Punto 17) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge n. 115: "Norme per l'istituzione di un consorzio tra i comuni per la gestione delle Terme di Comano"*.

Ha la parola per la Giunta regionale, l'assessore Carli.

CARLI (assessore previdenza, enti sanitari - D.C.): La Fondazione "Giovanni Battista Mattei - Terme di Comano" ha origini lontane. Essa è sorta per una clausola apposta al proprio testamento, in data 15 ottobre 1825, dal dott. Giovanni Battista Mattei, il quale lasciava alcuni appezzamenti di terreno con una sorgente di

acqua semitermale sulla riva destra del Sarca, sotto Comano, ai poveri delle tre Pievi di Lomaso, Banale e Bleggio e dei Comuni allora denominati: Campo, Stenico e Bono.

La Fondazione, riconosciuta in ente morale come istituzione di beneficenza in base alla decisione 25 maggio 1900, n. 17477 della Luogotenenza di Innsbruck, è stata poi assoggettata dallo Stato italiano al regime previsto dalla legge 17 luglio 1890, n. 6972 per le istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza. In base al proprio statuto infatti essa aveva per scopo "di esercitare l'assistenza e la beneficenza a favore dei poveri dei Comuni di Lomaso, del Bleggio e del Banale, corrispondenti al momento attuale ai sette Comuni di Bleggio Inferiore, Bleggio Superiore, Dorsino, Fivè, Lomaso, San Lorenzo in Banale e Stenico, sia con cure termali gratuite presso il proprio stabilimento, sia — se necessario — con cure presso anche altri stabilimenti termali, nonché con altri interventi di assistenza e beneficenza".

Negli ultimi decenni tuttavia l'attività più propriamente termale della Fondazione ha avuto un notevolissimo incremento quantitativo e insieme qualitativo, grazie anche alle infrastrutture di ogni genere che si sono potute realizzare a suo complemento e sostegno. Lo scopo originario, che aveva portato a ricomprendere a suo tempo la Fondazione tra le istituzioni di beneficenza, si è trovato così sempre più assorbito e trasformato, in linea di fatto, in uno scopo più ampio e, al tempo stesso, più rispondente alla specificità della Fondazione, quello di offrire a tutti coloro che ne hanno bisogno le necessarie cure termali. Le Terme di Comano hanno raggiunto infatti, proprio sotto questo profilo, una notorietà non comune e unanime apprezzamento, e non solo nell'ambito

della Regione.

L'affermarsi di questa mutata situazione, che corrisponde del resto a un processo irreversibile di trasformazione dell'attività prestata dalla Fondazione, richiede che si adotti al più presto un provvedimento che, prendendo atto della singolarità dell'istituzione, consenta ai Comuni interessati di assumere direttamente la gestione delle attività termali, secondo un modello organizzativo che ne favorisca la piena valorizzazione e il massimo incremento.

L'urgenza nel provvedere viene anche dal fatto che, secondo l'attuale statuto della Fondazione, fa parte del suo consiglio di amministrazione un rappresentante dell'E.C.A. di ciascuno dei sette Comuni interessati, ossia sette rappresentanti di enti di cui la legislazione nazionale ha già disposto la soppressione (articolo 25 del D.P.R. 24 luglio 1977, n. 616); nonché dal fatto che secondo la medesima legislazione: le I.P.A.B. stesse — alla cui categoria formalmente appartiene la Fondazione — dovrebbero scomparire, per effetto del trasferimento delle relative funzioni ai Comuni singoli o associati. Per altro verso il netto prevalere dell'attività termale svolta dalla Fondazione, rispetto ai suoi fini originari di beneficenza, esclude che la Fondazione medesima possa trovare il proprio assetto definitivo nell'ambito delle soluzioni che si adotteranno per la costituzione delle unità socio-sanitarie locali.

Il progetto di legge che qui viene presentato intende dunque risolvere l'accennato problema nel modo più semplice e più lineare possibile. Nella prospettiva ormai acquisita a livello nazionale ma conforme anche agli obiettivi della politica regionale, di ricondurre il più possibile agli enti territoriali locali la responsabilità politica diretta della gestione delle attività e dei

servizi locali, si consente che i sette Comuni della Provincia di Trento, a cui favore la Fondazione è sorta, possano costituirsi in consorzio tra loro per la gestione, mediante azienda speciale, delle terme di Comano e si dispone che in tal caso la Fondazione rimane soppressa, col conseguente passaggio al consorzio delle relative funzioni, del patrimonio e del personale.

La soluzione proposta è stata adottata nella duplice preoccupazione di rispettare anzitutto l'autonomia dei Comuni (si è inteso evitare cioè ogni soluzione di tipo impositivo o autoritario, che addossasse ai Comuni funzioni da essi non gradite), e di mantenere al tempo stesso la legge regionale nei limiti di materia previsti dallo Statuto regionale per le competenze spettanti alla Regione: il che si è fatto utilizzando la potestà legislativa regionale in tema di ordinamento dei Comuni e quella in tema di ordinamento delle istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza, anche alla luce della definizione datane dal D.P.R. 26 marzo 1975, n. 469.

Sempre nell'art. 1 del progetto sono indicate le procedure necessarie per il passaggio delle funzioni dalla Fondazione al consorzio, passaggio che non può avvenire automaticamente con la sola istituzione di quest'ultimo, dovendo invece darsi tempo ai Comuni di eleggere i propri rappresentanti nell'assemblea consorziale e a quest'ultima di nominare i membri della commissione amministratrice.

L'art. 2, che pone a carico dei Comuni partecipanti al consorzio determinati adempimenti, è stato dettato al fine di superare il divieto all'istituzione di nuove aziende speciali municipalizzate, contenute nell'art. 9 della legge della Provincia autonoma di Trento 24 maggio

1978, n. 20, la quale riproduce talune norme del D.L. 29 dicembre 1977, n. 946, convertito nella legge 27 febbraio 1978, n. 43, concernente "Provvedimenti urgenti per la finanza locale".

L'art. 3 regola il passaggio del personale e detta le norme necessarie per definire il suo trattamento, secondo le disposizioni sopracitate in tema di finanza locale.

L'art. 4 si occupa infine del trasferimento dei beni, aggiungendo al secondo comma la precisazione che il passaggio dei beni non muta la loro destinazione originaria, nè fa venir meno il diritto spettante agli abitanti dei sette Comuni interessati e loro riconosciuto dall'attuale statuto della Fondazione, di attingere acqua alla fonte termale, per esclusivo uso personale, giusta antichissima consuetudine.

Per i motivi sopra esposti, la Giunta regionale confida nella sollecita approvazione del presente disegno di legge.

PRESIDENTE: Prego il Presidente Paris, della I commissione, di fare la sua relazione.

PARIS (D.C.): La I Commissione legislativa ha esaminato questo disegno di legge nella seduta del 5 ottobre 1978.

In sede di discussione generale è stato sollevato il problema circa la competenza a legiferare in materia, sotto un duplice profilo: il primo attiene all'opportunità di un intervento legislativo specifico in assenza di una legge che, in forza della competenza regionale, disciplina complessivamente il nuovo ordinamento delle istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza; il secondo attiene ad una corretta interpretazione della legge n. 382 e del D.P.R. 24 luglio 1977, n. 616 citato nella relazione come fondamento dell'intervento e sul quale, da parte del

Presidente e del Vicepresidente della Commissione, sono state sollevate perplessità essendo evidente che, sia la legge n. 382 in forma espressa, sia il D.P.R. n. 616 implicitamente, disciplinano la competenza degli enti locali nelle Regioni a statuto ordinario e non anche in quelle a Statuto speciale.

In ogni caso, complessivamente, hanno ritenuto l'opportunità di una disciplina che dia all'istituzione in esame un assetto più proprio e quindi una maggiore efficienza.

La Commissione ha altresì valutata positivamente l'impostazione di attribuire ai Comuni il patrimonio e la gestione dell'istituzione.

L'Assessore Bertorelle, in sostituzione dell'Assessore proponente Dr. Müller, ha illustrato, anche con riferimento alle obiezioni sopra indicate, le motivazioni per le quali la Giunta regionale ha ritenuto di dover procedere alla presentazione del disegno di legge.

Nella discussione articolata il cons. Ricci, all'art. 1, ha proposto un emendamento attraverso il quale si garantisce la presenza delle minoranze di ciascun Comune all'interno dell'Assemblea consorziale.

La Commissione ha approvato l'emendamento predetto, ritenendolo conforme all'impostazione seguita anche in altre leggi per il rispetto delle funzioni delle minoranze. L'emendamento è stato approvato come istitutivo dell'articolo 1/bis.

Contemporaneamente la Commissione si è riservata di presentare in aula un emendamento che chiarisca, anche agli effetti procedurali, il contenuto dell'ultimo comma dell'articolo 1, nel senso che, nell'ipotesi che non tutti i Comuni approvino la istituzione del Consorzio o il relativo statuto, si addivenga, ad opera della Giunta provinciale di Trento, alla costituzione obbligatoria del Consorzio medesimo.

L'emendamento di cui sopra è del seguente tenore:

“Qualora uno o più Comuni di cui al primo comma non deliberino la costituzione del Consorzio o non approvino il relativo statuto, la Giunta provinciale di Trento, per delega della Regione, istituisce il Consorzio stesso. Alla costituzione del Consorzio la Giunta provinciale di Trento può procedere qualora abbia deliberato in tale senso la maggioranza dei Comuni che rappresentano complessivamente la maggioranza della popolazione in essi residente”.

All'articolo 4, con particolare riferimento al secondo comma, il cons. Ricci ha proposto, riservandosi di presentarlo in aula, un emendamento che tenda ad individuare i “diritti spettanti per antichissima consuetudine” come risultano dai documenti originali indicati nel lascito del Dr. Giovan Battista Mattei.

Il disegno di legge è stato approvato a maggioranza con 2 astensioni (Ricci e Tanas).

Il cons. Ricci precisa la sua astensione riservando la decisione al suo gruppo, soprattutto in riferimento alle perplessità per la mancata regolamentazione delle istituzioni pubbliche di assistenza e di beneficenza.

Il disegno di legge viene rimesso al Consiglio regionale per l'approvazione.

PRESIDENTE: Die Generaldebatte ist eröffnet. Wünscht jemand das Wort?

Il dibattito generale è aperto. Qualcuno desidera la parola?

Ha la parola il cons. Ricci, in discussione generale.

RICCI (P.S.I.): Grazie, signor Presidente. E' per confermare che troviamo in questa proposta di legge il risultato di una nostra particolare pressione verso i responsabili della Regione, e in particolar modo i responsabili della Provincia di

Trento, di fronte ad una situazione che da anni si trascina sollevando notevoli perplessità ed anche insoddisfazioni. In base al vecchio statuto, la gestione di questo patrimonio, da considerarsi perlomeno collettivo se non pubblico, in quanto deriva da un lascito del dott. Mattei ai 7 comuni delle Giudicarie esteriori, trovava una regolamentazione non certamente corrispondente a quelle che sono le istanze, le esigenze di una partecipazione diffusa, partecipazione che, ripetiamo, noi vogliamo sottolineare come momento di responsabilizzazione e non certamente di confusione. Ripeto del resto quanto ho detto in commissione, e cioè che sarebbe stato opportuno, anzi necessario, che la Regione, rientrando questo nelle sue competenze, ed avendo già il Governo legiferato in merito, avesse posto mano alla regolamentazione che riguarda le IPAB, le istituzioni di pubblica beneficenza ed assistenza, estendendo pertanto il provvedimento a tutti quegli enti che dovrebbero o scomparire o perlomeno rientrare nella nuova regolamentazione di cui al decreto n. 616 del luglio '77. Si è invece deciso di limitarsi al caso, bensì particolare e forse eccezionale, della fondazione "Terme di Comano" che, forse più di altri aveva bisogno di questo provvedimento che fa giustizia, nel senso di trasferire in forma diretta alla rappresentanza democratica delle popolazioni, oggetto del lascito, la gestione di questo beneficio, e, almeno noi ci auguriamo che in questa gestione, certamente più qualificata, che ha trovato anche in un mio emendamento il riconoscimento e la garanzia per fare spazio a tutte le componenti del pluralismo politico locale, cioè dell'assemblea costituente, cioè di questa nuova fondazione, di questo consorzio fra comuni per la gestione dei beni e delle Terme del lascito del dott. Mattei, trovino col-

locazione e spazio anche i rappresentanti delle minoranze. Dò l'atto al rappresentante della Giunta, alla Giunta in quanto tale, di aver accettato senza nulla eccepire questa proposta, come mi sembra abbia trovato l'opportunità di rispettare quelle che sono le originarie volontà del benefattore Dr. Gian Battista Mattei, che aveva nel suo documento bene precisato i diritti dei residenti nella fruizione delle terme e delle acque, alle quali sono certamente riconosciute capacità ed effetti terapeutici particolari. Ecco pertanto che l'emendamento che mi sono permesso di presentare, che avevo già preannunciato, all'art. 4 è di precisare che: "i diritti spettanti per antica consuetudine agli abitanti siano quelli che risultano precisati nei documenti originali del lascito Mattei", e non quelli piuttosto ridotti, a seconda ed in particolare delle interpretazioni e osservazioni raccolte in loco, quelli precisati o individuati con lo statuto del 1967. Perché, si domanderanno molti colleghi, questa particolare attenzione che non è solamente della parte socialista, ma è di altre parti politiche verso un problema che sembrerebbe secondario? Ecco, noi crediamo sinceramente, pensiamo perlomeno che da una gestione diversa come si può prefigurare, come può prefigurarsi da questa innovazione, da questa trasformazione dell'organo di gestione, possa derivarne un'ottica e la maturazione di logiche differenti nella gestione di un patrimonio, di una risorsa, anche se fino ad oggi è stata utilizzata correttamente da un certo punto di vista gestionale da parte della direzione, dell'organismo che la doveva presiedere; deve diventare, secondo noi, coscienza e patrimonio comune di tutte le Giudicarie esteriori, dei famosi 7 comuni proprietari e titolari del lascito, in quanto noi pensiamo che questa risorsa,

questa motivazione, questa attrattiva, questo richiamo che, come dicevo e ripeto ha valore veramente terapeutico, riconosciuto da clinici e scienziati, può rappresentare un supporto, non l'unico, ma uno dei principali supporti per quella che dovrebbe essere un'ipotesi di sviluppo socioeconomico di quella zona della provincia di Trento, che certamente non brilla per iniziative e che, altrettanto doverosamente si deve riconoscere, non è stata oggetto di particolari attenzioni nella mancata programmazione della nostra provincia. Noi crediamo che quella zona possa essere interessata direttamente a quello che può essere l'effetto indotto, derivante dalla gestione della risorsa Terme di Comano.

Pertanto, in questa visione, in questa ipotesi noi vorremmo mantenere le riserve politiche perchè non si è fatto ricorso, non si è posto mano ad una codificazione, ad una riforma per tutto quanto riguarda le IPAB. Però dobbiamo altrettanto dire che riteniamo importante, riteniamo di doverci riconoscere nella problematica, nelle esigenze delle val Giudicarie esteriori in particolare, ci siamo impegnati a sostenere le loro rivendicazioni, e a questa legge, anche se portata all'attenzione della assemblea regionale proprio negli ultimi secondi di questa VII legislatura, non vogliamo far mancare il nostro voto favorevole, con la precisazione che ho fatto e nella certezza che soprattutto la corresponsabilizzazione dei cittadini delle Giudicarie saprà far superare i tempi, persi nel passato. Sia chiaro che nel vedere questa riforma, anche sostanziale, in questo momento istituzionale e di un modello diverso di considerare la gestione della cosa pubblica, perchè questa la consideriamo tale, noi vediamo la necessità di porre mano alla riforma e manteniamo il nostro impegno di stare attenti a

quale sarà il risultato che attraverso questa norma di legge si potrà ottenere in una zona che non è certamente fra le più dotate e più privilegiate della nostra provincia.

PRESIDENTE: Sono le 12.30, quindi sospendiamo la seduta, si riprende alle ore 15.

(ore 12.30)

Ore 15.25.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Continuiamo con la discussione generale del punto 17 dell'ordine del giorno. *Disegno di legge n. 115: "Norme per l'istituzione di un consorzio tra i Comuni per la gestione delle Terme di Comano"*.

Die Sitzung ist eröffnet. Wir fahren fort mit der Generaldebatte zu Punkt 17 der Tagesordnung. Gesetzentwurf Nr. 115: "Bestimmungen für die Errichtung eines Konsortiums unter den Gemeinden zur Führung der Heilbäder von Comano". Meldet sich jemand zu Wort?

Ha la parola l'assessore Carli.

CARLI (assessore previdenza, enti sanitari - D.C.): Presidente, molto brevemente per rispondere all'invito fatto dal collega Ricci, anche in ordine ad un emendamento proposto dal gruppo del P.S.I. Comunque, dirò successivamente in ordine a questo problema. Concordo con il collega sul fatto che questo sia un provvedimento dovuto ancora da tempo, in quanto un'azienda, quale le Terme di Comano, non può permettersi di avere dei periodi vuoti di direzione. Con la soluzione proposta appunto dalla Giunta regionale credo che questo problema sarà avviato.

E' un disegno di legge che riporta la fondazione alle origini: ancora a suo tempo il dott. Mattei aveva lasciato ai comuni della zona sia il patrimonio che la gestione delle terme, e tutto ciò ritorna dopo anni e anni di traversie e di difficoltà, sia di proprietà che di gestione, ritorna ancora ai comuni in un assetto nuovo, moderno, di partecipazione democratica maggiore e di gestione che, speriamo in un pro-

futuro, maggiormente partecipata. Perciò la Giunta ha proposto questo disegno di legge, convinta di fare un servizio alla popolazione del luogo, convinta di fare un servizio generale al Trentino, anche se il provvedimento è settoriale. Settoriale perchè? Perchè un'azienda del genere, così posta come IPAB in regione, è l'unica a trovarsi in questa situazione e pertanto abbiamo pensato di poter fare un provvedimento di legge solo per questo caso. Come Giunta abbiamo proposto due emendamenti per maggiormente specificare alcune posizioni sotto l'aspetto giuridico e chiarificante un'altra all'art. 4.

Per quanto riguarda l'emendamento proposto dal P.S.I. per noi va bene, in quanto è un chiarimento ulteriore, e anche ciò è un ritorno alle origini, alle quali quelle popolazioni sono particolarmente attaccate, in quanto per loro la questione delle terme di Comano è una questione particolarmente importante sia sotto l'aspetto economico che sociale.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Votiamo per il passaggio alla discussione articolata. Chi approva? Contrari? Astensioni? Il passaggio è approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 1

Ove i Comuni di Bleggio Inferiore, Bleggio Superiore, Dorsino, Fiavè, Lomaso, San Lorenzo in Banale e Stenico deliberino concordemente, con l'osservanza delle norme di cui al successivo art. 2, di costituirsi in consorzio per la gestione, mediante azienda speciale, delle Terme di Comano ai sensi del Testo Unico sulla municipalizzazione approvato con regio decreto 15 ottobre 1925, n. 2578, la Fondazione

“Giovanni Battista Mattei — Terme di Comano”, riconosciuta sin dal 1900 come istituzione pubblica di beneficenza e attualmente retta dallo statuto approvato con delibera della Giunta regionale n. 2593 di data 3 novembre 1967, pubblicato sul Bollettino Ufficiale della Regione n. 50 del 15 dicembre 1967, è soppressa, con effetto dalla data di pubblicazione sul Bollettino medesimo della delibera della Giunta provinciale che costituisce, per delega della Regione, il consorzio.

Con effetto dalla medesima data, il Consiglio di amministrazione della Fondazione è sciolto e il suo Presidente assume le funzioni di commissario straordinario per la provvisoria amministrazione dell'ente, con l'incarico della consegna di tutti i beni e di tutti gli atti e documenti in possesso della Fondazione ai competenti organi del consorzio.

Il commissario cessa a sua volta dalle proprie funzioni a partire dal momento in cui si riunisce per la prima volta la commissione amministratrice dell'azienda consorziale, nominata ai sensi dell'art. 22 del Testo Unico 15 ottobre 1925, n. 2578. A tal fine copia della convocazione dev'essergli notificata per opportuna conoscenza.

Alla costituzione del consorzio di cui al primo comma, si potrà procedere anche qualora deliberi in tal senso la maggioranza dei Comuni interessati e semprechè questi rappresentino complessivamente la maggioranza della popolazione in essi residente.

Hierzu wurde ein Änderungsantrag eingereicht, gezeichnet von den Mitgliedern des Regionalausschusses. Carli, Marziani, Müller. Er lautet:

E' stato presentato un emendamento a firma

dei componenti la Giunta Regionale Carli, Marziani e Müller:

L'ultimo comma dell'art. 1 del disegno di legge regionale n. 115, concernente norme per l'istituzione di un consorzio per la gestione delle terme di Comano, è sostituito dal seguente: “Il consorzio di cui al primo comma è costituito anche qualora deliberi in tal senso la maggioranza dei Comuni interessati e semprechè questi rappresentino complessivamente la maggioranza della popolazione in essi residente”.

Desidera la Giunta illustrare l'emendamento?
Ha la parola l'assessore Carli.

CARLI (assessore previdenza, enti sanitari - D.C.): Sì, è un emendamento questo che era stato proposto su sollecitazione appunto della commissione, è una riformulazione del testo che in sostanza è uguale, ma si apportata una correzione, in quanto le nostre competenze regionali arrivano fino ad un certo punto e questo disegno di legge passa sul filo del rasoio delle competenze sia regionali che provinciali.

Per questo la Giunta ha riformulato, per conto della commissione, questo emendamento, che sostanzialmente suona in modo uguale al testo precedente, però esplica maggiormente le competenze regionali rispetto al testo precedente. Pertanto, preghiamo appunto il Consiglio, dato che non è modificata la sostanza, di approvare questo emendamento perchè sia più semplice l'approvazione in sede romana del disegno di legge.

PRESIDENTE: Wünscht noch jemand zum Änderungsantrag das Wort? Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir stimmen ab über den

soeben vorgelegten Änderungsantrag. Wer ist dafür? Dagegen? Stimmenthaltung? Der Änderungsantrag ist einstimmig genehmigt. Wer meldet sich zum geänderten Artikel 1: zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab. Wer ist dafür? Dagegen? Stimmenthaltung? Artikel 1 ist einstimmig genehmigt.

Qualcuno desidera intervenire in merito all'emendamento? Nessuno chiede la parola. Lo pongo in votazione. Chi approva? Contrari? Astensioni? L'emendamento è approvato all'unanimità. Chi chiede la parola in merito all'art. 1 così emendato? Nessuno

Metto in votazione l'art. 1: è approvato all'unanimità.

Art 1 bis

Lo statuto del consorzio dovrà prevedere la presenza dei rappresentanti delle minoranze dei singoli consigli comunali per la costituzione dell'Assemblea consorziale.

Lo metto in votazione: è approvato all'unanimità..

Art. 2

Al fine di assicurare, per quanto necessario, il rispetto del limite posto alla costituzione di nuove aziende locali dall'art. 9 della legge della Provincia autonoma di Trento 24 maggio 1978, n. 20, ciascun Comune dovrà allegare alla delibera di partecipazione al consorzio un prospetto da cui risulti che la costituzione dell'azienda non produce lievitazione degli oneri a carico degli enti locali ed accresce invece

l'efficienza del servizio.

Lo metto in votazione: è approvato all'unanimità.

Art. 3

Nel caso di costituzione del consorzio di cui all'art. 1, il personale in servizio alla data del 31 dicembre 1977 presso la Fondazione "Giovanni Battista Mattei - Terme di Comano" passa alle dipendenze del consorzio, conservando la posizione economica acquisita e tutti i diritti relativi. Entro sei mesi dal proprio insediamento la commissione amministratrice dell'azienda consortile definisce l'organico del personale e ne determina il trattamento giuridico ed economico, attenendosi alle norme e alle procedure previste dall'art. 5 della legge della Provincia autonoma di Trento 24 maggio 1978, n. 20.

Lo metto in votazione: è approvato all'unanimità.

Art. 4

Al consorzio sono trasferiti altresì tutti i beni, mobili ed immobili, appartenenti alla Fondazione "Giovanni Battista Mattei - Terme di Comano", nonché i rapporti giuridici attivi e passivi, comunque pendenti.

Nulla è innovato per quanto attiene alla destinazione dei beni medesimi ai fini di assistenza e beneficenza previsti dal vigente statuto della Fondazione, nonché per quanto concerne i diritti spettanti per antichissima consuetudine agli abitanti dei Comuni di cui all'art. 1.

Zu Artikel 4 wurde von den Abgeordneten Ricci, Ziosi und Nicolodi ein Änderungsantrag eingereicht.

I consiglieri Ricci, Ziosi e Nicolodi hanno presentato un emendamento:

Dopo la parole "di cui all'art. 1" dell'ultimo comma, aggiungere "come risultano precisati nei documenti originari del lascito del dott. Giovan Battista Mattei".

Es ist ein weiterer Änderungsantrag eingelangt, der zuerst übersehen wurde, — gezeichnet von den Abgeordneten Carli, Marziani und Müller... Er lautet:

E' stato presentato un ulteriore emendamento a firma dei consiglieri Carli, Marziani e Müller:

Il secondo comma dell'art. 4 del disegno di legge regionale n. 115 concernente: "Norme per l'istituzione di un consorzio tra i comuni per la gestione delle Terme di Comano" è sostituito dal seguente: "I beni medesimi mantengono la destinazione ai fini di assistenza e beneficenza previsti dal vigente statuto della Fondazione e sono conservati a favore degli abitanti dei Comuni di cui all'art. 1 i diritti loro spettanti per antichissima consuetudine".

Desidera parlare la Giunta per illustrare questo emendamento?

La parola all'assessore Carli.

CARLI (assessore previdenza, enti sanitari - D.C.): Anche qui brevemente, signor Presidente, per dire che in sostanza non è che sia mutato niente del testo originario, è una formulazione più chiara, maggiormente comprensibile, proprio

di quello che il legislatore regionale intende fare, cioè mantenere per i fini medesimi, quelli di beneficenza ed assistenza, questi eventuali proventi ed utili pro futuro che ci saranno appunto dalle Terme di Comano e di lasciare intatti, immutati, i diritti spettanti, come qui si dice appunto "per antichissima consuetudine ai censiti dei comuni medesimi". L'emendamento socialista esplica maggiormente ancora quanto già previsto nella legge, precisando quali sono questi diritti per antichissima consuetudine, e dice: "quelli precisati nei documenti originari del dott. Giovan Battista Mattei".

Ecco, non so se sia corretto citare questo, in quanto non so se ci siano e cosa esattamente questi documenti contengano.

L'idea nostra è questa: di mantenere assolutamente alla popolazione i diritti spettanti loro per antichissima consuetudine, dopo di che chiaramente saranno quelli riferentesi al testamento del dott. Giovan Battista Mattei. Speriamo quanto meno che sia questo, comunque se questi sono e se i colleghi socialisti hanno verificato tecnicamente che si può appunto fare appello a questi documenti, la Giunta è d'accordo, in quanto noi purtroppo qui non possiamo verificarli perchè il testo originario del testamento non l'abbiamo.

PRESIDENTE: Meldet sich noch jemand zu diesem Änderungsantrag zu Wort? Niemand. Wir simmen ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag?

Questo letto testè della Giunta, quello che adesso è stato illustrato dall'assessore Carli. Votiamo su questo emendamento. L'altro è aggiuntivo a questo. Votiamo questo emendamento: è approvato a maggioranza con 4

astenuti.

L'emendamento lo leggo ancora, Ricci, Ziosi e Nicolodi: "dopo le parole "di cui all'art. 1" aggiungere: "come risultano precisati nei documenti originari del lascito del dott. Giovan Battista Mattei".

Desiderano illustrarlo i proponenti?

Keine Wortmeldungen! Wir stimmen über diesen Änderungsantrag ab. Wer ist dafür? Dagegen? Stimmenthaltung? Der Änderungsantrag ist einstimmig beschlossen.

Wer wünscht das Wort über den so abgeänderten Artikel 4? Niemand. Wer ist dafür? Dagegen? Stimmenthaltung? Artikel 4 ist einstimmig beschlossen.

Erklärung zur Stimmabgabe? Keine. Bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Nessuno chiede la parola! Pongo in votazione l'emendamento. Chi approva? Contrari? Astensioni? L'emendamento è approvato all'unanimità.

Chi chiede la parola in merito all'art. 4 così emendato? Nessuno.

Chi approva? Contrari? Astensioni? L'art. 4 è approvato all'unanimità.

Dichiarazione di voto? Nessuna.

Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

Esito della votazione:

Votanti 38

38 sì

Punto 18) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge n. 117: "Corresponsione di miglioramenti economici ai dipendenti regionali"*.

Ha la parola per la Giunta il Presidente Marziani.

MARZIANI (Presidente G.R. - D.C.): Come è noto ai Signori Consiglieri regionali, l'articolo 1 della legge regionale 7 settembre 1958, n. 23 garantisce la rispondenza dello stato giuridico e del trattamento economico spettanti ai dipendenti regionali, a quelli degli impiegati civili dello Stato.

E' altresì noto ai Signori Consiglieri regionali che tra il Governo e le Organizzazioni sindacali del pubblico impiego è stato stipulato in data 23 dicembre 1977 un accordo, poi sottoscritto in via definitiva in data 14 aprile 1978, che prevede l'attribuzione ai dipendenti dello Stato di miglioramenti economici, e ciò anche in dipendenza della futura applicazione dei livelli funzionali.

Poichè, peraltro, tali accordi non hanno ancora trovato la prevista convalida in provvedimenti formali e in considerazione del fatto che il trattamento economico dei dipendenti regionali è di fatto congelato alle misure dell'anno 1973, la Giunta regionale ritiene equo provvedere alla corresponsione di un acconto sui benefici economici che deriveranno ai dipendenti regionali in applicazione delle norme statali in corso di emanazione.

L'articolo 1 della presente legge, prevede, in conseguenza, l'autorizzazione alla Giunta regionale a corrispondere, a titolo di acconto, al personale regionale, una somma non superiore all'ottanta per cento dei benefici economici derivanti dall'attuazione degli accordi a suo tempo sottoscritti tra il Governo e le Organizzazioni sindacali del pubblico impiego.

PRESIDENTE: Prego il rappresentante della II commissione di fare la relazione. Ha la parola il

cons. Piccoli.

PICCOLI-RENSI (Segretario questore - D.C.):
La II Commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge nella seduta del 16 ottobre 1978.

IL Presidente della Giunta regionale ha illustrato la portata del provvedimento di legge, precisando che con esso si intende dare attuazione ad un impegno conseguente agli accordi intervenuti fra Governo e organizzazioni sindacali; e ciò in quanto la normativa del personale regionale fa esplicito riferimento a quello del personale statale.

La proposta del cons. Virgili di rinviare il provvedimento di legge in attesa di conoscere e applicare anche la disciplina giuridica, oltrechè economica, degli statali ai dipendenti regionali non è stata accolta, in quanto, come ha precisato il Presidente Marziani, non può ipotizzarsi la simultanea applicazione di questo particolare aspetto della materia, rientrando la normativa giuridica nelle competenze specifiche della Regione.

Al termine della discussione, la Commissione ha approvato il disegno di legge a maggioranza, con l'astensione dei Consiglieri Sfondrini e Virgili.

PRESIDENTE: Die Generaldebatte ist eröffnet. Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Die Generaldebatte ist geschlossen. Wir stimmen ab über den Übergang zur Sachdebatte. Wer ist dafür? Dagegen? Stimmenthaltung? Der Übergang ist mit sieben Stimmenthaltungen beschlossen.

La discussione generale è aperta. Chi chiede la parola? Nessuno. La discussione generale è

chiusa. Votiamo per il passaggio alla discussione articolata. Chi approva? Contrari? Astensioni? Il passaggio è approvato a maggioranza con sette astensioni.

Art. 1

E' autorizzata, la corresponsione al personale regionale di una somma non superiore all'ottanta per cento dei benefici economici derivanti dall'attuazione dell'accordo sottoscritto in via definitiva il 14 aprile 1978 e del protocollo aggiuntivo intervenuti tra il Governo e le Organizzazioni sindacali del pubblico impiego secondo la decorrenza fissata nell'accordo stesso.

Al personale regionale con qualifica dirigenziale viene corrisposto con la stessa decorrenza, a titolo di acconto sui futuri miglioramenti, una somma pari all'importo medio spettante al rimanente personale regionale.

In sede di applicazione dell'accordo Governo-Organizzazioni sindacali sarà provveduto al recupero delle somme corrisposte in attuazione del presente articolo anche se il conguaglio risultasse negativo.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 7 astensioni.

Art. 2

Alla spesa di lire 100 milioni in ragione d'anno si provvede mediante prelevamento di pari importo dal fondo iscritto al cap. 670 dello Stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario in corso.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 8 astensioni.

Art. 3

La presente legge è dichiarata urgente a sensi dell'art. 55 dello Statuto ed entra in vigore il giorno successivo alla sua pubblicazione nel Bollettino ufficiale della Regione.

Metto ai voti l'art. 3: è approvato con 31 voti favorevoli e 7 astensioni. Non essendosi raggiunta la maggioranza dei consiglieri assegnati, la clausola d'urgenza cade. Il disegno di legge entrerà in vigore con la clausola normale.

Dichiarazioni di voto? Nessuna.

Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

Esito della votazione:

votanti 39

30 sì

3 no

6 schede bianche.

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Abstimmende 39, ja 30, nein 3, weiße Stimmzettel 6. Der Regionalrat beschließt das Gesetz.

Wir behandeln jetzt Punkt 13 der vorliegenden Tagesordnung. Begehrensgesetzentwurf Nr. 7: "A) Änderung der Verfassung"; B) Änderungen zur Vereinheitlichten Fassung des neuen Sonderstatuts für die Region Trentino-Südtirol, die mit VO StPräs. Nr. 670 vom 31. August 1972 gemäß Artikel 103 - Absatz zwei - des Statuts genehmigt worden ist" (vorgelegt von den Abgeordneten der S.P.I.)

Punto 13) dell'Ordine del giorno: *Disegno di legge-voto n. 7: "A) Modifica della Costituzione; B) Modifiche al Testo Unico del nuovo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670 a sensi dell'art. 103 - secondo comma - dello Statuto stesso"* (presentato dai consiglieri del P.S.I.).

Es wurde der Antrag gemacht, daß der Bericht als gelesen betrachtet werden kann. Wenn keine Einwände erhoben werden, gilt der Bericht als verlesen. Ich ersuche den Vertreter der I. Kommission, Abg. Dalsass, um den Bericht.

E' stato proposto di dare per letta la relazione. Se non ci sono obiezioni, la relazione è data per letta. Prego il rappresentante della I° commissione, consigliere Dalsass, di voler relazionare.

DALSASS (S.V.P.): Il disegno di legge-voto n. 7, presentato dal Gruppo consiliare del P.S.I., è stato discusso dalla I° Commissione legislativa nelle sedute del 25 maggio e del 28 settembre 1978.

Il disegno di legge-voto si compone di due provvedimenti:

- I. modifica della Costituzione per istituire i comprensori su scala nazionale;
- II. modifiche dello Statuto per adeguare di conseguenza i vari articoli.

Sull'argomento è stata presentata dai Commissari della D.C. una pregiudiziale, sull'opportunità politica di discutere questo disegno di legge-voto, in un momento in cui la Provincia di Trento si propone di legiferare in materia, mettendo così in rilievo un contrasto di carattere costituzionale sulla competenza.

La pregiudiziale è stata respinta con 5 voti

contari e 4 voti favorevoli; analoga votazione è stata espressa per il passaggio alla discussione articolata.

Sul merito della proposta il cons. Virgili ha espresso delle perplessità sull'istituzionalizzazione dei comprensori ed ha chiesto la votazione per parti separate dell'articolo 1 del primo provvedimento.

La prima parte dell'articolo è stata respinta con 4 voti contrari, 3 voti favorevoli, 2 astenuti.

La seconda parte dell'articolo è stata respinta con 5 voti contrari e 3 favorevoli.

Caduto l'articolo 1 si è votato sulla proposta di omettere la discussione degli articoli successivi: l'esito della votazione è stato il seguente: 4 voti favorevoli, 4 astensioni.

Lo stesso risultato si è avuto nella votazione del secondo provvedimento.

La votazione finale ha dato il seguente risultato: 5 voti contrari, 3 voti favorevoli, 2 astenuti.

Pertanto, con il parere negativo della Commissione, il disegno di legge viene trasmesso alla Presidenza del Consiglio regionale per la discussione in aula.

PRESIDENTE: La discussione generale è aperta. Ha la parola il cons. Ricci.

RICCI(P.S.I.): Grazie, signor Presidente. Sì, veramente sarei tentato di accettare l'invito di qualche collega a rinunciare a sostenere una causa di difficile attenzione, perlomeno, come questa, anche perchè cade in un momento di stanchezza fisica, di stanchezza politica, di attenzioni riservate a ben altre situazioni, che ci costringono purtroppo a rinunciare a quella che sarebbe stata l'occasione per un confronto positivo, comunque siano le tesi che si andranno

o si andrebbero a sostenere da parte delle varie forze politiche qui rappresentate. Noi comunque, come gruppo socialista, ci siamo assunti da anni il compito di sostenere la necessità di organizzare delle strutture come proposta iniziativa, provvedimento indispensabile e pregiudiziale a qualsiasi credibile tentativo di riforma, di riassetto, di riorganizzazione dei livelli istituzionali, senza del quale ben difficilmente, come dicevo anche nei giorni scorsi e in altra sede, è possibile credere ad un'efficacia dei nostri intenti e delle nostre proposte. Comunque, noi a questo impegno facciamo seguito, — e forse, maggiormente che a noi, si sarebbe imposto questo dovere ad altre parti politiche ad altri organi istituzionali, ai quali certamente doveva far carico questa iniziativa, — ci facciamo carico dei due disegni di legge-voto, questi due che stiamo discutendo per le modifiche della Costituzione e dello Statuto speciale di autonomia, allo scopo di legittimare, di collocare correttamente in un quadro costituzionale l'organizzazione democratica delle autonomie locali e la creazione del cosiddetto ente intermedio comprensorio o comunità di valle. Io dovrei perlomeno recuperare quella relazione che abbiamo presentato, come premessa alla nostra proposta di legge-voto, ma non voglio penalizzare di tanto i colleghi, che soffrono di questa, magari, ulteriore discussione, che sappiamo purtroppo dall'atteggiamento già assunto dai gruppi e dalle forze politiche di maggioranza nella commissione, che non avrà l'attenzione, la considerazione, l'analisi ed il voto conseguente alla portata del provvedimento. Però siamo tranquillamente convinti che sarebbe stato doveroso, da parte di coloro che credono, come hanno dimostrato di credere nell'impostazione corretta dei livelli istituzionali delle Province,

che questo discorso avrebbe dovuto costituire premessa essenziale, indispensabile ad un positivo procedere dei tentativi di riforma, anche settoriali, che si son portati avanti e che non possono vantare, nè possono contare su un'organizzazione istituzionale, un'organizzazione delle strutture, che sono le uniche premesse che possono far pensare ad un risultato positivo di questi intendimenti e di questi provvedimenti. Proprio stamattina, egregi colleghi, noi ci siamo incontrati e riuniti nella I commissione legislativa del Consiglio provinciale di Trento, ed avevamo all'ordine del giorno una proposta di legge della Giunta, avanzata dal vicepresidente della Giunta provinciale di Trento, avv. Mengoni, che riguardava la riforma del nostro istituto comprensoriale, dell'ente intermedio che la provincia di Trento s'è data come dimensione urbanistica nel 1964, recependo nella stessa poi tutte quelle che erano le attribuzioni previste per la legge sulle comunità montane, la legge 1102, e che è stata nelle nostre discussioni, nei nostri confronti, ammessa essere riforma essenziale per un'impostazione necessaria sia al metodo della programmazione come metodo di governo, sia ad un riconoscimento di quella che è l'esigenza di decentrare l'azione di governo stessa, il potere, e sulla stessa convergere quella che è la responsabilità e la corresponsabilità di tutte le istanze periferiche locali. Abbiamo assistito ad una proposta venuta perlomeno dalla maggioranza delle commissioni, logicamente la maggioranza la dobbiamo pur circoscrivere ad una entità politica, di superare questo ostacolo, di lasciar perdere, perlomeno di rinviarne la discussione sia per i tempi brevi che ci sono riservati, sia per la insufficienza degli stessi a consentire quell'approfondimento e quel confronto che è indispensabile per una riforma, per una iniziativa di

questa dimensione e portata.

Nell'incontro di commissione da alcuni presenti è stata denunciato come sia di origine il vizio nel ritrovarsi d'accordo nel dire che tutto quanto si sta facendo, s'andrà a fare e si è fatto, che fa conto sulla famosa delega per il decentramento, che fa conto sulla famosa corresponsabilità e sul coinvolgimento di tutte le istanze locali per l'ottenimento di determinati risultati che non sono più rinviabili, con il pericolo di compromettere ulteriormente quelle che sono le sorti delle Province, rispettivamente della nostra Regione, del nostro Paese, si sarebbe dovuto portare questo provvedimento in tempi debiti per consentire il suo varo corretto, anche se non condiviso dalle forze di minoranza magari, ma appoggiato e assunto come provvedimento responsabile delle forze che rappresentano la maggioranza, ma che comunque questa riforma si sarebbe dovuta fare. Noi siamo stati indicati come dei positivi provocatori, — e qui vorrei richiamare l'attenzione dell'egregio avv. Dubis, assessore regionale, che fra i suoi meriti nell'insistere sul provvedimento che questa mattina abbiamo discusso e la maggioranza ha approvato per le camere di commercio, diceva essere da oltre un anno presentata la sua legge —, ma vorrei ricordare che questo provvedimento, egregi colleghi, è stato da me presentato il 30 giugno del '77. Pertanto, come anzianità di grado credo che non debba temere la concorrenza di nessun altro provvedimento e che solamente una manifesta volontà politica, da parte della maggioranza in particolare, di una certa componente della maggioranza, che oramai sappiamo essere determinante nelle decisioni che concernono questo Consiglio, l'ha rinviato fino ad oggi in questo non scorcio, ma in questi pochi secondi di legislatura che ci rimangono disponi-

bili. Ed io mi trovo in una posizione tanto ingrata nel dover sostenere una causa nei confronti della disattenzione generale. Eppure sarebbe stata forse l'occasione utile e positiva per poterci confrontare nel riconoscere o meno la possibilità di questa iniziativa, nell'individuare, anche attraverso concorsi di consulenti e di esperti giuridici e costituzionali che hanno pur precisato il loro pensiero in materia, un indirizzo da poter dare alle due Province, un indirizzo sul come incamminare la loro organizzazione istituzionale e con questa la loro organizzazione di programmazione democratica. Purtroppo, questa legislatura è passata inosservata per quanto concerne questo aspetto che noi consideriamo e abbiamo considerato sempre fondamentale, ed oggi ci troviamo a doverci rassegnare a quella che dobbiamo temere essere una decisione di rifiuto, che però ha una portata politica. Ha una portata politica anche perchè quando ci è stato suggerito o proposto in commissione legislativa di sopprassedere, attraverso una pregiudiziale del presidente della commissione stessa e pregiudiziale di opportunità politica, nel portare avanti ed insistere sul nostro disegno di legge voto, quando abbiamo dovuto confrontarci ci è stato detto che non era il caso di far coincidere la discussione di questa legge-voto, che intende modificare l'ordinamento costituzionale per i livelli istituzionali previsti, nel momento in cui la provincia di Trento avrebbe dovuto discutere un altro provvedimento di sua competenza o presunta competenza, che avrebbe dovuto assegnare alla Provincia stessa e all'autonomia provinciale la competenza di ordinare nel modo voluto le autonomie locali, inserendo ed individuando il comprensorio come ente intermedio, territoriale e politico. Mi sembra però che il parere che un

collega, a nome di altri colleghi e non nostro, lo escludo, ha voluto assumere presso un costituzionalista, non abbia dato legittimità all'iniziativa posta dalla Giunta provinciale di Trento, a quella che poi è stata un'iniziativa sospesa, se non ritirata, e abbia posto i temi nella correttezza da noi assunta come modello per impostare la nostra discussione dicendo che non è competenza della Provincia legiferare in questa materia ed in questo particolare momento, ma attiene quantomeno alla competenza dello Stato legiferare, in subordine addirittura alla modifica della Costituzione, intervenire per creare questo ente intermedio che almeno in provincia di Trento consideriamo essenziale per far chiarezza almeno sull'organizzazione da dare al nostro territorio, alle nostre istituzioni, a quella caotica situazione creata dai 223 comuni incapaci, per una serie di ragioni e di circostanze, di autogovernarsi, di esercitare la loro autonomia, le loro capacità decisionali, per le ragioni che non sto a ripetere, tante volte mi hanno visto e ci hanno visti interpreti di queste istanze, di queste rivendicazioni. Ecco pertanto che nell'affidare alla discussione di questa assemblea la nostra proposta, io voglio richiamare la responsabilità dei gruppi di maggioranza che hanno negato, con il loro atteggiamento ostruzionistico in questo caso, e la loro disattenzione evidente, signor Presidente, di fronte ad un argomento di questo tipo, io voglio affidare questo nostro studio modestissimo fatto nella presentazione, a tutte le analisi, a tutti i confronti, a tutti gli approfondimenti, a tutte le necessarie modificazioni, affinchè non sia più l'ente intermedio, il comprensorio a Trento ed eventualmente la comunità di valle a Bolzano un qualche cosa di astratto, di addirittura irregolare nella sua capacità di esercitare e di rivestirsi di rappresen-

tanza popolare, di sovranità popolare, ma affinché diventi finalmente un qualche cosa di riconoscibile, un qualche ente riconoscibile che possa essere investito di quelle deleghe, che non devono essere certamente le deleghe amministrative che si sono ipotizzate o addirittura legiferate nei provvedimenti portati avanti dalla Giunta provinciale di Trento, ma deve essere un ente soprattutto rappresentativo se vogliamo riconoscere, alle nostre dichiarazioni, attendibilità, correttezza, onestà politica quando vogliamo puntare tutta la nostra rivoluzione culturale e rivoluzione istituzionale nel decentramento, nella partecipazione, nel coinvolgimento, nell'evoluzione culturale e nel portare quella che è la prima delle istanze, la prima delle rivendicazioni, a convincere il cittadino, le istanze del singolo, del collettivo, degli enti locali e territoriali alla partecipazione che noi riteniamo essere l'unico modello, attraverso il quale tentare un recupero di credibilità per la politica, per il politico, per il sociale. Siamo coscienti e convinti che purtroppo stiamo navigando verso un mondo di deresponsabilizzazione assoluta, di egoismi sia individuali che collettivi, di rivendicazioni settoriali e anche territoriali che certamente non concorrono a portare in avanzamento positivo la concezione diversa dell'organizzazione sociale e politica, alla quale noi socialisti guardiamo con notevole fiducia, anche se non assoluta, perché nell'assoluto non crediamo e non possiamo farci convinti. Pertanto, io credo di dovermi rassegnare anche a farvi venia di una lettura della relazione, che forse qualcuno ha trovato il tempo di leggere, relazione che a distanza di un anno e mezzo alcuni colleghi, in particolare i rappresentanti della S.V.P., non avevano trovato l'occasione di leggere perché hanno domandato ulteriore tempo nel corso del dibattito in

commissione per poterla almeno leggere. Noi sappiamo che questa nostra proposta è caduta nell'assoluto disinteresse e noi vi diciamo che avete fatto male, non perché noi meritiamo attenzione diversa da quella che fino ad oggi ci avete riconosciuto ed attribuito, ma perché l'argomento che abbiamo posto all'attenzione dell'Assemblea regionale meritava quella considerazione che dite di avere nelle vostre stesse enunciazioni programmatiche e politiche, almeno se è da credere ciò che la D.C. stessa, il partito di maggioranza assoluta ha stampato in centinaia e centinaia di pagine, ufficiali nella loro proposizione, perché accompagnanti atti ufficiali delle assemblee legislative, rispettivamente regionale e provinciale, ma fino ad oggi queste enunciazioni non hanno trovato il conforto di un loro recepimento, di una loro fedeltà nelle attuazioni, nei provvedimenti che hanno contraddistinto questa legislatura nel suo complesso, sia per parte provinciale che per parte regionale.

Non so sinceramente, non so cosa possiamo aspettarci, come gruppo socialista, da questa discussione. Noi non presumiamo nemmeno di lasciare questo nostro modesto lavoro come patrimonio del futuro Consiglio regionale, la presunzione non è caratteristica peculiare del nostro modo di pensare e di operare; speriamo comunque che i nostri successori, come socialisti, siano impegnati fin d'ora a riproporla all'inizio della prossima legislatura e lo speriamo, come del resto è stato in precedenti occasioni, per argomenti che hanno certamente avuto la loro rilevanza. Faccio solamente riferimento alla proporzionale nei comuni fino a mille abitanti che è stata una legge approvata da questa Assemblea all'inizio della VII legislatura, ma che aveva avuto, ci consentite di dirlo, il nostro

impegno, l'impegno proprio del collega Manica che è ancora con noi, e che era stata portata avanti insistentemente, quasi caparbiamente, finchè aveva trovato perlomeno parziale riconoscimento.

Questo dunque sarà uno dei nostri impegni che vorremmo proporre al confronto corretto e democratico nella prossima legislatura per vedere se veramente la nostra intuizione, il nostro disegno accentrato, ha colto nella correttezza della collocazione costituzionale e legislativa la problematica, o se, magari fosse, potremmo risolvere tranquillamente la parte insoluta, la parte ancora problematica di tutto l'argomentare in una semplice legge provinciale. Allora noi ben ce ne guarderemmo dal sollevare l'aspetto costituzionale accontentandoci del concreto, cioè della possibilità di dare ai nostri enti intermedi, al nostro comprensorio una rappresentanza riconoscibile di democrazia, di pluralismo, di correttezza proporzionale e saremmo i primi a riconoscere che il risultato è stato ottenuto. Ma sappiamo benissimo che nel momento in cui si tentava la via della competenza provinciale, doveva essere opportunità di tutti, opportunità politica, di tentare la via anche costituzionale, anche se nell'ambiente parlamentare romano, prima di giungere ad un atteggiamento comune di una maggioranza di forze politiche su di una proposta come questa, il tempo necessario sarebbe stato ben maggiore di quanto qualsiasi di noi può prevedere. Comunque, una volontà politica poteva essere manifesta e manifestata su questo provvedimento e si è perso, ancora una volta, l'occasione per essere coerenti con quanto si va dicendo e scrivendo e sostenendo; non abbiamo alcuna concreta manifestazione che questo costituisca volontà politica delle varie forze politiche che

sullo stesso si sono impegnate. Noi crediamo pertanto di aver fatto correttamente il nostro dovere e ci aspettiamo solamente di poter capire qual è la portata appunto della volontà politica che contraddistingue le altre forze politiche di rappresentanza.

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zur Generaldebatte zu Wort?

Chi chiede la parola nella discussione generale?

Ha la parola il cons. Virgili.

VIRGILI (P.C.I.): Il problema sollevato dal collega e compagno Ricci è veramente uno di quei temi di grande stimolo per il dibattito e per il confronto politico, proprio perchè qui si tratta di arrivare, attraverso la definizione di un determinato ente, strumento, istituto, a un quadro più generale che riguarda il problema dello Stato italiano, delle autonomie e quindi dei vari livelli istituzionali, dei ruoli, delle funzioni, dei rapporti tra gli stessi e tra questi e la società civile. Ora io credo che sia appunto difficile, come diceva il collega Ricci, aspettarsi o pretendere in quest'ultima seduta, tanto più dopo il destino segnato al disegno di legge-voto in sede di commissione, di affrontare questa complessità dei temi. Si possono fare, però alcune riflessioni. Una prima riflessione riguarda innanzitutto il carattere della proposta.

Ora io la capisco nel senso che qui il compagno Ricci ripropone quella che è una visione complessiva del partito socialista a livello nazionale, a livello locale per ciò che riguarda il dibattito in corso a proposito della introduzione a livello intermedio dei comprensori, in luogo

delle attuali province, e del problema dei comprensori come nuovo livello intermedio nella realtà delle rispettive Province, tra Province e comuni, con una sottolineatura che almeno concordo, che è quella di cominciare a definire con maggiore chiarezza quello che è il campo di competenza della Regione, cioè nel senso che avendo la Regione competenza per ciò che riguarda l'ordinamento dei comuni in modo integrativo allo Stato e primari per ciò che riguarda le circoscrizioni comunali, noi riteniamo dovrebbe essere anche la sede per un confronto più serrato di natura politica e quindi istituzionale su questo problema del livello intermedio nelle Province. Comunque, al di là dello scioglimento, diciamo, di questo problema rimane ugualmente il nodo, la natura, le funzioni, la collocazione, le dimensioni, la struttura di questo ente o di questo livello intermedio nelle rispettive Province. Io credo però che qui bisogna tener conto che c'è una differenza di fondo tra le forze politiche, a proposito del modo che viene seguito da parte dei compagni socialisti per ciò che concerne la definizione di questa materia. Dicono i compagni socialisti: sollecitiamo attraverso un disegno di legge-voto la modifica della Costituzione, in modo quindi che praticamente l'atto, che non è un fatto nominalistico, della sostituzione delle Province con i comprensori avvenga attraverso legge costituzionale. Il problema è aperto, è in discussione, tanto è vero che noi siamo di orientamento diverso, anche se non escludiamo una eventualità come questa, ma riteniamo che sia l'art. 129 che l'art. 133 della Costituzione possono consentire di arrivare, con la definizione precisa di una legge dello Stato, a superare questa questione senza andare a un atto di modificazione della Costituzione, che perlomeno

riteniamo debba essere valutata in modo più attento proprio in relazione alla situazione politica generale, che credo sconsigli, specie in questo momento, di mettere in discussione sia pure degli aspetti particolari della Costituzione repubblicana, sia di tener conto che gli stessi principi di riforma si possono realizzare nella misura in cui si traducono in formulazione di leggi adeguate e soprattutto in una volontà unitaria dei partiti democratici.

Ne abbiamo tante delle norme costituzionali, sappiamo cosa sono costate alle forze politiche, sociali, al paese in generale, ma sappiamo quanto siano inattuate ormai da decenni nel paese. E una, prima di tutte, fondamentale, essenziale è quella dei diritti sociali da parte dei cittadini: il diritto al lavoro. Ora quindi crediamo che queste considerazioni, il momento, la situazione debbano essere valutate per cui, senza respingere aprioristicamente anche la possibilità di una modifica costituzionale per introdurre la sostituzione e quindi funzioni, attribuzioni, dimensioni della Provincia con il livello intermedio del comprensorio, occorra rifletterci. Ragione per cui noi riteniamo che non si può andare a cuor leggero e quindi a dire sì o no senza valutare complessivamente tutti gli elementi.

Seconda questione: io ho una preoccupazione, che se si introduce una tale modifica con una legge costituzionale rischiamo di fare un'operazione che diventa un'operazione fondamentalmente nominalistica cioè noi sostituiamo alla Provincia il comprensorio, ma proprio perchè procediamo con legge costituzionale noi manteniamo il livello istituzionale della Provincia. L'accordo tra i partiti di maggioranza, sottoscritto dal P.S.I., P.C.I., D.C., socialisti e repubblicani, stabilisce che l'ente intermedio di programmazione è uno, uno

soltanto e che d'altra parte questi livelli intermedi comprensori devono essere previsti degli statuti regionali e identificarsi quindi con le nuove Province, essere assorbiti quindi in essi. Per cui noi riteniamo che da questo punto di vista allora la tesi può propendere di più per andarci attraverso una legge di riforma, senza dubbio, dell'ordinamento dello Stato, ma in modo da far sì che l'attuale livello intermedio comprensorio, che diventa sostitutivo della Provincia, non ne ripeta la impostazione generale, perchè diversamente io credo che allora non cambiamo niente. Se vogliamo che la Provincia, non sia più l'ente di carattere soprattutto amministrativo che è attualmente, Provincia tradizionale, diventi uno strumento soprattutto di programmazione, che si colloca tra Regione e comune, credo che non sia indifferente anche lo strumento che utilizziamo per realizzare questo obiettivo. Ripeto, però che è un problema di riflessione.

La questione invece che ci trova in una posizione completamente divergente dai compagni socialisti è quella che concerne il comprensorio nel nostro territorio. Cioè noi siamo decisamente contrari a prevedere una modificazione dello statuto di autonomia con questa ripartizione: Regioni, province, comprensori e comuni, perchè ci sembra che non sia necessario e per niente opportuno introdurre un nuovo livello istituzionale, come è quello dei comprensori; anzi, dico con estrema sincerità che se fosse possibile ritornare, per molti aspetti, indietro rispetto anche ad una certa legislazione provinciale, saremmo lieti e su questo ci incarichiamo di riflettere attentamente nella prossima legislatura. Proprio perchè riteniamo che il comprensorio nè possa essere un livello istituzionale, ma debba rimanere essenzialmente

e fondamentalmente un livello di pianificazione e di programmazione che non vada ad espropriare per niente le competenze e le potestà dei comuni, che non possa essere soggetto, d'altra parte, di quelle funzioni amministrative che vogliamo togliere alle Province ordinarie, trasformandole in enti di programmazione, ma invece semmai il comprensorio può essere un livello di prolungamento delle funzioni, delle dimensioni del comune e deve rimanere invece il soggetto essenziale, assieme alla Provincia-Regione o Provincia-Stato, come è nel caso nostro del Trentino e dell'Alto Adige, nel senso di avere pienezza di funzioni dal punto di vista della gestione dei servizi e dell'amministrazione. Quindi non ci sembra opportuno parificare il comprensorio agli altri livelli della Provincia e dei comuni e, in secondo luogo, ma forse prioritariamente, c'è una ragione di ordine politico. Noi crediamo che oggi non abbia giustificazioni e possa d'altra parte aprire dei notevoli rischi in un momento in cui tutti lamentiamo che, dopo 30 anni di autonomia, lo statuto è ancora aperto; aperto prima di tutto perchè non si sono realizzate pienamente le norme di attuazione, aperto perchè rischiamo di rimanere indietro rispetto a una certa normativa che viene avanti nelle regioni a statuto ordinario, dopo un certo processo di trasformazione e di decentramento dello Stato con la 382, quindi la necessità di determinati adeguamenti, competenze, funzioni ecc. con norma statutaria, particolare, che acquisisca gli elementi innovativi e li aggiunga quindi a quanto era specifico e peculiare della autonomia speciale della Regione e delle Province. Nel momento in cui avvertiamo quindi una certa divaricazione, contrapposizione lacerante tra le stesse due province di Trento e di Bolzano, ci sembra che riaprire complessi-

vamente oggi la materia dello statuto di autonomia, in una situazione come questa, sia, diciamo così francamente, non solo non produttivo, ma pericoloso. Per cui noi siamo contrari ad aprire oggi questo problema, in questo modo, in queste forme, sia per una ragione politica di ordine generale, sia perchè, ripeto, non condividiamo di introdurre un ulteriore livello istituzionale, come quello del comprensorio, tra i Comuni e la Provincia.

E' da qui quindi che è venuta la nostra posizione anche diversificata in commissione, che mentre sulla prima, pur quindi in uno sforzo di riflessione e senza dare per scontato questa strada, avevamo anche convenuto che forse un auspicio al Parlamento poteva anche essere fatto, ci siamo dichiarati decisamente contrari invece sul secondo aspetto dell'art. 1 del primo disegno di legge e dell'art. 1 del secondo disegno di legge per ciò che riguarda la modifica dello statuto e il comprensorio. Ora per questa ragione se i compagni socialisti insistono in questa seduta per andare a un voto del Consiglio, io debbo dire che il nostro sarà un voto contrario. Se i compagni socialisti, dopo aver riposto qui il tema ed aver sentito anche un pronunciamento da parte dei gruppi, lo ritengono come un'ulteriore sollecitazione alla riflessione, alla ricerca, allo sforzo da parte dei partiti per dare luogo successivamente a un certo tipo di lavoro che possa produrre novità dal punto di vista istituzionale e legislativo in sede regionale e in sede provinciale, noi siamo aperti e crediamo che in questo senso potrebbe essere un fatto positivo. Diversamente, ripeto, non possiamo che dare voto negativo perchè il nostro sì, alla fine della discussione, era stato motivato proprio dalla ragione di opportunità di un confronto politico in aula tra le forze, in modo che ci fosse

un pronunciamento, in modo che si indicasse anche se, da parte dell'attuale potestà ordinatoria della Regione, non si riteneva di recuperare questa tematica e quindi questa iniziativa. Arrivati a questo punto, sulla materia noi non conveniamo così come è impostata ripeto, così come è delineata, e non sul tema in generale e quindi non possiamo ovviamente che esprimere, la esigenza di riflettere, di andare a discutere, di confrontarci di più, di arrivare anche, senza pretendere di imporre le visioni ideologiche dei singoli partiti, anche ad una soluzione unitaria che possa favorire una spinta nei confronti del Parlamento, nei confronti dello Stato.

Così come è, ripeto, è la visione di una parte, rispettabilissima e impegnata in queste questioni, ma di una parte e non della nostra, e quindi non possiamo dare un voto di sostegno.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Ha la parola l'assessore Bertorelle.

BERTORELLE (assessore enti locali - D.C.): Io comincio dalla fine, cioè dalle ultime parole che ha detto il collega Virgili, a proposito di un confronto politico su questi temi in aula. Anch'io volevo dire la stessa cosa, sarebbe stato assai interessante se su quei temi sui quali i partiti discutono ormai da parecchio tempo e che hanno trovato poi una esplicitazione concreta anche nei progetti di legge, presentati sia dal Governo che dal partito della Democrazia Cristiana, del Partito Comunista, del Partito Socialista, sulle autonomie locali, cioè su questo tema importantissimo e interessantissimo ci fosse stato un dibattito. Assieme ai colleghi assessori agli enti locali delle altre regioni, stiamo conducendo da alcuni mesi un tipo di discorso per vedere se non è possibile formare un punto

di vista omogeneo del fronte delle regioni, se si può chiamare in questo modo. Siamo stati a Milano, siamo stati a Bologna, adesso dovremmo andare a Palermo e poi la conclusione sarebbe un convegno grosso delle regioni da tenersi in gennaio a Milano, la Regione lombarda si è assunto questo impegno. In questa sede effettivamente verranno fuori quelle tesi che già in sede nazionale sono state espresse e che potrebbero, in sede locale, trovare un notevole arricchimento, anche nel nostro caso tenendo conto di una esperienza del tutto particolare. A questo proposito volevo aggiungere che nel prossimo numero di "Aggiornamenti" che sta per uscire, quella pubblicazione della Regione, e che è tutta dedicata agli enti locali, ci sarà un articolo interessante di Pototschnig; il quale fa una analisi dei quattro progetti di legge con valutazioni molto interessanti, tra il resto per quanto riguarda il progetto socialista anche delle valutazioni lusinghiere di alcuni aspetti del problema che sono stati messi in luce più dal partito socialista che da altri. Io proprio coglierei l'occasione per invitare i colleghi a leggere questa parte del numero di "Aggiornamenti", che conterrà anche molte esperienze straniere, conterrà tante altre cose e dovrebbe essere la conclusione di quelle che sono state anche le nostre aspirazioni, i nostri punti di vista, il nostro lavoro svolto nel corso di questi 5 anni.

Ma, per tornare all'argomento, sarebbe stato interessante questo dibattito, anzi in sede di questo incontro fra gli assessori locali delle diverse regioni, nell'ultimo incontro di Bologna sono stati fatti poi degli inviti a tutti i Consigli regionali perchè dibattano questo tema. Io naturalmente ho fatto presente che il nostro Consiglio regionale stava per scadere e che quindi sarebbe stato un po' difficile farlo, però

non ho perso la speranza che si faccia o prima delle elezioni o dopo, cioè entro l'anno; io spero che le forze politiche, qui presenti, almeno quelli che sono interessati a questo tema, prima che finisca l'anno si possano riunire, anche al di fuori della seduta del Consiglio regionale, per esprimere il nostro punto di vista e per portarlo, poi a questa riunione delle Regioni, che avrà luogo in gennaio e che potrà essere determinante anche al fine della discussione in Senato e alla Camera.

La posizione dei partiti che appoggiano il Governo attualmente, in merito all'ente intermedio, è conosciuta certamente da coloro che hanno parlato: si ritiene che sia opportuno un unico ente fra Regione e comune. Quale poi sia la fisionomia di questo ente non è detto in questo accordo che risale al giugno dell'anno scorso, ma è detto viceversa nei progetti che sono stati presentati dai tre partiti nei primi mesi di quest'anno. E qui c'è già uno schieramento, cioè c'è già la proposta della Democrazia Cristiana, del Partito Comunista e quella del Governo in un senso, la proposta del Partito Socialista in un altro, cioè mentre i primi tre partiti, di cui parlavo, pensano all'ente intermedio che abbia una configurazione di tipo provinciale; e naturalmente modificato nelle strutture, ampliato nel numero ecc. ecc., il progetto del partito socialista ha la prospettiva dei comprensori, comprensori che non avrebbero niente a che fare, almeno a prima vista, con l'ente Provincia, sia pure riformato.

Però ho avuto notizia che anche il Partito Socialista sta rivedendo, in questi ultimi mesi, la sua posizione per, non dico allinearsi, ma per avvicinarsi alla posizione degli altri progetti, dimodochè si presenterebbe, se effettivamente fosse così, il tema di un unico ente intermedio,

di un unico ente intermedio che superasse il concetto di Provincia, e che avesse caratteristiche di carattere territoriale, sia pure ampliato, con molti altri compiti, soprattutto di carattere programmatico. Io non ho qui i particolari, ma ricordo di aver visto, mi pare proprio in uno degli ultimi numeri della rivista dell'ANCI, la notizia di questo problema. Siamo, comunque, in pieno movimento e siamo in pieno fervore di studio e di proposte. Premesso questo, ci si domanda effettivamente: vale la pena di prendere una posizione come Consiglio regionale, nel senso di approvare una posizione che, pure interessante, è una posizione di parte in un momento nel quale le bocce non sono ancora ferme? Cioè in un momento nel quale è ancora in discussione tutta la problematica delle autonomie locali? Noi non riteniamo che sia il momento, e penso che anche il proponente se ne renda conto.

Ricordo anzi che, trovo qui l'appunto, nella commissione legislativa competente del 25 marzo avevo dichiarato di essere pronto a riferire il punto di vista della Giunta, ma che avrei preferito fissarne il giorno, e mi pare che tutti i membri della commissione si sono associati. Questa discussione non ha avuto luogo perchè siamo entrati in clima feriale e subito dopo in clima elettorale. Queste sono le ragioni che hanno anche impedito un esame più completo della proposta, ma non c'è stata mancanza di buona volontà, bensì apprezzamento per uno studio così interessante, così importante come quello presentato dal cons. Ricci, anche se non può essere condiviso. Era un contributo notevole che veniva portato, era un chiaro invito ad un confronto, ad un dibattito su questo argomento. L'invito non è stato accolto e anche la discussione di oggi non è certo sostitutiva di questa opportunità e di questa necessità. Guardi,

lei è in buona compagnia perchè anch'io ho provato amarezze del genere, forse ancora più grandi quando dopo quel convegno di Merano, che era stato preparato in due anni di lavoro, il seguito non è stato purtroppo quello che avrei desiderato. La vita politica è fatta in modo tale per cui si lavora tanto e poi ci sono altri problemi emergenti del momento che saltano fuori e fanno passare in secondo piano quei problemi istituzionali, quei problemi di ordinamento che pure sarebbero tanto importanti. Ad un certo momento poi ci si accorge che ci sono anche quelli, ci si rende conto che questi problemi andavano risolti, andavano discussi, andavano trattati. Volevo dire che il convegno di Merano ha avuto come unica conseguenza pratica, di carattere legislativo, quella legge di modifica dell'ordinamento dei comuni che riguarda i controlli. E' importante, effettivamente è una norma che ha notevolmente alleggerito i comuni, basti pensare che ha tolto due terzi delle delibere all'esame degli organi tutori facilitando certamente tutta l'opera dei comuni, ma gli altri temi, che io avevo messo come temi prioritari, per esempio il problema della determinazione dei compiti dei comuni, valevoli poi a tutti gli effetti, anche agli effetti della finanza locale, per esempio il problema dei piccoli comuni, che per noi è sentitissimo, della costituzione di istituzioni che superassero il concetto di consorzio, quelle che venivano delineate anche nella discussione fatta a Merano, tutti questi temi hanno segnato il passo e non sono stati portati all'esame del Consiglio prima della sua conclusione. Però sono studi molto validi e io sono convinto che il Consiglio regionale non potrà non affrontarli nella prossima legislatura.

Concludendo, mentre la Giunta rinnova l'apprezzamento per lo studio presentato dal cons.

Ricci a nome del partito socialista, non ritiene che in questo momento sia il caso di pregiudicare una situazione con delle prese di posizioni che costituiscano un fatto acquisito, di volontà del Consiglio regionale, in un momento nel quale tutta la tematica è in completa evoluzione ed esprime, attraverso di me, l'auspicio che questi temi possano ritornare in Consiglio regionale, con proposte concrete o, comunque, sotto forma di un dibattito ampio, quanto mai il più ampio possibile su questi argomenti, che ci interessano concretamente, così che accanto alle posizioni a carattere nazionale, che ciascun partito prenderà, ci sia anche l'arricchimento di situazioni locali, pur importanti, che sono quelle che in un'ultima analisi servono anche a noi.

PRESIDENTE: Ha la parola il cons. Tomazzoni.

TOMAZZONI (P.S.I.): Sì, signor Presidente, per qualche brevissima puntualizzazione, anche in merito a quanto detto ora dall'assessore Bertorelle. La tesi di fondo, sostenuta dall'assessore, è che le bocce non sono ferme, che in campo nazionale si sta discutendo su questa materia, che le posizioni non sono ancora chiarite e quindi è bene attendere. A noi non risulta che il partito socialista abbia modificato le sue posizioni, perchè ho personalmente assistito, nel mese scorso, a un convegno nazionale del partito socialista proprio su questo tema, dove le posizioni sono state ribadite, caso mai si tratterrà di confrontarle, di vedere fino a che punto le nostre posizioni possono passare o possono essere accolte anche dagli altri partiti che costituiscono la maggioranza, cioè non ci sono chiusure rigide, ma le posizioni di partenza sono queste e riguardano questo problema, ma

questo problema inserito in una visione più ampia dell'ordinamento dei comuni, dei comprensori, delle regioni e quindi quello che è un nuovo assetto anche dal punto di vista istituzionale della società, come noi la vediamo, nelle sue articolazioni democratiche per una maggiore partecipazione e secondo una linea di fondo molto chiara di trasferimento verso il basso dei poteri, fino al limite del possibile. Ma, dico, a parte questo, è abbastanza singolare questa presa di posizione della Giunta per due ragioni: la prima è che in provincia di Trento è stata presentata una legge di ordinamento, non tanto di ordinamento ma di deleghe ai comprensori, abbastanza ampia, articolata e che imposta tutto un discorso nuovo, anche dal punto di vista dei principi, per quanto riguarda le funzioni, il ruolo della provincia, dei comprensori, dei comuni e questa legge la si doveva far passare in questa stessa legislatura, anzi noi ritenevamo che dovesse essere prioritaria a tutta una serie di altre leggi, che in pratica queste deleghe poi le danno senza che ci sia un quadro complessivo, dentro il quale vanno collocate. Ma nella stessa relazione a quel disegno di legge ci sono alcuni nodi, alcuni interrogativi, alcuni problemi che non possono essere risolti a detta dello stesso relatore, assessore Mengoni, se prima non si toccano alcuni articoli della Costituzione, dello statuto di autonomia, come il nodo principale che riguarda la elezione delle assemblee comprensoriali, che riguarda la possibilità di rappresentanza proporzionale delle forze politiche in queste assemblee e che riguarda poi, oltre a questo, la funzione, il ruolo di questi enti intermedi, che riguarda i problemi del personale e così via.

Quindi a Trento si fa un discorso, la Giunta regionale, che pure ha componenti nella

provincia di Trento, ne fa uno totalmente diverso. E si era insistito a lungo anche in provincia di Trento perchè quel disegno di legge passasse in questa legislatura, ed era forse opportuno accantonare tutta una serie di altre leggi di tipo elettoralistico, che sono state fatte passare in questo scorcio di legislatura, per dare maggiore attenzione ai problemi di ordinamento.

Giustamente, dice l'assessore Bertorelle, i problemi di ordinamento attirano scarsa attenzione perchè non producono voti, come producono voti altre leggi che erogano fondi a determinati settori, a determinate categorie, e quindi attirano con questo sistema una messe di voti, che questi problemi di fondo non producono.

Per quanto riguarda poi quello che diceva il collega Virgili, siamo d'accordo che questa proposta si inserisce in una visione complessiva del partito socialista, sia a livello nazionale che a livello provinciale, dell'organizzazione istituzionale di quelli che sono i nuovi modi coi quali devono essere superati certi distacchi, certe scollature che oggi esistono, tra istituzioni, tra loro funzionamento, tra loro rappresentatività e popolazione e cittadini. Nel nostro progetto di società è uno dei cardini quella parte che è dedicata alla democrazia, a un nuovo concetto di democrazia che non sia solo formale, ma che sia sostanziale e in questo progetto, che qui io risparmio, perchè non è il momento di un dibattito ampio e di un dibattito attento su questi temi, c'è anche questo tema dei comprensori, del comprensorio come ente intermedio, come ente politico intermedio, non solo come ente territoriale autonomo intermedio eletto a suffragio universale, non solo

come organo istituzionale, ma come avvio, ed è questo il concetto sul quale noi insistiamo nella relazione, — come avvio di un nuovo modo di aggregare la popolazione, di fare sì che la popolazione si identifichi con le istituzioni, di fare sì che la gente si senta partecipe della gestione del proprio territorio, della gestione dei servizi, della programmazione, assumendo un'anima diversa da quella campanilistica, chiusa, municipalistica che c'è oggi e che è frutto non certo di aggregazione, ma di disgregazione, e che è soltanto un modo per controllare meglio la società, attraverso questo provocato scontro di interessi particolaristici, che si governano dall'alto con il centralismo della provincia, che non ha fatto altro che riprodurre anche da noi quello che è il centralismo che c'era in campo nazionale. Noi lo vediamo anche con questa funzione proiettata verso il futuro, con questa visione prospettica, il comprensorio, come una dimensione ottimale abbastanza corrispondente a quella che era la intuizione poi non realizzata nel piano urbanistico provinciale del '64, che abbiamo approvato, la città territorio, la aggregazione della popolazione che ha comunità di bisogni e di interessi e che trova delle forme di autogoverno proprio in questo ente intermedio. E allora in questa funzione il comprensorio, secondo noi, non deve certo distruggere i comuni, non è questa la funzione, anche se abbiamo molte perplessità evidentemente su quella che è la frantumazione dei piccoli comuni nella nostra provincia con incapacità assoluta di poter intervenire, di poter governare, di poter proporre, di poter organizzare qualsiasi tipo di servizio perchè i comuni con dimensioni di 100-200-300 abitanti non hanno alcuna possibilità di rispondere a quelle che sono le loro

funzioni. Qui i compagni comunisti confondono spesso e volentieri la realtà trentina con altre realtà nazionali. Io capisco che in altre regioni, dove i comuni hanno dimensioni diverse di 30-40-50 mila abitanti, il discorso sia tutto diverso e il comune in sostanza corrisponda a un nostro comprensorio, ma io vorrei vedere quale altra realtà italiana ha la frantumazione comunale che abbiamo noi in provincia di Trento o in provincia di Bolzano, a Trento ancora peggio che a Bolzano. Non si possono trasferire meccanicamente delle soluzioni, che vanno bene in altre regioni, anche nella nostra regione. Evidentemente alcuni servizi, anzi buona parte dei servizi che riguardano la scuola, che riguardano la sanità, che riguardano i trasporti ecc. ecc., non possono che avere una dimensione più ampia di quella del comune come è attualmente configurato, pena la loro inefficienza totale, pena una falsa partecipazione, pena quello che avviene a tutt'oggi, per cui al comune si sostituisce sempre il centralismo provinciale e quindi la non partecipazione da parte della popolazione. Lo stesso tipico esempio, sul quale ci siamo scontrati anche in questi giorni, degli asili nido, che noi proponevamo organizzati a livello comprensoriale, ci dimostra l'errore di organizzarli a livello comunale perchè l'asilo nido si può fare solo nel comune di Rovereto, di Mori, nei maggiori comuni e tutti gli altri ne restano esclusi.

(Interruzione)

TOMAZZONI (P.S.I.): Allora parliamo di associazioni di comuni, però con il personale che dipende dal comune; quindi, è tutto un discorso diverso. E abbiamo visto le difficoltà per assumere nuovo personale ecc. ecc., cioè non

c'è più quella dimensione, quella partecipazione, quel senso di corresponsabilità, di comunità o collettività, di comunità comprensoriale, che è il concetto di fondo al quale noi ci appelliamo, ma io citavo un esempio, che è un esempio marginale, per tutta la programmazione dei servizi, ma anche per la programmazione urbanistica, ma anche per la programmazione economica. Il comprensorio allora, in questa dimensione, assume delle responsabilità verso i livelli inferiori, in quanto ha un compito essenziale, che è quello di organizzare la partecipazione il più possibile dei comuni, ma anche la partecipazione diretta degli utenti, come abbiamo proposto in una serie di leggi, ultima tra le quali quella della medicina e del lavoro in provincia di Trento, dove affidavamo al comprensorio proprio questo compito essenziale di organizzare le forme di partecipazione degli utenti, dei servizi. Il comprensorio ha anche delle responsabilità verso l'organo superiore, verso la Provincia, che è organo di programmazione e di governo, ma meno di amministrazione; qui concordiamo con l'impostazione di fondo dell'assessore Mengoni, anche se dice bene e razzola male poi, come razzola male la Democrazia Cristiana con tutte le leggi che ha fatto fino ad oggi, ma alcuni principi sono anche da noi condivisi nella impostazione teorica, presentata dall'assessore Mengoni, principi che nella pratica attuazione poi non si rispettano. Io vorrei sapere come si può risolvere il nodo, se non nei termini da noi proposti, della investitura della assemblea comprensoriale da parte della popolazione, se non attraverso la elezione a suffragio universale. Non certo attraverso la proposta, che ancora una volta salta fuori, delle rappresentanze municipalistiche. Solo attraverso una elezione a suffragio universale l'eletto del comprensorio si sente

rappresentante di tutto il comprensorio e non portavoce degli interessi campanilistici del proprio comune, a cui è legato per la elezione che da quel comune ha ricevuto. E questo ostacolo non si supera se non attraverso una modifica delle Costituzioni. Se trovate altre soluzioni ditele, le accetteremo, ma attraverso un confronto che ponga il discorso in termini realistici.

PRESIDENTE: Non fare colloqui privati. Qui siamo in Consiglio regionale, cons. Virgili.

TOMAZZONI (P.S.I.): Mi dà suggerimenti, mi dà suggerimenti. Ecco, noi vediamo quindi il comprensorio in questa dimensione, come uno spazio organizzato in base a un processo economico e sociale. La prospettiva è quella di formare un nuovo concetto di comunità, sviluppando un senso diverso di appartenenza e di partecipazione più aperto rispetto a una visione municipalistica o a una visione di campanile, come è attualmente quella dei comuni o dei comprensori, dove ci siano solo rappresentanze comunali.

Per quanto riguarda la provincia di Bolzano abbiamo inserito una serie di norme, che pensiamo vadano bene, ma che comunque potranno essere discusse, per la salvaguardia e la tutela dei diritti delle minoranze etniche, parallelamente a quello che avviene in Consiglio provinciale e in Consiglio regionale.

Il discorso poi è anche importante per quanto riguarda le legislazioni provinciali, in quanto noi proponiamo che ci sia un modo di finanziamento dei comprensori attraverso trasferimento di parte delle risorse finanziarie assegnate alla Provincia, il che vuol dire che allora tutta la legislazione provinciale va modificata, nel senso

che non ci sono singole leggi di settore per ciascun settore o per ciascun campo economico o settore dei servizi, ma che ai comprensori si dà una notevole autonomia di decisione, che è sostenuta anche da risorse finanziarie trasferite dalle Province ai comprensori stessi, che possono loro stessi programmare in rapporto alla diversità delle situazioni locali e in rapporto ai bisogni diversi delle diverse popolazioni collocate sul territorio provinciale. Spetta alla Provincia, spetta all'organo deliberativo provinciale programmare in senso generale, dettare le norme generali, dettare gli indirizzi e fare in modo che non nascano delle disomogeneità tra territorio e territorio, ma stabilire quindi degli standard comuni per tutti i servizi della provincia, standard comuni, minimi, ma con possibilità di autogestione da parte delle comunità locali, di autogestione dei loro bisogni e quindi anche delle risorse. Il discorso ha anche una rilevanza notevole per quanto riguarda poi l'organizzazione burocratica della Provincia, per quanto riguarda i servizi amministrativi organizzati dalla Provincia. Un ente intermedio, come noi lo configuriamo, comporta quella riforma della burocrazia, dei servizi amministrativi per la quale ci battiamo da anni, senza ottenere grossi risultati, ma in sostanza vuol dire battere quella organizzazione per settori verticali, gerarchica, deresponsabilizzante, accentralistica, autoritaria che oggi regola la nostra burocrazia. Vorrebbe dire creare un ente burocraticamente molto snello e smantellare in sede provinciale tutto quell'apparato enorme e abnorme, che si sta costruendo in seguito alle competenze che sono venute dalla Provincia, e che diventa soffocante per la Provincia stessa, che non riesce più a governarlo e ad utilizzarlo come strumento di corretta, efficiente, snella amministrazione per la

complessità di questo apparato, per la cattiva organizzazione di questo apparato, per il concetto sbagliato, che è ancora quello di tipo borbone, sul quale è organizzato questo apparato. Una innovazione istituzionale di questo genere comporta o mette in moto un meccanismo di revisione di tutta l'organizzazione burocratica e amministrativa della nostra Provincia e dà una spinta a quel processo di omogeneizzazione, perchè noi ci riferiamo al contratto nazionale di lavoro degli enti locali per il personale dei comprensori, a quel processo di omogeneizzazione che continuamente si butta negli occhi senza mai riuscire a portare avanti, anzi facendo passi indietro come abbiamo fatto stamattina con quella legge sulle camere di commercio. Perchè si dice no a questa legge? Non abbiamo capito perchè la Giunta dice no. Ma è evidente che il no lo si dice...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Continui consigliere. Concluda.

TOMAZZONI (P.S.I.): Sì, concludo. Io dicevo che si dice no a questo provvedimento perchè si dice no al decentramento, al trasferimento alla diffusione del potere verso il basso, perchè si dice no alla partecipazione, a quella partecipazione che permette l'identificazione dei cittadini con l'istituzione, così come si è fatta male quella legge sulle circoscrizioni comunali si dice no a questo tentativo di decentramento per smantellare il centralismo delle due Province, e credo di aver titolo a parlare anche per la Provincia di Bolzano che certo non è migliore ed è diversa da quella di Trento, su questo piano. La D.C. trentina aveva detto di credere nei comprensori; l'ha proclamato, se ne è fatto

vanto, ora sta dimostrando che, invece, quando si tratta di arrivare al concreto, di permettere un passo ulteriore, un passo avanti rispetto a quella che è stata la intuizione del '64, si ritira e mantiene le sue posizioni, che sono, come al solito, di conservazione.

PRESIDENTE: Qualcuno chiede la parola? La parola, per la seconda volta, al cons. Ricci.

RICCI (P.S.I.): Sì, vorrei ritrovarmi perlomeno fisicamente se non ritrovarmi politicamente, signor Presidente. E per concludere, se nessuno dei colleghi ritiene dover intervenire nella discussione, tanto per una sottolineatura, in positivo in questo caso, riteniamo che la proposta del Partito Socialista Italiano abbia avuto, perlomeno, il merito di avanzare una problematica ampia, diffusa, che è stata riconosciuta da tutti, dal collega Virgili, dall'assessore Bertorelle, è densa di contenuti e c'è la necessità di affrontarla. Noi prendiamo atto di alcuni aspetti emersi nel corso della discussione, della disponibilità, addirittura dell'apertura da parte dei colleghi e compagni comunisti, nella problematica nella sua generalità, come è impostata dalla proposta del gruppo socialista. Prendiamo atto purtroppo o, forse neanche purtroppo, mi si consenta di correggere, della loro diversità nel concepire l'organizzazione comprensoriale nella nostra Provincia. E' stato detto nettamente che fino a questo momento, e per il futuro potrà anche essere corretta, l'impostazione data dalla posizione del gruppo comunista nei confronti di tutto quanto sa di comprensorio, è quella che potrà essere l'organizzazione comprensoriale nella nostra Provincia.

E' stato detto nettamente che fino a questo momento, e per il futuro potrà anche essere corretta, l'impostazione data dalla posizione del gruppo comunista nei confronti di tutto quanto sa di comprensorio, è quella che potrà essere l'organizzazione comprensoriale nella nostra Provincia. Io non sto a soffermarmi sul tema che sarà oggetto dei nostri successori per la prossima legislatura, troverà il tempo e l'attenzione necessaria per una corretta impostazione che oggi certamente non può essere affrontata. Ricordo solamente che nel 1967, quando in provincia di Trento è stata perfezionata la legislazione che dava vita al comprensorio, ci siamo un po' trovati tutti in difficoltà nel prefigurare quella che potrebbe essere l'origine, la conformazione, la sostanza di questo ente che doveva essere e che voleva essere fin da allora intermedio e che al Partito Socialista è rimasto solamente come proposta concreta, quella di identificarlo come il macro-comune. Ciò sta a significare che non è nelle intenzioni del Partito Socialista quella di sottendere il comune, Né tanto meno la capacità decisionale, l'autonomia del comune stesso; è solamente un arrendersi ad una realtà incontestabile. Finchè la nostra Provincia o le nostre Province rimarranno polverizzate, anche per una, ci si consenta di dire, evidente volontà politica, in quasi 400 comuni, finchè deve essere riconosciuta con altrettanta realtà l'incapacità sostanziale, da parte di queste comunità, di esprimere degli organi politici amministrativi, di esprimere delle realtà culturali, sociali ed economiche, noi dovremo arrenderci alla possibilità di poter ristrutturare, riorganizzare, ricomporre quelle entità che per noi hanno un significato sostanziale nell'organizzare la riforma generale delle istituzioni e della nostra società. Detto questo, noi non

possiamo altro che ritenerci parzialmente soddisfatti, perlomeno di aver posto il problema come chiusura dell'attività di questa Assemblea regionale, alla fine della VII legislatura, e ci auguriamo che in coloro che si sono cortesemente intrattenuti sull'argomento, pur nell'indifferenza abbastanza generalizzata da parte delle altre componenti politiche su di un tema scottante, ci auguriamo che rimanga il comune impegno di portare avanti il confronto tra noi, tra coloro che ritengono l'argomento di notevole e di sostanziale importanza, e ci auguriamo che questa riforma, che noi consideriamo vera e propria riforma di struttura e prioritaria su tutte le altre, possa dare risultati migliori di quelli che si sono ottenuti, sia a livello regionale che provinciale, perchè le strutture, i livelli istituzionali, le competenze, la capacità, il decentramento, la partecipazione sono stati solamente degli slogan che non hanno trovato concretizzazione nei fatti compiuti.

PRESIDENTE Die Generaldebatte ist abgeschlossen. Wir stimmen ab über den Übergang zur Sachdebatte. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Der Übergang ist mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit ist auch der Begehrensgesetzentwurf abgelehnt.

La discussione generale è chiusa. Votiamo per il passaggio all'esame articolato. Chi approva? Contrari? Astensioni? Il passaggio è respinto a grande maggioranza e pertanto anche il disegno di legge-voto non può essere approvato.

Punto 14) dell'ordine del giorno: "Interrogazioni e interpellanze".

Punkt 14 der Tagesordnung: Anfragen und

Interpellationen. Ich stelle fest, daß es sich um Anfragen mit schriftlicher Beantwortung handelt. Infolgedessen können sie als verlesen betrachtet werden und im Protokoll vermerkt werden. Damit ist auch Punkt 14 der Tagesordnung erschöpft.

Constato ora che si tratta di interrogazioni con richiesta di risposta scritta, che possono essere date per lette ed annotate nel verbale. L'ordine del giorno è pertanto esaurito.

Ich möchte zum Schluß der Tagesordnung eine kurze Übersicht über die Tätigkeit des Regionalrates geben. Der Regionalrat hat in der abgelaufenen Legislatur 83 Sitzungen abgehalten; die erste Gesetzgebungskommission hat 54 Sitzungen abgehalten; die zweite Gesetzgebungskommission hat 41 Sitzungen abgehalten. Es wurden 118 Gesetzesvorschläge behandelt; es wurden 7 Begehrensgesetzesentwürfe behandelt; es wurde ein Begehrensantrag behandelt; 31 Beschlüsse gefaßt und 21 Beschlußanträge vorgelegt, Insgesamt wurden 165 Anfragen behandelt.

Ich möchte am Ende dieser Legislaturperiode den Herren Abgeordneten danken für die Zusammenarbeit, für die Arbeit, die sie geleistet haben zum Nutzen der Bevölkerung. Ich möchte ihnen auch danken für den Respekt, den sie dem Präsidium entgegengebracht haben. Danken möchte ich auch allen Mitarbeitern, der Presse, dem Rundfunk und Fernsehen für die effektive und positiv konstruktive Mitarbeit, die sie der Tätigkeit unseres Legislativorgans entgegengebracht haben.

Ich wünsche allen Regionalratsabgeordneten — gleich ob sie wieder dem Regionalrat
(Vedi interrogazioni in appendice)

angehören werden oder nicht — recht viel Erfolg, Wohlergehen und Genugtuung.

Ich darf Sie jetzt alle zu einem kurzen Umtrunk zu einem Glas Wein oder Sekt, im Saal der Kommissionssitzungen einladen — auch die Mitarbeiter und die Vertreter der Presse.

Alla fine di quest'ordine del giorno desidero dare un breve resoconto dell'attività del Consiglio regionale. Il Consiglio ha svolto nella legislatura ora ultimata 83 sedute, mentre le riunioni della I commissione legislativa ammontano a 54 e a 41 quelle della II. Sono stati trattati 118 proposte di legge, 7 disegni di legge-voto, 1 voto; le delibere sono state 31 e 21 le mozioni. Sono state trattate complessivamente 165 interrogazioni.

Alla fine di questa legislatura desidero ringraziare i signori Consiglieri per la loro collaborazione, per il lavoro svolto a favore della popolazione. Desidero ringraziare Loro Signori per il rispetto dimostrato alla Presidenza. Vorrei ringraziare pure tutti i collaboratori, la stampa, la Radio Televisione per la loro collaborazione positiva e costruttiva dimostrata per la attività del nostro organo legislativo.

Auguro a tutti i Consiglieri regionali — indipendentemente se apparterranno o meno al nuovo Consiglio regionale — successo, ogni bene e soddisfazioni.

Mi permetto di invitare tutti, anche i collaboratori ed i rappresentanti della stampa, nella sala delle commissioni ad un breve drink, ad un bicchiere di vino o di spumante.

La seduta è chiusa.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ore 17.20)

APPENDICE

Ill.mo Signor
PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE

Bolzano

INTERROGAZIONE (n. 156)

Il sottoscritto Consigliere regionale dott. Domenico Fedel,
visto l'incendio che ha devastato la frazione di Magras in Val di Sole, incendio che da troppe volte ormai si ripete;

considerato che la frazione di Magras è stata colpita da calamità simili, se non superiori nei danni, già nel 1939, nel 1969, nel 1972 e infine nel 1978;

considerato che già dopo l'incendio del 1969 l'Ente pubblico prometteva di dotare la frazione di adeguati punti idrante al fine di poter far fronte in caso di necessità ad altri incendi che si sono poi verificati nel 1972 e nel 1978;

visto, da un sopralluogo effettuato dal sottoscritto, che attualmente, nonostante le promesse, esiste solo un punto idrante che si è dimostrato purtroppo del tutto insufficiente anche in quest'ultima occasione;

considerato che il comandante locale dei Vigili del Fuoco, ai quali peraltro lo scrivente dà atto di abnegazione ed efficienza pur con i ridotti mezzi a disposizione, a suo tempo aveva chiesto, appoggiato da ben 320 firme, una motopompa per far fronte ad eventuali incendi;

chiede di interrogare l'Assessore regionale ai Vigili del Fuoco per sapere:

- 1) come mai non è stato ancora finanziato l'acquisto della motopompa chiesta in dotazione dai Vigili del Fuoco di quella zona;
- 2) come mai non è stato ancora installato un sufficiente numero di punti idrante, elementi indispensabili per affrontare eventuali incendi;
- 3) se per ottenere quanto sopra chiesto necessita un particolare rito di sudditanza politica all'Assessore o ai vari capetti democristiani del luogo.

Il sottoscritto chiede risposta scritta.

F.to cons. reg. Domenico Fedel

Trento, 10 aprile 1978

Egregio Signor
dott. Domenico Fedel - Consigliere Regionale
MIOLA DI PINE'

e p.c.

Egregio Signor
Dott. Karl Vaja - Presidente del Consiglio Regionale
TRENTO

Egregio Signor
Comm. Spartaco Marziani - Presidente della Giunta regionale
TRENTO

In risposta alla sua interrogazione relativa all'incendio nella frazione di Magras del Comune di Malè, mi preme far presente come questo Assessorato abbia tenuto diretti contatti con l'Assessorato Provinciale ai LL.PP., al fine di una sollecita e positiva evasione della domanda del Comune di Malè, intesa ad ottenere l'ammissione dell'impianto antincendi della Frazione di Magras, ai benefici previsti dall'art. 2 della L.P. 1.9.1975, n. 76, e come a tale opera, proprio nei giorni immediatamente precedenti all'evento calamitoso, fosse stato dato parere positivo.

A questo proposito richiamo i contenuti dell'art. 20 della legge regionale 20 agosto 1954, n. 24 che fa obbligo ai Comuni tra l'altro "all'installazione e alla manutenzione degli idranti stradali a seconda della possibilità del rispettivo acquedotto, al rifornimento idrico più appropriato alle possibilità locali".

Per quanto attiene invece alle firme raccolte nel 1973, per l'acquisto di una motopompa, a parte dover considerare come le stesse siano state inviate al Comune di Malè, dal quale il Corpo dei Vigili del Fuoco per la legge istitutiva dipende, e non a codesto Assessorato, e come successivamente le stesse siano state trasformate in perorazione rivolta al Comune per una sollecita sistemazione della rete idrica, intendo precisare che tale attrezzatura non avrebbe per nulla risolto, dal punto di vista tecnico e di maggiore sicurezza, i disagi lamentati dalla frazione di Magras.

Desidero, inoltre notificarle che il Corpo dei Vigili del Fuoco Volontari di Malè, cui la frazione di Magras appartiene, grazie anche ai contributi di natura ordinaria e straordinaria, erogati nei precedenti esercizi, è dotato del sottoelencato materiale:

- n. 1 autobottepompa Fiat 650 NA - ASPI
- n. 1 campagnola FIAT
- n. 1 motopompa Rosembauer
- n. 1 autoprotettori
- n. 1 scala italiana
- n. 24 tubi da 70 sintetici mt. 480

- n. 25 tubi da 45 sintetici mt. 450
- n. 11 lance 70 regolabili
- n. 1 lance 45 schiuma media espansione
- Kg. 25 liquido schiumoso proteinico
- n. 3 divisori a 3 vie
- n. 1 colonne idranti 70
- n. 6 estintori a polvere
- n. 1 estintori a CO2
- n. 14 lampade tascabili a pila
- n. 2 lampade portatili a pila
- n. 4 lampade portatili a batteria
- n. 31 cinturoni
- n. 1 picconi
- n. 5 badili
- n. 10 scope metalliche;

Il tutto non è certo assimilabile a quello che l'interrogante chiama "i ridotti mezzi a disposizione", ma può ritenersi una dotazione tecnicamente sufficiente alle necessità antincendio del territorio distrettuale di Malè.

La presenza e l'azione — poi — dei Vigili del Fuoco in occasione dell'incendio di Magras è stata considerata da tutti, cittadini ed amministratori, lodevole per tempestività d'intervento ed efficienza di uomini e mezzi.

Il giorno 6 aprile 1978 — infatti — il sistema antincendi provinciale allarmato per un incendio in atto nella frazione di Magras faceva affluire sul posto le seguenti squadre :

- Squadra di Malè con 1 autobotte piu 1 motopompa e 15 Vigili
- Squadra di Caldes con 1 motopompa e 8 vigili
- Squadra di Monclassico con 1 motopompa e 7 vigili
- Squadra di Fondo con 1 autobotte piu 1 motopompa e 5 vigili
- Squadra di Dimaro con 1 motopompa più 12 vigili
- Squadra di Cles con 1 autobotte piu 8 vigili
- Squadra del Corpo perm. VV.F. di Trento con 2 autobotti piu 2 motopompe piu 11 vigili.

Complessivamente sono stati impiegati :

- N. 5 autobottipompa, con una riserva idrica complessiva di 18.000 litri;
- N. 6 motopompe, che hanno addotto l'acqua sull'incendio, pescandola sia nel torrente Rabbies che nella Roggia di Caldes, alimentata deviando parzialmente il Rabbies; .
- N. 1100 metri di manichette spiegate per portare l'acqua;
- N. 55 Vigili volontari dei Corpi sopramenzionati;
- N. 11 Vigili permanenti del Corpo di Trento

Dal momento dell'avvenuto allarme sono trascorsi:

- 10 minuti per l'arrivo della squadra di Malè che ha operato il primo intervento;

- 55 minuti per l'arrivo della squadra di Trento, nel frattempo erano giunte tutte le squadre sunnominate che, agli ordini dell'Uff. di Servizio dei Vigili del fuoco di Trento, hanno lavorato, per complessive 792 ore, al limite delle loro capacità per contenere l'incendio al gruppo di case direttamente investite, evitando che lo stesso si propagasse all'intero agglomerato di Magras, come si era inizialmente temuto.

La dimensione dell'incendio in esame non si può quindi far risalire alla mancanza di mezzi, ed in particolare alla mancanza di una motopompa ubicata nella frazione di Magras, nè, è bene ricordarlo all'interrogante, alle ridotte risorse idriche, bensì alla tipologia degli edifici interessati ed al materiale contenuto.

Infatti i cinque immobili colpiti sono tra loro collegati da più vie di collegamento e passaggio, a vari livelli, compresi quelli nei quali era accumulato il fieno. L'incendio, trovata facile esca nel fienile del secondo edificio a valle e nelle strutture lignee dello stesso, si è propagato ai 4 rimanenti fabbricati senza trovare nessun ostacolo, come porte e muri tagliafuoco o simili.

Una ricerca più approfondita e seria, quindi, di dati e di notizie da parte dell'interrogante avrebbe certamente tolto all'interrogazione il taglio inutilmente strumentale, che ad essa lo stesso ha voluto assegnare.

Ribadisco, pertanto, in ciò suffragato da elementi tecnici, che l'interrogante potrà raccogliere presso l'Ispettorato Provinciale Antincendi, che, l'acquisto di una motopompa per la frazione di Magras avrebbe rappresentato, essendone già dotato il Corpo di Malè, un evidente spreco di denaro pubblico, contrastando ciò anche con le conclamate affermazioni più volte espresse dall'interrogante a tale riguardo.

Infatti l'ipotesi dell'acquisto della motopompa era stata scartata, ormai da tempo, dallo stesso Corpo dei Vigili del Fuoco di Malè, impegnato, giustamente, a reclamare ai sensi della L.R. 20 agosto 1954, n. 24 presso l'Amministrazione Comunale un adeguato impianto antincendio per la frazione di Magras e che detta ipotesi non ha trovato credito nemmeno presso l'Unione Provinciale di Trento, che per legge è tenuta a predisporre un piano di riparto dei fondi disponibili per il Consiglio di Amministrazione della Cassa Regionale Antincendi, che a sua volta funge da organo consuntivo della Provincia Autonoma.

E' da respingere, pertanto, in quanto non gratuita ed non rispettosa di una pur minima etica parlamentare, l'insinuazione falsa e tendenziosa contenuta al punto 3 della Sua interrogazione.

L'azione e l'opera di codesto Assessorato in ogni atto legislativo ed amministrativo è stata orientata ed è animata da un'unica convinzione e cioè che nè il fuoco, nè i Vigili del Fuoco, nell'espletamento dei loro compiti istituzionali, debbano essere guardati da alcuni con un'ottica partitica.

Distinti saluti.

Giorgio Cogoli

Trento, 17.5.78

Al Signor
Presidente del Consiglio regionale
BOLZANO

INTERROGAZIONE (n. 157)

Chiedo alla S.V. di poter interrogare il Presidente della Giunta Regionale in merito all'azione che la Giunta Regionale stessa intende e può svolgere per salvare quanto è ancora salvabile dell'ambiente nella zona del Lago di Carezza.

E' noto che nella suddetta zona in Comune di Nova Levante si sta realizzando un complesso di ville e residences che deturpa uno dei paesaggi più caratteristici e noti delle Dolomiti e compromette l'equilibrio ecologico di un ambiente naturale che comprende esemplari rarissimi della fauna e della flora alpina.

In questo ambiente, ed in particolare nella zona circostante l'antico Grand'Hotel Carezza, sono state edificate ben 120 ville, ne sono in costruzione altre 50 e si sta edificando un grande residence: tutti edifici che, mentre non incrementano se non in misura minima l'economia della zona non essendovi una continua presenza di ospiti, provocano, per la fortissima concentrazione di turisti in determinati e brevi periodi dell'anno, un intensivo sfruttamento delle risorse naturali con guasti irreparabili. Ne è ulteriore riprova la erogazione controllata dell'acqua potabile (sospesa per cinque ore al giorno) dal marzo di quest'anno.

Quest'opera di edificazione continua nonostante le numerose proteste: nella p.c. n. 3712/15 dovrebbe, se non si interviene con urgenza, essere realizzato un residence di tre piani sul terreno che, a quanto ci consta, è di proprietà dell'assessore all'edilizia del Comune di Nova Levante.

Il sottoscritto interrogante chiede se alla Giunta Regionale risulta che questo ulteriore scempio dell'equilibrio naturale e al paesaggio (con danni inevitabili anche per il lago di Carezza) rientri in un programma urbanistico, turistico, di sviluppo economico; chiede inoltre, se così fosse, con quali criteri ecologici e con quali garanzie per la tutela dell'ambiente si è scelta la strada della costruzione caotica di centinaia di ville e di quegli alveari chiamati eufemisticamente "residence", anzichè scegliere uno sviluppo più equilibrato dal punto di vista economico, come potrebbe essere quello delle attrezzature turistico-alberghiere con la dotazione dei necessari servizi e infrastrutture.

Nel chiedere risposta scritta, a norma di regolamento, sentitamente ringrazia e invia distinti saluti.

Cons. Reg. Prof. Giancarlo Tomazzoni

Trento, 5 maggio 1978

Egregio Signor
Prof. Giancarlo Tomazzoni, - Consigliere regionale
via Bellavista n. 18
ROVERETO
e. p. c.

Egregio Signor
Dott. ing. Karl Vaja Presidente del Consiglio regionale
BOLZANO

Egregio Consigliere,

Rispondo all'interrogazione da Lei rivolta, con la quale chiede che azione intenda e possa svolgere la Giunta regionale a tutela dell'ambiente naturale nella zona del Lago di Carezza.

A riguardo di tale interrogazione devo rilevare come essa riguardi materie estranee alla competenza degli organi regionali e quindi, ai sensi dell'art. 116 del Regolamento interno del Consiglio regionale, avrebbe dovuto essere dichiarata non ammissibile.

Tuttavia, poichè il testo dell'interrogazione mi è stato inoltrato, mi vedo costretto a rilevare come il nostro Statuto speciale riservi alle Province autonome, e nel caso di specie alla Provincia autonoma di Bolzano, competenze e poteri in materia di tutela del paesaggio (art. 8 n. 6) dello Statuto), di urbanistica (art. 8 n. 5 dello Statuto), di edilizia sovvenzionata (art. 8 n. 10 dello Statuto), di foreste (art. 8 n. 21 dello Statuto).

Il complesso di queste competenze e poteri riconduce completamente alla competenza provinciale ogni possibile intervento per la salvaguardia dell'ambiente nella zona del lago di Carezza. E' di conseguenza da ritenere non possibile una qualsiasi azione della Giunta regionale a difesa di tale ambiente, così come da Lei segnalato.

Distintamente

(Spartaco Marziani)

Trento, 16.5.78

An den Herrn
Präsidenten des Regionalrates
BOZEN

DRINGENDE ANFRAGE (Nr. 158)

Der unterfertigte Regionalratsabgeordnete hat in Erfahrung gebracht, daß beim Landesfeuerwehrinspektorat Bozen Offiziere eingestellt worden sind, die der deutschen Sprache sich als nicht mächtig erweisen. Dies kommt u.a. auch durch den Umstand zum Ausdruck, daß Dienstanweisungen nur in italienisch verfaßt und vom Kommandanten offenbar ohne Einspruch gegengezeichnet werden.

Dies vorausgeschickt, möchte der Unterfertigte den zuständigen Regionalassessor befragen,

- wie dies möglich ist, da doch präzise diesbezügliche gesetzliche Bestimmungen für die Aufnahme von Personal der Regionalämter, die ihren Sitz in Südtirol haben, eine Kenntnis der italienischen und deutschen Sprache vorschreiben, in einem Maße, das die zufriedenstellende Abwicklung der dem Rang und dem Amt zustehenden Aufgaben und Obliegenheiten gewährleistet und zur Feststellung der Sprachkenntnisse für die Gruppe B schriftliche und mündliche Prüfungen vorgesehen sind;
- ob gesetzliche Bestimmungen im vorliegenden Fall mißachtet worden sind;
- was der zuständige Regionalassessor zur Behebung solcher Mißstände zu unternehmen gedenkt.

Der Unterfertigte ersucht um schriftliche Beantwortung.

Regionalratsabgeordneter Dr. Alfons Benedikter

Bozen, 17.6.1978

Al Signor
Presidente del Consiglio regionale
BOLZANO

INTERROGAZIONE URGENTE (n. 158)

Il sottoscritto Consigliere regionale è venuto a conoscenza che all'Ispettorato antincendi di Bolzano sono stati assunti ufficiali che risultano non conoscere la lingua tedesca, la qual cosa trova fra l'altro riscontro nella circostanza, che gli ordini di servizio vengono redatti esclusivamente in lingua italiana, e, a quanto sembra, controfirmati senza nulla obiettare dal Comandante.

Ciò premesso, il sottoscritto si permette di interrogare il competente Assessore regionale per sapere:

- come ciò sia possibile, dato che per l'assunzione di personale degli uffici regionali con sede in Alto Adige a norma di legge è richiesta la conoscenza delle lingue italiana e tedesca in adeguata misura e rispondentemente alla qualifica ricoperta, da garantire lo svolgimento delle funzioni e mansioni del relativo ufficio, conoscenza che per il gruppo B è da verificarsi mediante esami scritti ed orali;
- se nel caso specifico non sono state osservate le disposizioni di legge;
- che cosa intende intraprendere il competente Assessore regionale per eliminare simili inconvenienti.

Si richiede risposta scritta.

Consigliere regionale Dr. Alfons Benedikter

Bolzano, 17 giugno 1978

Herrn
Dr. Alfons Benedikter - Regionalratsmitglied
Frangart bei Eppan

u.z.K.

Herrn
Dr. Ing. Karl Vaja - Präsident des Regionalrates
Bozen

Am 28. Juni ist mir die Anfrage Nr. 158 vom vergangenen 17. Juni zugekommen, mit welcher um Erläuterung und Klarstellung betreffend die Ernennung zum Gehilfen der gehobenen Laufbahn im technischen Offiziersstellenplan des Feuerwehrdienstes bei der Berufsfeuerwehr Bozen ersucht wird.

Diesbezüglich halte ich es für angebracht, Ihnen alle notwendigen Einzelheiten zur Kenntnis zu bringen.

Um es den Berufsfeuerwehren von Trient und Bozen zu ermöglichen, den immer größer werdenden Anforderungen auf dem Gebiet des Brandschutzes gerecht zu werden, zu denen noch die aus den Landesgesetzen gegen die Umweltverschmutzung erwachsenden Aufgaben hinzukommen, wurde die außergewöhnliche Aufnahme von Personal in die gehobene Laufbahn des genannten Stellenplanes verfügt, und zwar auch auf Grund eines fehlgeschlagenen öffentlichen Wettbewerbes für diese Laufbahn, an welchem für die Provinz Bozen nur drei Kandidaten teilgenommen haben (ein Angehöriger der italienischen Sprachgruppe, ein Angehöriger der deutschen Sprachgruppe und ein Angehöriger der ladinischen Sprachgruppe), die wegen Nichtbestehens der Prüfungen als nicht geeignet angesehen werden mußten.

Unter anderem haben zwei Kandidaten die Vorprüfung zur Feststellung der Kenntnis der zweiten Sprache nicht bestanden.

Da große Dringlichkeit gegeben war, für die gehobene Laufbahn geeignetes Personal zur Verfügung zu stellen, und auf das ständige Drängen besonders des Landesausschusses Bozen hin, hat der Regionalausschuß, in Anbetracht auch der dem Feuerwehrdienst aus den Landesgesetzen betreffend die Bestimmungen gegen die Umweltverschmutzung zufallenden Aufgaben, beschlossen, vier Bedienstete im Besitz der erforderlichen Titel und Voraussetzungen für die gehobene Laufbahn, von denen zwei der italienischen und zwei der deutschen Sprachgruppe angehören, auf Grund des Art. 17 des Regionalgesetzes vom 26. August 1968, Nr. 20 einzustellen.

Ich möchte bereits jetzt vorwegnehmen, daß drei Angestellte mit 1. September 1976, und ein Angestellter mit 27. September aufgenommen worden sind.

Zu diesem Zeitpunkt war das Dekret des Präsidenten der Republik vom 26. Juli 1976, Nr. 752 betreffend Durchführungstimmungen zum Sonderautonomiestatut auf dem Gebiet des Proporz und der Kenntnis der beiden Sprachen im öffentlichen Dienst noch nicht in Kraft (die betreffende Durchführungsverordnung ist am 30. November 1976 in Kraft getreten nachdem sie am 15. November 1976 im Gesetzblatt des Staates veröffentlicht worden war).

Die vier auf diese Art und Weise aufgenommenen Angestellten wurden in der Folge in den regionalen Stellenplan nach Inkrafttreten des Regionalgesetzes vom 26. August 1976,

Nr. 8 eingestuft, welches im Art. 16 für das auf Grund des Art. 17 des Regionalgesetzes Nr. 20 vom Jahre 1968 aufgenommene Personal die Einstufung in den Stellenplan nach Bestehen einer Sonderprüfung vorsieht.

Die genannte Regionalbestimmung enthält keine Verfügung über die Feststellung der Kenntnis der zweiten Sprache, und die Verwaltung hatte sie anzuwenden.

In der Folge hat der Regionalausschuß mit Beschluß vom 15. Dezember 1977, Nr. 1168 in Anwendung der geltenden Bestimmungen auf dem Gebiet des Regionalpersonals einen Eignungswettbewerb nach Sonderprüfung für die Zulassung zum Anfangsrang der gehobenen Laufbahn bei der Berufsfeuerwehr Bozen ausgeschrieben.

An diesem Wettbewerb konnten die bereits in den Stellenplan eingestufteten vier Angestellten sowie ein fünfter Angestellter, der bereits seit 16. März 1968 der Berufsfeuerwehr Bozen angehört, teilnehmen.

Die fünf Bewerber haben den Wettbewerb bestanden, und die Rangordnung wurde vom Regionalausschuß mit Beschluß vom 27. April 1978 genehmigt.

Im genannten Fall handelte es sich nicht um einen öffentlichen Wettbewerb, sondern um einen internen Wettbewerb, der den bereits im Dienst befindlichen Angestellten vorbehalten war.

Es handelte sich also nicht um eine Neuaufnahme von Personal durch öffentlichen Wettbewerb, bei welchem die Regionalverwaltung sich strikt an die Bestimmungen des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 26. Juli 1976, Nr. 752 gehalten hätte.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei allen vom Regionalausschuß nach Inkrafttreten der vorgenannten Durchführungsbestimmungen ausgeschriebenene öffentlichen Wettbewerben ausdrücklich auf die Vorschriften über den Nachweis der Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache von seiten aller Bewerber verwiesen worden ist.

Was die Beanstandung betreffend die von den Offizieren der Berufsfeuerwehr Bozen erteilten Dienstanweisungen anbelangt, ist es tatsächlich so, daß diese immer in italienischer Sprache abgefaßt worden sind, da diese als Amtssprache innerhalb der Verwaltung und den Bürgern gegenüber verwendet wurde.

Obwohl in keinen Gesetzesbestimmungen vorgesehen ist, daß die internen Akte der Verwaltung sowohl in italienischer als auch in deutscher Sprache abgefaßt werden müssen, kann die Versicherung gegeben werden, daß in Zukunft die von Ihnen aufgezeigte Notwendigkeit berücksichtigt werden wird.

Mit freundlichen Grüßen

Giorgio Cogoli

Trient, 3.7.1978

Preg. mo. Signor
dott. Alfons Benedikter - Consigliere Regionale
Frangarto di Appiano

e.p.c.

Preg.mo Signor
dott. ing. Karl Vaja - Presidente del Consiglio Regionale
Bolzano

Mi è pervenuta in data 28 giugno l'interrogazione di data 17 giugno scorso n. 158, con la quale si chiedono notizie e chiarimenti in ordine alla nomina alla qualifica di aiutante della carriera di concetto del ruolo del personale tecnico ufficiali del servizio antincendi presso il Corpo Permanente di Bolzano.

Al riguardo ritengo opportuno formulare alla S.V. tutti i necessari elementi di conoscenza.

Al fine di consentire ai Corpi Permanenti dei Vigili del fuoco di Trento e di Bolzano l'assolvimento dei compiti sempre più impegnativi in materia di prevenzione antincendi, derivanti anche da leggi provinciali in materia di lotta all'inquinamento, è stata disposta l'assunzione straordinaria di personale per la carriera di concetto del ruolo predetto, anche a seguito dell'inutile espletamento di un concorso pubblico per tale carriera al quale, per la provincia di Bolzano, avevano preso parte soltanto tre candidati (uno del gruppo italiano, uno del gruppo tedesco e uno del gruppo ladino) non risultati idonei per il mancato superamento delle prove di esame.

Tra l'altro due candidati non avevano superato la prova preliminare di conoscenza della seconda lingua.

Data l'urgenza di assegnare personale idoneo alla carriera di concetto e tenuto conto delle continue sollecitazioni pervenute in particolare dalla Giunta provinciale di Bolzano, la Giunta regionale, in relazione anche ai compiti affidati al servizio antincendi dalle leggi provinciali contenenti norme contro l'inquinamento, avvalendosi del disposto dell'art. 17 della legge regionale 26 agosto 1968, n. 20, prevedeva l'assunzione di quattro dipendenti aventi i titoli e i requisiti per la carriera di concetto, dei quali due appartenenti al gruppo linguistico italiano e due al gruppo linguistico tedesco.

E' da sottolineare fin d'ora che le assunzioni sono avvenute in data 1 settembre 1976 per tre dipendenti e 27 settembre per un dipendente.

A tale data non era ancora in vigore il D.P.R. 26 luglio 1976, n. 752, contenente norme di attuazione dello Statuto speciale in materia di proporzionale e di conoscenza delle due lingue nel pubblico impiego (la norma di attuazione è entrata in vigore il 30 novembre 1976, essendo stata pubblicata nella G.U. del 15 novembre 1976).

I quattro dipendenti così assunti sono stati successivamente inquadrati nel ruolo regionale a seguito dell'entrata in vigore della legge regionale 26 agosto 1976, n. 8, la quale all'art. 16 contiene norme per l'inquadramento in ruolo, previo esame speciale, del personale assunto ex art. 17 della legge regionale n. 20 del 1968.

La normativa regionale richiamata non contiene disposizioni per l'accertamento della

conoscenza della seconda lingua e l'amministrazione è stata tenuta ad applicarla.

Successivamente la Giunta regionale, con deliberazione del 15 dicembre 1977, n. 1168, in applicazione delle vigenti norme in materia di personale regionale, ha bandito un concorso di idoneità per esami speciali per l'ammissione alla qualifica iniziale della carriera di concetto nel Corpo Permanente di Bolzano.

A tale concorso hanno potuto partecipare i quattro dipendenti già in ruolo, nonché un quinto dipendente facente parte del Corpo Permanente di Bolzano fin dal 16 marzo 1968.

L'esito del concorso è stato favorevole ai cinque candidati e la graduatoria è stata approvata dalla Giunta regionale con deliberazione del 27 aprile 1978.

Nel caso specifico non si è trattato di un concorso pubblico, ma di un concorso interno, riservato ai dipendenti già in servizio.

Non si è trattato quindi di una nuova assunzione di personale a mezzo di pubblico concorso, per la quale l'Amministrazione regionale avrebbe rigorosamente applicate le norme contenute nel D.P.R. 26 luglio 1976, n. 752.

Si sottolinea che in tutti i concorsi pubblici banditi dalla Giunta regionale dopo la entrata in vigore della precitata norma di attuazione, è stato fatto esplicito richiamo alla normativa per la dimostrazione della conoscenza delle due lingue italiana e tedesca da parte di tutti i candidati.

Per quanto riguarda il rilievo concernente gli ordini di servizio impartiti dagli uffici in servizio all'interno del Corpo Permanente di Bolzano, risulta che effettivamente gli stessi sono sempre stati redatti nella lingua italiana, in quanto lingua ufficiale, usata all'interno della amministrazione e nei confronti dei cittadini.

Pur non essendo previsto da norme legislative che gli atti interni dell'amministrazione vengano redatti nelle lingue italiana e tedesca si può dare assicurazione che per il futuro verrà tenuta presente l'esigenza segnalata dalla S.V.

Distintamente.

Giorgio Cogoli

Trento, 3.7.78

Al signor
Presidente del Consiglio Regionale
Bolzano

INTERROGAZIONE (n. 159)

Il sottoscritto Consigliere regionale del M.S.I.-D.N. la prega di voler cortesemente

i n t e r r o g a r e

l'on. Assessore ai Corpi volontari VV.FF., per conoscere:

- a) se i Corpi Volontari della Valle di Ledro dispongono della necessaria e completa attrezzatura che ne consenta l'efficace impiego in caso di necessità;
- b) se da parte dell'Ente pubblico si sia tenuta presente, nella ripartizione dei contributi, la precarietà della strada d'accesso che rende più arduo se non problematico l'intervento da località periferiche.

L'Interrogante chiede risposta scritta.

f.to cons. reg. dott. Renè Preve Ceccon

Trento, 6 luglio 1978

Preg. mo Signor
Renè Preve Ceccon - Consigliere Regionale
Sede

e, p.c.

Preg. mo Signor
dott. Karl Vaja - Presidente Consiglio Regionale
Sede

In merito all'interrogazione n. 159 di data 6 luglio 1978 con la quale la S.V. desidera ottenere dei chiarimenti e notizie circa l'efficacie e l'efficienza del Servizio antincendio nella Valle di Ledro, vorrei anzitutto elencare i mezzi e materiali attualmente in dotazione ai Corpi Volontari della zona:

- n. 4 automezzi
- n. 4 carrelli-rimorchietti
- n. 5 motopompe
- n. 14 tra scale italiane e a gancio
- n. 2 gruppi elettrogeni
- circa 2.000 metri di tubazioni.

Oltre alle predette attrezzature i Corpi dispongono notevolmente di materiali minuto, come: lance, divisori, estintori, cordini, maschere antigas, ecc.

Mentre i dati sopra esposti danno il quadro della potenzialità dei 6 Corpi Volontari operanti nella valle di Ledro, posso senz'altro aggiungere che l'attrezzatura in dotazione può di regola garantire un normale svolgimento dei servizi d'istituto. Mi preme comunque sottolineare che per la particolare ubicazione della zona in questione è previsto un piano pluriennale di potenziamento e di completamento delle attrezzature e dei mezzi predisposto dall'Unione Provinciale dei Corpi dei Vigili del Fuoco Volontari, e del quale si sta tenendo conto compatibilmente con le disponibilità finanziarie del bilancio d'Amministrazione Regionale.

Con l'occasione voglio anche ricordare come da parte dell'Assessorato si sia inteso sensibilizzare le Amministrazioni Comunali sulla natura del servizio, ciò in base alla legge regionale sul servizio antincendi, e quindi sulla necessità ed opportunità del concorso finanziario da parte degli stessi Comuni.

Distinti saluti.

Giorgio Cogoli

Trento, 21.7.78

III.mo Signor
Presidente del Consiglio regionale
Bolzano

INTERROGAZIONE (n. 160)

Il sottoscritto cons. reg. dott. Domenico Fedel, chiede di poter interrogare il Presidente della Giunta regionale, per sapere a che punto si trovi il disegno di legge costituzionale tanto promesso dalla classe politica dirigente locale e romana ed altrettanto atteso dalle popolazioni ladine della Valle di Fassa, disegno di legge che prevede, con particolare norma, fra il resto, un rappresentante ladino della Valle di Fassa in Consiglio regionale ed in Consiglio provinciale.

E' tanto più interessante ed urgente che il tanto sbandierato disegno di legge a favore dei Ladini della Valle di Fassa venga approvato con assoluta celerità e precedenza in quanto la presenza del rappresentante ladino nei predetti Consigli potrà effettuarsi subito, ancora con le elezioni regionali del novembre 1978.

Altrimenti, se la misura politica di cui sopra potrà realizzarsi solo con le elezioni regionali del 1983, ne verrebbe a soffrire tutta la problematica dei diritti etnici, culturali e politici della minoranza ladina, che tanto tempo ha già perso causa l'inerzia della classe politica dirigente locale e centrale.

A norma di regolamento si chiede risposta scritta.

Con tutta stima

f.to cons. reg. dott. Domenico Fedel

Trento, 26 luglio 1978

Egregio Signor
dott. Domenico Fedel - Consigliere regionale
Via Pontara - Miola di Pinè

e, p.c.

Egregio signor
dott. ing. Karl Vaja - Presidente Consiglio regionale
Bolzano.

Egregio Consigliere,

Rispondo all'interrogazione da Lei presentata, recante la data 26 luglio 1978 e il n. 160, pervenutami il successivo 7 agosto, con la quale chiede notizie circa lo stato dell'iter della proposta di legge costituzionale contenente norme a favore delle popolazioni di lingua ladina della provincia di Trento.

Tale proposta di legge costituzionale di iniziativa degli onorevoli Giorgio Postal, Flaminio Piccoli, Bruno Kessler, Ferruccio Pisoni, Sergio de Carneri, Reanto Ballardini, Roland Riz ed altri è stata approvata, come testo unificato, in prima deliberazione della Camera dei Deputati, nella seduta del 9 giugno 1977.

Il testo è stato peraltro modificato dal Senato della Repubblica nella seduta dell'11 gennaio 1978 e trasmesso alla Presidenza della Camera il 16 gennaio 1978.

La prima Commissione permanente - Affari costituzionali - della Camera dei Deputati ha esaminato ulteriormente il testo della proposta di legge nella seduta del 15 giugno 1978, procedendo a modificare il testo degli articoli 3 e 4 della proposta formulata dal Senato.

All'art. 3 è stato introdotto un nuovo comma del seguente tenore: "Fermo restando che il testo ufficiale degli atti pubblici degli enti locali di cui al precedente comma è quello redatto in lingua italiana, è in facoltà degli enti stessi usare congiuntamente anche la lingua ladina".

Il nuovo testo dell'art. 4 è così formulato: "Con decreti legislativi saranno emanate le norme di attuazione della presente legge costituzionale entro un anno dalla sua entrata in vigore, sentita una Commissione di cui faranno parte sei componenti, di cui uno in rappresentanza della Regione Trentino-Alto Adige e due della Provincia autonoma di Trento, di cui uno designato previa consultazione con le più rappresentative organizzazioni ladine ed uno designato tra i candidati indicati dai Consigli dei comuni di cui all'art. 2.

La Commissione dà, infine, mandato al relatore di predisporre la relazione scritta per l'Assemblea.

Il Presidente si riserva di nominare il Comitato dei nove".

La Commissione ha dato mandato al relatore di predisporre la relazione scritta per l'Assemblea legislativa dei Deputati.

E' da ritenere che alla ripresa dei lavori parlamentari dopo l'attuale fase estiva l'iter della proposta di legge costituzionale potrà essere ripreso con l'approvazione del testo da

parte della Camera dei Deputati.

Desidero assicurare che anche da parte della Giunta regionale è stata fatta e sarà fatta ogni sollecitazione perchè la proposta di legge costituzionale venga definita dal Parlamento entro il più breve tempo possibile, anche se purtroppo deve ormai essere espresso qualche dubbio circa la possibilità di renderla operante per le prossime elezioni regionali in quanto, accanto ai tempi di approvazione da parte del Parlamento, dovrà essere emanata una legge regionale per assicurare la presenza nel Consiglio regionale e nel Consiglio provinciale di Trento di un rappresentante delle popolazioni ladine della provincia di Trento, legge regionale che dovrebbe a sua volta essere in vigore prima che il procedimento per la presentazione delle candidature del Consiglio regionale sia avviato.

Distintamente

Spartaco Marziani

Trento, 10 agosto 1978

Ill.mo Signor
Presidente del Consiglio regionale
BOLZANO

INTERPELLANZA (n. 161)

La gravità della situazione creatasi ai valichi del Brennero per quello che può interessare più direttamente la nostra Regione anche al Passo di Resia, pretende che anche gli enti autonomi si facciano carico di intervenire in tutte le sedi competenti e che sono consentite, perchè vengano, una volta per tutte individuati e possibilmente superati, tutti gli ostacoli, le strozzature e le difficoltà che sono causa di tanti disagi, di enormi costi e di sperperi di risorse pubbliche e private che aggravano la già difficile condizione economica generale, quella dei trasporti, del turismo e delle attività indotte in modo particolare, con ripercussioni particolarmente negative per la nostra Regione e le nostre Province autonome di Trento e di Bolzano.

Anche se la materia e le competenze giuridico-amministrative non sono di stretta competenza dei nostri istituti autonomistici, ciò non esonera gli Enti Regione e Province di esercitare ogni pressione possibile perchè ne ha la competenza e il dovere provvedano alla soluzione dei problemi tutti, anche internazionali, per normalizzare e adeguare ai tempi l'operatività di una delle strutture rilevanti che ricadono nel territorio regionale e che possono influire e condizionare numerose attività vitali per il nostro sistema socio-economico.

L'eccezionale e gravosa tassa di transito, unitamente a quella sul carburante, imposte ai nostri trasportatori per attraversare il territorio austriaco, hanno provocato alle frontiere il blocco di migliaia di trasporti e, di conseguenza, enormi danni alle attività produttive e di scambio commerciali con l'estero.

A ciò si aggiungono le conseguenze dannose che l'intasamento ha procurato al flusso turistico, in un periodo di massima intensità e per un settore di attività che costituisce parte fondamentale dell'economia regionale.

Oltre a ciò persistono e da anni, le disfunzioni, le difficoltà i ritardi di un servizio doganale inadeguato che a tutt'oggi non è mai stato affrontato con la dovuta ed indispensabile volontà di ristrutturarlo e riorganizzarlo per le necessità e le legittime esigenze e degli operatori e dell'utenza.

Essendo la nostra "regione di frontiera", è doveroso che gli Enti si preoccupino ed intervengano con tutta la decisione e la convinzione dovute, perchè il Governo assuma l'iniziativa di affrontare e rimuovere le cause che stanno alla base delle precarietà e delle disfunzioni che a nessuna parte è lecito ignorare o trascurare.

Ciò premesso, il sottoscritto Consigliere regionale del P.S.I. Riccardo Ricci, chiede all'on. Presidente di poter interpellare il Signor Presidente della Giunta per conoscere:

- quali iniziative ha assunto o intende di dover assumere la Regione per rappresentare agli organi pubblici competenti la gravità della situazione per quanto prima esposto e i danni che ne conseguono all'economia della regione e per richiedere immediati

- provvedimenti e interventi che valgano a por fine allo stato di estrema difficoltà e a rimuovere le cause che potrebbero provocarlo anche in futuro;
- come può essere utilizzato l' "Accordino" con l'Austria per ridurre, almeno per i trasportatori residenti nella regione, la pesantezza dei pedaggi e della sovrattassa sul carburante pretesa per i transiti sul territorio austriaco;
 - come e in che misura possono essere stimati i danni che l'intasamento dei valichi di frontiera ha provocato sul flusso turistico per le province di Trento e Bolzano;
 - se ritiene l'esecutivo regionale di dover organizzare urgentemente una Conferenza con la partecipazione dei rappresentanti delle parti politiche, parlamentari, regionali e provinciali, degli operatori economici dei settori trasporto, turismo, commercio, industria e artigianato ed i quanti possono avere interesse e specifica competenza per concorrere alla soluzione della complessa e delicata tematica, allo scopo di poter analizzare e approfondire tutti gli aspetti del problema, perchè la Regione e le due Province, possano a loro volta prospettarli nella loro reale dimensione a chi di competenza, concretando e avanzando contemporaneamente le proposte di intervento non più differibile.

Ringraziando, chiede risposta scritta e invia distinti saluti.

F.to cons. reg. Riccardo Ricci

Trento, 24 luglio 1978

Egregio Signor
Riccardo Ricci - Consigliere regionale
Viale Maino, 3 - ARCO

e, p.c.

Egregio Signor dott. ing. Karl Vaja - Presidente del Consiglio regionale
BOLZANO

Egregio Consigliere,

Rispondo all'interpellanza recante la data 24 luglio scorso e il n. 161, pervenutami il giorno 7 agosto successivo.

La problematica da Lei prospettata investe problemi di rilevante importanza e attualità che interessano l'intera economia regionale e che hanno determinato gravi disagi sia agli operatori economici, che ai turisti, nonché ai settori economici.

Devo peraltro sottolineare come la Giunta regionale, in relazione alle competenze riservate alla Regione dallo Statuto speciale, non possa nelle materie economiche, riservate alla competenza delle Province autonome di Trento e di Bolzano, svolgere un ruolo di intervento diretto né in via legislativa né in via amministrativa.

La Giunta regionale, peraltro, conscia della gravità della situazione che si è venuta determinando, ha utilizzato gli strumenti a sua disposizione, quali l'Accordo preferenziale Trentino-Alto Adige - Tirolo-Vorarlberg, nonché il ruolo generale di carattere politico per rappresentare sia al Governo della Repubblica italiana che al Governo federale austriaco le proprie preoccupazioni per la situazione esistente, soprattutto a seguito della introduzione, da parte austriaca, di una sovrattassa sul carburante per i transiti di automezzi attraverso il territorio austriaco.

Per espresso mandato della Giunta regionale, l'Assessore regionale delegato a seguire i problemi dell'Accordo preferenziale avv. Dubis è intervenuto nelle sedi competenti per evitare in ogni modo l'applicazione della sovrattassa da parte austriaca.

Purtroppo, fino a questo momento, né gli interventi del Governo italiano, né quelli messi in atto dalla Regione e dalle due Province autonome hanno sortito effetti tali da ritenere avviato a soluzione positiva il problema esistente.

Ne consegue che l'economia regionale ha subito danni considerevoli, sia per quanto riguarda il trasferimento delle merci, sia a seguito del rallentamento del flusso turistico nel pieno della stagione estiva.

La quantificazione di tali danni potrà essere stimata nel futuro dai competenti organismi economici, quali le due Camere di Commercio.

Risulta evidente che la carenza di competenze della Regione nei settori economici provinciali non rende ipotizzabile l'organizzazione di una conferenza per lo studio dei problemi determinatisi nei traffici con il vicino territorio austriaco.

Nel caso in cui una tale conferenza venisse avviata in sede provinciale, la Regione non mancherà di intervenire con un proprio positivo contributo.

Distintamente.

Spartaco Marziani

Trento, 10 agosto 1978

An den Herrn
Präsidenten des Regionalrates
BOZEN

INTERPELLATION (Nr. 162)

Die Antwort des Assessors für den Feuerwehrdienst vom 3. Juli 1978 auf meine Anfrage vom 17. Juni 1978, Einstellungen beim Landesfeuerwehrinspektorat Bozen betreffend, muß ich als ganz und gar unbefriedigend bezeichnen.

Art. 17 des Regionalgesetzes vom 26. August 1968, Nr. 20, schreibt nämlich vor, daß der Regionalausschuß, "um besonderen Diensterfordernissen zu begegnen", "ermächtigt ist", ... "Personal im Besitz der für die verschiedenen Planstellen in den einzelnen Laufbahnen erforderlichen Voraussetzungen oder Studientitel" ... "aufzunehmen".

Art. 19 des Regionalgesetzes vom 7. September 1958, Nr. 23, schreibt als Erfordernis: "für die Aufnahmen oder Bestimmung für den Dienst in den Ämtern der Region, die ihren Sitz in der Provinz Bozen haben" ... "eine Kenntnis der italienischen und deutschen Sprache" vor "in einem Maß, das die zufriedenstellende Abwicklung der dem Rang und dem Amt zustehenden Aufgaben und Obliegenheiten gewährleistet".

Somit fehlt jenen, welche die italienische und deutsche Sprache nicht in einem Maß beherrschen, welches "die zufriedenstellende Abwicklung der dem Rang und dem Amte zustehenden Aufgaben und Obliegenheiten gewährleistet", jedenfalls eine nicht unwesentliche vom obgenannten Regionalgesetz für die Ämter der Region, die ihren Sitz in der Provinz Bozen haben, für die verschiedenen Laufbahnen vorgeschriebene Voraussetzung und ist deren Aufnahme ungesetzlich.

Ich muß hier auch meine Verwunderung dem Assessor für den Feuerwehrdienst ausdrücken, daß er anscheinend der Meinung ist — das geht wenigstens aus seiner oben zitierten Antwort hervor — daß die Kenntnis der beiden Sprachen im öffentlichen Dienst erst mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 26. Juli 1976, Nr. 752, vorgeschrieben wurde.

Ich erlaube mir, den Assessor für den Feuerwehrdienst darauf aufmerksam zu machen, daß seit dem Jahr 1948 der 3. Absatz des Art. 85 des alten Autonomiestatuts bereits vorschrieb, daß die "Organe und Ämter der öffentlichen Verwaltung, die ihren Sitz in der Provinz oder die regionalen Wirkungsbereich haben", "im schriftlichen und mündlichen Verkehr die Sprache der Partei" gebrauchen und es dazu Durchführungsbestimmungen (DPR 8. August 1959, Nr. 688) gibt, die immer noch in Kraft sind.

Auch wenn das von ihm genannte Regionalgesetz bzw. die einschlägigen Verordnungen keine Bestimmung über die Feststellung der Kenntnis der zweiten Sprache beinhalten, so hätte diese jedenfalls bereits aufgrund des Art. 17 des oben zitierten Regionalgesetzes vom 26. August 1968, Nr. 20, zu erfolgen, da dieser "den Besitz der für die verschiedenen Planstellen in den einzelnen Laufbahnen erforderlichen Voraussetzungen" ... vorschreibt, zu denen, wie bereits dargelegt, aufgrund des Art. 19 des Regionalgesetzes vom 7. September 1958, Nr. 23, "eine Kenntnis der italienischen und deutschen Sprache, in einem Maß, das die zufriedenstellende Abwicklung der dem Rang und dem Amte zustehenden Aufgaben und Obliegenheiten gewährleistet" gehört.

Es ist erstaunlich, mit welcher Unbefangenheit der Assessor für den Feuerwehrdienst zugibt, daß "es tatsächlich so" ist, daß die erteilten Dienstanweisungen immer in

italienischer Sprache abgefaßt worden sind, "da diese als Amtssprache innerhalb der Verwaltung und den Bürgern gegenüber verwendet wurde" und noch dazu behauptet, daß es in keinen Gesetzesbestimmungen vorgesehen sei, daß die internen Akte der Verwaltung sowohl in italienischer, als auch in deutscher Sprache abgefaßt werden müssen. Abgesehen davon, daß Art. 100 des neuen Autonomiestatuts, der seit 20. Januar 1972, in Kraft ist, allen deutschsprachigen Staatsbürgern, d.h. auch den Staatsbeamten, das Recht zuerkennt, ihre Muttersprache zu gebrauchen, wobei die Fälle, in denen beide Sprachen gebraucht werden müssen, im letzten Absatz des Art. 100 aufgezählt sind, haben bereits die erwähnten Durchführungsbestimmungen aus dem Jahre 1959 verfügt, daß alle Akte und Verfügungen zumindest zweisprachig erfolgen.

Es ist klar, daß ich mit der Antwort auf meine Anfrage mich nicht zufrieden erklären kann und gezwungen bin, meine Anfrage, gemäß Geschäftsordnung, in eine Interpellation an den Präsidenten des Regionalausschusses umzuwandeln, mit der Frage, was der Regionalausschuß zu tun gedenkt, um die unter Verletzung einer wesentlichen Voraussetzung erfolgte Pragmatisierung im technischen Offiziersstellenplan der Berufsfeuerwehr Bozen rückgängig zu machen und die Prozedur unter Einhaltung dieser wesentlichen Bestimmung zu erneuern.

Diese Vorgangsweise ist umso befremdender, weil man von der Region jedenfalls mehr als von den römischen Ministerien erwarten müßte, daß sie jene verfassungsrechtlichen Bestimmungen einhalten, worauf die international garantierte Autonomie Südtirols gründet, von der das Trentino profitiert hat.

gez. Reg. Abg. Dr. Alfons Benedikter

Bozen, 24.8.1978

Al signor
Presidente del Consiglio regionale
BOLZANO

INTERPELLANZA (n. 162)

La risposta del signor Assessore per il servizio antincendi del 3 luglio 1978 alla mia interrogazione del 17 giugno 1978, concernente assunzioni presso l'Ispettorato antincendi di Bolzano è da considerarsi assolutamente insoddisfacente.

L'articolo 17 della legge regionale 26 agosto 1968, n. 20 prevede infatti che la Giunta regionale "è autorizzata per soddisfare particolari esigenze di servizio"... "ad assumere personale in possesso dei requisiti e titoli di studio richiesti per i vari organici delle singole carriere..."

L'articolo 19 della legge regionale 7 settembre 1958, n. 23 prevede quale requisito "per l'assunzione o assegnazione ad un servizio negli uffici della Regione, situati in Provincia di Bolzano" ... "una conoscenza delle lingue italiana e tedesca, nella misura da garantire soddisfacentemente lo svolgimento dei compiti e delle incombenze attribuiti all'Ufficio e alla qualifica rispettivi".

In tal modo coloro, che non conoscono le lingue italiana e tedesca nella misura "da garantire soddisfacentemente lo svolgimento dei compiti e delle incombenze dell'ufficio e della qualifica rispettivi", non sono in possesso di un requisito essenziale prescritto per le singole carriere dalla succennata legge regionale per gli uffici della Regione, situati in Provincia di Bolzano e pertanto la loro assunzione è illegale.

Devo esprimere all'Assessore per il servizio antincendi la mia meraviglia, essendo egli a quanto sembra del parere e come risulta dalla sua precitata risposta, che l'obbligo della conoscenza delle due lingue nel pubblico servizio è stato previsto dal D.P.R. 26 luglio 1976, n. 752.

Mi permetto di richiamare l'attenzione dell'Assessore per il servizio antincendi che sin dal 1948 il terzo capoverso dell'articolo 85 del precedente statuto di autonomia prevedeva che, "gli organi e gli uffici della pubblica amministrazione, situati in Provincia di Bolzano, o aventi competenza regionale", "usano nella corrispondenza e nei rapporti orali la lingua del richiedente" e faccio inoltre presente che a tal riguardo sono state emanate norme di attuazione, tuttora vigenti (DPR 8 agosto 1959, n. 688).

Se anche quindi per il signor Assessore predetta legge regionale, ossia i relativi decreti non rappresentano una norma riguardante l'obbligo della conoscenza della seconda lingua, questo si sarebbe dovuto osservare ai sensi dell'articolo 17 della menzionata legge regionale 26 agosto 1968, n. 20, poichè tale provvedimento legislativo richiede "il possesso dei requisiti necessari per i vari organici delle singole carriere" ... dei quali requisiti fa parte, come già esposto e a sensi dell'articolo 19 della legge regionale 7 settembre 1958, n. 23, "una conoscenza delle lingue italiana e tedesca, in una misura da garantire soddisfacentemente lo svolgimento dei compiti e delle incombenze attribuite all'Ufficio e alla qualifica rispettivi".

E' sorprendente con quale disinvoltura il signor Assessore per il servizio antincendi ammette che effettivamente gli ordini di servizio sono stati sempre redatti in lingua italiana,

“in quanto questa è sempre stata usata come lingua ufficiale nell’ambito dell’amministrazione e nei rapporti con i cittadini”, sostenendo altresì che nessuna norma di legge prevede che gli atti interni dell’amministrazione devono essere redatti nelle lingue italiana e tedesca. A prescindere dal fatto che l’articolo 100 del nuovo Statuto di autonomia, in vigore dal 20 gennaio 1972, riconosce a tutti i cittadini di lingua tedesca, vale a dire anche gli impiegati dello Stato, il diritto di usare la loro lingua materna ed, oltre ad indicare all’ultimo capoverso i casi, in cui è obbligatorio usare le due lingue, le menzionate norme di attuazione dell’anno 1959 dispongono che tutti gli atti d’ufficio e decreti vanno redatti almeno in due lingue.

E’ evidente che non mi posso dichiarare soddisfatto della risposta alla mia interrogazione e sono pertanto costretto a mutarla, a sensi del vigente regolamento interno, in una interpellanza rivolta al signor Presidente della Giunta regionale, per sapere che cosa intende fare la Giunta regionale per rimediare all’assunzione in ruolo, senza un requisito essenziale, avvenuta nell’organico tecnico degli uffici del Corpo dei VVFF effettivi di Bolzano per rinnovare la procedura rispettando questa norma fondamentale.

Simile modo di procedere è ancor più sorprendente, poichè dalla Regione si dovrebbe poter attendere, più che dai Ministeri romani, il rispetto di quelle norme costituzionali, sulle quali si basa l’autonomia per l’Alto Adige garantita in sede internazionale e della quale ne ha approfittato il Trentino.

Consigliere Regionale
f.to Dr. Alfons Benedikter

Bolzano, 24 agosto 1978

An den Herrn
Präsidenten des Regionalrates
BOZEN

ANFRAGE (Nr. 163)

Der unterfertigte Regionalratsabgeordnete der Sozialdemokratischen Partei Südtirols (SPS) schickt voraus,

- daß mit Regionalgesetz vom 24. Juni 1977, Nr. 6 die Gründe für die Nichtwählbarkeit zu Regionalratsabgeordneten neu festgelegt worden sind;
- daß mit Landesgesetz der Provinz Trient vom 28. Juli 1978, Nr. 34 eine gesetzliche Bestimmung erlassen wurde, wonach "die zu Regionalratsabgeordneten... gewählten Angestellten der Provinz und der öffentlichen Ämter, deren Regelung in die gesetzliche Zuständigkeit der Provinz fällt, während der gesamten Dauer des Mandats in unbezahlten Wartestand versetzt werden".

Daraus ergibt sich, daß die Frage der Unvereinbarkeit sowie die wirtschaftliche und rechtliche Behandlung der zu Regionalratsabgeordneten gewählten Angestellten von öffentlichen Körperschaften eine Neueregulierung erfahren hat, welche die Überprüfung einiger konkreter Fälle angebracht erscheinen läßt.

Dies vorausgeschickt, werden an die Regionalregierung folgende Fragen gerichtet:

- 1) Wieviele Angestellte der Regionalverwaltung bzw. getrennt der Landesverwaltungen von Bozen und Trentino wurden im Zeitraum von 1948 bis 1973 zu Regionalratsabgeordneten gewählt?
- 2) Wieviele Dienstjahre in den genannten Verwaltungsbereichen wiesen die einzelnen Angestellten vor ihrer Wahl in den Regionalrat auf?
- 3) Wieviele von diesen Regionalratsabgeordneten sind nach Ablauf einer bzw. mehrerer Legislaturperioden wieder in den Verwaltungsdienst zurückgekehrt?
- 4) Welchen Prozentsatz ihres Beamtengehaltes erhalten die in den Regionalrat gewählten Angestellten der Verwaltungen zusätzlich zu ihren Bezügen als Mandatare ausbezahlt?
- 5) Wieviele von den in den Regionalrat gewählten Angestellten der Verwaltungen sind in der Zwischenzeit als Beamte mit einer Abfertigung und einer monatlichen Rente in welcher Höhe in Pension gegangen?

Der Unterfertigte ersucht um schriftliche Beantwortung.

gez. Reg. Abg. Willi Erschbaumer

Bozen, 13.9.1978

Al Signor
Presidente del Consiglio regionale
BOLZANO

INTERROGAZIONE (n. 163)

Il sottoscritto Consigliere regionale del partito socialdemocratico sudtirolese premette che,

- con legge regionale 24 giugno 1977, n. 6 sono stati stabiliti i nuovi criteri di incompatibilità con la carica di Consigliere regionale;
- con legge provinciale della Provincia di Trento del 28 luglio 1978 n. 34 è stato disposto che "nel caso di elezione alla carica di Consigliere regionale i dipendenti della Provincia e dei pubblici uffici, la cui regolamentazione è soggetta alla competenza legislativa della Provincia, vengono collocati per tutta la durata del mandato in aspettativa senza fruire degli assegni".

Risulta pertanto che la questione della incompatibilità, nonché del trattamento economico e giuridico dei dipendenti degli enti pubblici, eletti Consiglieri regionali, è stata regolamentata ex-novo, per cui sembra opportuno il riesame di alcuni casi concreti.

Ciò premesso si rivolgono alla Giunta regionale le seguenti domande :

- 1) Quale è il numero dei dipendenti della Regione e separatamente delle amministrazioni provinciali di Bolzano e Trento che sono stati eletti Consiglieri regionali nel periodo 1948-1973?
- 2) Quale era l'anzianità di servizio dei singoli dipendenti maturata nelle predette amministrazioni al momento della loro elezione alla carica di Consiglieri regionali?
- 3) Quale è il numero di questi Consiglieri regionali che sono rientrati in servizio alla scadenza di una o più legislature?
- 4) In quale misura ai dipendenti delle menzionate amministrazioni, una volta eletti Consiglieri regionali, viene erogato il rispettivo stipendio oltre all'indennità consiliare inerente al loro mandato politico?
- 5) Quanti dipendenti delle succennate amministrazioni, chiamati a ricoprire la carica di Consigliere regionale, sono stati collocati nel frattempo a riposo come funzionari, fruendo di una liquidazione come pure del trattamento di quiescenza e quale è il rispettivo ammontare?

Si richiede risposta scritta.

F.to Cons. reg. Willi Erschbaumer

Bolzano, 13 settembre 1978

Egregio signor
Willi Erschbaumer Consigliere regionale
MERANO - Condominio Ifiger Texelstr. 20

Egregio Signor
dott. ing. Karl Vaja - Presidente del Consiglio Regionale
BOLZANO

Rispondo all'interrogazione rivolta da Lei dalla S.V. e recante il n. 163, per fornire gli elementi di conoscenza da Lei richiesti per quanto riguarda la posizione dei dipendenti regionali.

Relativamente ai dipendenti provinciali, ho già avuto modo di comunicarLe di avere richiesto elementi alle Giunte provinciali di Trento e di Bolzano, ma in vista della scadenza della legislatura regionale, penso che tali informazioni potranno essere da Lei direttamente sollecitate nelle sedi provinciali.

Venendo alle domande da Lei rivoltemi, sono in grado di precisarLe:

- 1) I dipendenti regionali eletti consiglieri regionali nel periodo 1948-1973 sono stati n. 11.
- 2) Al momento della loro elezione l'anzianità di servizio maturata dai predetti dipendenti nell'Amministrazione regionale era la seguente:

	anni	mesi	giorni
a) BERNARTH Arnold	13	3	28
b) BRUGGER Peter	1	1	3
c) DALLA ROSA Luigi	2	11	7
d) DALSASS Joachim	3	9	12
e) KAPFINGER Anton	26	1	12
f) MARTINELLI Elio	7	6	3
g) PEDRINI Ottorino	24	1	10
h) PRUNER Enrico	0	8	12
i) STEGER Heinold	6	9	22
l) ZIERNHÖLD Josef	2	2	20
m) VINANTE Renato	10	10	27

- 3) Dei predetti consiglieri 7 sono rientrati in servizio allo scadere di una o più legislature (Bernahrt Arnold, Dalla Rosa Luigi, Kapfinger Anton, Martinelli Elio, Pruner Enrico, Steger Heinold, Ziernhold Josef).
- 4) Il trattamento economico spettante ai dipendenti regionali collocati in aspettativa per mandato politico in seguito ad elezione a consigliere regionale è stabilito dalla legge regionale 11 novembre 1960, n. 28, la quale prevede il divieto di cumulo dello stipendio con l'indennità consiliare.
L'indennità predetta compete limitatamente all'eventuale differenza tra l'indennità stessa e lo stipendio in godimento.

5) Dei dipendenti sopra elencati n. 2 (Brugger Peter e Dalsass Joachim) sono stati collocati a riposo e n. 1 (Pedrini Ottorino) è deceduto durante l'aspettativa per mandato politico; n. 7 sono rientrati in servizio e di questi n. 3 sono stati collocati successivamente a riposo (Bernhard Arnold, Kapfinger Anton e Zierhöld Josef) mentre n. 4 sono stati trasferiti alle Province Autonome di Trento e di Bolzano (Dalla Rosa Luigi, Martinelli Elio, Pruner Enrico e Steger Heino). Solo uno attualmente risulta essere in aspettativa per mandato politico (Vinante Renato).

L'ammontare dell'indennità di liquidazione e del trattamento di quiescenza risulta dal seguente prospetto:

Nome e cognome	Data di collocamento in pensione	Indennità di liquidazione	trattamento di quiescenza annuo	
			pensione base	indenn. integr. speciale
Bernhart Arnold	30.6.1975	21.325.294	6.467.500	553.920
Brugger Peter	11.1.1974	33.750.846	12.157.500	368.640
Dalsass Joachim	21.1.1974	33.532.333	10.111.500	368.640
Kapfinger Anton	2.1.1973	32.729.253	12.807.500	299.520
Zierhöld Josef	1.4.1975	32.271.866	9.316.000	464.640

Distinti saluti

Spartaco Marziani

Trento, 16 ottobre 1978

An den Herrn
Präsidenten des Regionalrates
BOZEN

DRINGENDE ANFRAGE (Nr. 164)

Der unterfertigte Regionalratsabgeordnete erlaubt sich vorzuschicken, daß seit Monaten Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft der Grundbuchsangestellten und dem Regionalausschuß zwecks Neuregelung der Laufbahnen bzw. lohnmäßiger Angleichung an die ausgeübte Funktion für Grundbuchsführer und Grundbuchsangestellte stattgefunden haben. Wie aus dem Rundschreiben der Gewerkschaft der Angestellten der Grundbuchsämter vom 7. September hervorgeht, haben die Verhandlungen zu keinem für das Grundbuchpersonal annehmbaren Ergebnis geführt. Seit dem 26. Juni 1978 befinden sich die Grundbuchsführer in einem "weißen Streik", indem sie die Ausübung der höheren Amtsbefugnisse verweigern.

Die Folgen dieses Streiks sind die Nichterledigung tausender Akten aller Art wie Kaufverträge, Erbschaftsverträge, Baugrundeintragungen für Genossenschaften und Private, Zahlungsverträge und anderes mehr. Dutzende von Milliarden Lire können somit nicht ihren Besitzer wechseln.

Dies vorausgeschickt, möchte der Unterfertigte den zuständigen Regionalassessor befragen,

1. ob es den Tatsachen entspricht, daß das Grundbuchpersonal der Region Trentino-Südtirol nicht den Erfordernissen und den Leistungen entsprechend in die Beamtenlaufbahnen eingestuft ist und dementsprechend entlohnt wird;
2. ob die in der Prämisse dieser Anfrage getroffene Aussage zutrifft, wonach sich bereits Tausende von Akten angehäuft haben, welche auf eine dringende Erledigung warten und daß das dadurch blockierte Kapital bereits einen Betrag von Dutzenden von Milliarden Lire erreicht hat;
3. aus welchen konkreten Gründen die mit der Gewerkschaft geführten Verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis geführt haben;
4. welche Maßnahmen der Regionalausschuß bzw. der zuständige Regionalassessor zur Behebung der geschilderten Zustände zu ergreifen gedenkt, um die schwerwiegenden Probleme auf dem Gebiet der Grundbuchsämter der Region zur Zufriedenheit aller direkt und indirekt Betroffenen zu lösen.

Der Unterfertigte ersucht um schriftliche Beantwortung.

gez. Reg. Abg. Willi Erschbaumer

Bozen, 15.9.78

Al signor
Presidente del Consiglio Regionale
BOLZANO

INTERROGAZIONE URGENTE (n. 164)

Il sottoscritto Consigliere regionale premette che da mesi hanno luogo trattative tra il sindacato dei dipendenti degli uffici tavolari e la Giunta regionale per la nuova regolamentazione delle carriere, ossia l'adeguamento del trattamento economico alle funzioni esercitate dai conservatori dei Libri fondiari e dal rispettivo personale. Dalla circolare del sindacato predetto del 7 settembre u.s. risulta che le menzionate trattative non hanno condotto a risultati accettabili da parte del personale degli uffici tavolari, che dal 26 giugno 1978 si trova in agitazione, adottando lo sciopero bianco e rifiutando pertanto di esercitare le funzioni superiori.

Di conseguenza migliaia di atti di ogni genere, come i contratti di compravendita, di successione, le iscrizioni tavolari delle p.f. a favore di cooperative e privati, contratti di pagamento ecc. giacciono inevasi, per cui dozzine di miliardi di lire non possono passare ai legittimi proprietari.

Ciò premesso il sottoscritto si permette di interrogare il competente Assessore regionale per sapere :

- 1) se risponde a realtà che il personale degli uffici tavolari della Regione Trentino-Alto Adige non è inquadrato nelle carriere rispondenti alle relative esigenze e funzioni e che non gode pertanto di un adeguato trattamento economico;
- 2) se l'affermazione di cui alla premessa risponde alla realtà dei fatti, secondo cui migliaia di atti attenderebbero un'evasione urgente e se di conseguenza il capitale bloccato ha raggiunto effettivamente l'importo di dozzine di miliardi di lire;
- 3) quali sono i motivi effettivi che non hanno permesso di trovare finora nel corso delle trattative uno sbocco positivo;
- 4) quali misure intende adottare la Giunta regionale, rispettivamente l'assessore competente per eliminare la situazione illustrata e risolvere i gravi problemi degli uffici tavolari della Regione con soddisfazione di tutti coloro, che sono direttamente o indirettamente interessati al problema.

Il sottoscritto richiede risposta scritta.

f.to Cons. reg. Willi Erschbaumer

Bolzano, 15 settembre 1978

Herr Willi Erschbaumer
Regionalratsabgeordneter
Texelstraße
MERAN
und zur Kenntnis:

Herrn Dr. Ing. Karl Vaja
Präsident des Regionalrats
BOZEN

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

In Beantwortung Ihrer Anfrage (Nr. 164) vom 15. September d.y. möchte ich vorausschicken, daß die vormalig von den Bediensteten der Grundbuchsämter gestellten rechtlichen und finanziellen Forderungen in ihrer Zielsetzung oder in ihrem Inhalt den derzeitigen Absichten entsprechen. Die Regionalregierung hat wiederholt mit Gesetz die Stellung dieser Bediensteten berücksichtigt, bis mit dem letzten Regionalgesetz Nr. 13 aus dem Jahre 1974 zwei außerordentliche Laufbahnen für die Grundbuchsführer und die Grundbuchsgehilfen eingeführt wurden, so daß diese sich unter Berücksichtigung der besonderen Aufgaben vom übrigen Personal unterscheiden.

Im Gewerkschaftsstreit, der vor einigen Monaten vom Personal des Sonderstellenplanes der Grundbuchsämter vom Zaun gebrochen worden ist, hat der Regionalaussschuß über das zuständige Assessorat versucht, auf verschiedenen Wegen eine Lösung herbeizuführen, ohne jedoch vom allgemeinen Problem abzuweichen.

Das Grundbuchsdekret ist eine juristische Maßnahme, die vom Bezirksrichter in seiner Eigenschaft als Grundbuchsdekret getroffen wird.

Unter den verschiedenen Aufgaben der Grundbuchsführer bestand immer einvernehmlich eine Zusammenarbeit mit dem Richter, dem die Sachkontrolle der Unterlagen bei Ausarbeitung des Grundbuchsdekretes zusteht.

Aus diesem Grunde und wegen anderer besonderer Aufgaben hatte die Region seit dem Jahre 1950 für die Grundbuchsführer eine Sonderlaufbahn vorgesehen, die mit Regionalgesetz vom 23. Dezember 1974, Nr. 13, auch mit der Einführung des Ranges der Grundbuchsgehilfen weiter ausgebaut wurde.

Die Region ist trotz ihrer Bereitschaft zu weiteren Besserstellungen der Ansicht, daß sie die Aufgaben der Grundbuchsführer, die sie in ihrer Eigenschaft als Regionalbedienstete durchführen, sowohl von juristischer als auch von finanzieller Seite beleuchtet und bewertet hat, jedoch zur Ansicht gelangt ist, daß die Forderungen Aufgaben betreffen, die den Richtern obliegen. Änderungen in diesem Bereich sind nicht absehbar, sofern sie nicht über eine Reform der Gerichtsbarkeit erfolgen, für die der Staat zuständig ist.

Die mit Regionalgesetz Nr. 13 dem Jahre 1974 vorgesehene Besoldung entspricht somit auch unter Berücksichtigung des Studientitels den zuerkannten Rängen.

In den Grundbuchsämtern der Region sind derzeit Akten anhängig, aber dies ist der Tatsache zuzuschreiben, daß die Richter, die zum Großteil wegen Ferien abwesend sind, bis heute noch nicht die Überprüfung derselben und die Unterschrift der Dekrete vorgenommen haben, auch wenn die dringenden Akten (besonders jene über Darlehen) in letzter Zeit in beinahe allen

Grundbuchsämtern erledigt worden sind.

Hinsichtlich der aufgezeigten Angelegenheit sind Kontakte mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes und mit den verschiedenen Richtern zur Klarstellung der jeweiligen Aufgaben aufgenommen worden.

Der Regionalausschuß hat in verschiedenen Zusammenkünften mit der Gewerkschaft der Bediensteten der Grundbuchsämter die aufgezeigte Lage umrissen und seine Verfügbarkeit zur Prüfung des Problems innerhalb der mit Statutenbestimmungen zuerkannten Grenzen neuerlich bekräftigt, ohne daß ihm jedoch eine entsprechende Möglichkeit zur Begegnung gegeben worden wäre.

Es ist anzunehmen, daß die finanzielle Seite der Forderungen der Grundbuchsbediensteten im Rahmen des umfassenden Problems der Besoldung der öffentlichen Bediensteten zu sehen ist, während es für den Rechtsstatus notwendig sein wird, die Neuordnung der Regionalämter einschließlich der Einführung der Funktionsränge abzuwarten, Neuordnung, die für die nächste Legislaturperiode der Region vorgesehen ist.

Mit den besten Grüßen

gez. Dr. Luis Durnwalder

Trient, 29.9.78

Egregio Signor
Willi Erschbaumer - Consigliere regionale
MERANO - via Texel

e,p.c.

Egregio Signor
dott. ing. Karl Vaja - Presidente del Consiglio regionale
BOLZANO

Egregio consigliere,

nel rispondere all'interrogazione della S.V. di data 15 settembre scorso, premetto che, in merito alle rivendicazioni di carattere giuridico ed economico avanzate dai dipendenti dei Libri fondiari e aventi finalità o contenuti analoghi a quella dell'attuale periodo, la Giunta regionale ha ripetutamente con legge, tenuta presente la posizione di tali dipendenti fino alla più recente legge regionale n. 13 del 1974, con la quale sono state istituite due carriere atipiche per i conservatori del Libro fondiario e per gli aiutanti tavolari, differenziandoli dal rimanente personale proprio per tener conto delle particolari mansioni svolte.

Nella vertenza sindacale avviata da qualche mese dal personale del ruolo speciale dei Libri fondiari la Giunta regionale, tramite l'Assessore competente, ha cercato varie ipotesi di soluzioni senza peraltro poter prescindere dal carattere generale del problema:

Il decreto tavolare è un provvedimento giudiziario emesso dal pretore in veste di giudice tavolare.

Fra le varie mansioni spettanti ai conservatori è sempre stata intesa una collaborazione col giudice, cui spetta il controllo di merito dei documenti, nella predisposizione del decreto tavolare.

Per questo ed altri compiti specifici, fino dal 1950 la Regione aveva previsto per i conservatori del Libro fondiario una carriera speciale che la legge regionale 23 dicembre 1974, n. 13 ha ulteriormente sviluppato anche con l'istituzione della qualifica degli aiutanti tavolari.

Pertanto la Regione ritiene (pur nella disponibilità di ulteriori miglioramenti) di aver considerato e valutato, sia giuridicamente che economicamente le mansioni dei conservatori svolte nella veste di dipendenti regionali, in quanto quelle rivendicate sono mansioni proprie dei magistrati. Modifiche istitutive in questo campo non sono ipotizzabili se non attraverso una riforma del sistema giudiziario di competenza statale.

Il trattamento economico previsto dalla legge regionale n. 13 del 1974 è quindi corrispondente alle qualifiche attribuite, tenuto conto anche del titolo di studio.

Negli uffici tavolari della Regione attualmente sono pendenti atti, ma ciò è dovuto al fatto che i giudici (assenti in gran parte per le ferie) non hanno a tutt'oggi provveduto all'esame delle pratiche ed alla firma dei decreti, anche se gli atti urgenti (specie riguardanti

mutui) hanno avuto evasione in questo ultimo periodo ed in quasi tutte le sedi.

A tal riguardo non sono mancati contatti col Presidente della Corte d'Appello e con i vari giudici per i chiarimenti dei rispettivi compiti.

La Giunta regionale, in diversi incontri con il Sindacato dei dipendenti dagli uffici tavolari, ha puntualizzato la situazione sopra esposta ed ha riaffermato la Sua disponibilità per l'esame del problema nei limiti della competenza attribuita dalle norme statutarie non ottenendo però una corrispondente possibilità di incontro.

E' da ritenere che la parte economica della rivendicazione dei dipendenti tavolari potrà essere considerata nell'ambito del complessivo problema del trattamento dei pubblici dipendenti, mentre per lo status giuridico occorrerà attendere la ristrutturazione degli uffici regionali — con l'introduzione delle qualifiche funzionali — prevista ormai nella prossima legislatura regionale.

Distinti saluti

(dott. Luis Durnwaldern)

Trento, 29 settembre 78

Ill.mo Signor
Presidente del Consiglio regionale
BOLZANO

INTERROGAZIONE (n. 165)

Da qualche tempo accade sempre con maggiore frequenza che i signori Zaccagnini e Piccoli, quando si recano ad appuntamenti pubblici del loro partito (per quelli strettamente privati non siamo a conoscenza...), sono scortati da ingenti forze dell'ordine.

Di contrasto risulta all'interrogante che con non altrettanto zelo sono custoditi e le persone e i beni della gente comune, cioè di coloro che lavorano e pagano le tasse.

L'ultimo fatto è accaduto nella nostra città domenica 15 ottobre, in occasione di un convegno D.C.

Dopo quanto premesso il sottoscritto Consigliere regionale dott. Domenico Fedel chiede di poter interrogare il Presidente della Giunta regionale per conoscere:

- 1) quali diritti speciali abbiano i signori Piccoli e Zaccagnini per avere la scorta a spese del contribuente, considerato che non sono ministri ma soltanto rispettivamente Segretario e Presidente di Partito;
- 2) se questo costume sarà esteso a tutti i Presidenti e segretari di Partito;
- 3) in che modo e in quale misura il popolo trentino deve contribuire a pagarne le spese;
- 4) se questo comportamento discriminatorio e dispendioso, vista la difficile situazione economica e dell'ordine pubblico a sfavore della generalità dei cittadini, corrisponda a principi di giustizia e di buon costume;
- 5) se non ritiene il Presidente della Giunta regionale di intervenire in sede appropriata al fine di far smettere questo uso di mal costume così offensivo per le laboriose popolazioni trentine anche se di abituale uso presso i satrapi e faraoni romani, magari esportati dalle Gallie e dalle Rezie a Roma

A norma di Regolamento si chiede risposta scritta.

F.to cons. reg. dott. Domenico Fedel

Trento, 16 ottobre 1978

Egregio Signor
dott. Domenico Fedel - Consigliere regionale
MIOLA DI PINE'

e, p.c.
Egregio Signor
ing. Karl Vaja
Presidente del Consiglio regionale
BOLZANO

Egregio Consigliere,

presa visione dell'interrogazione n. 165 recante la data del 16 ottobre scorso e pervenutami in data odierna, ritengo che gli elementi di conoscenza che Lei intende acquisire dalla Regione riguardino materie estranee alla competenza degli organi regionali.

L'art. 116 del Regolamento interno del Consiglio regionale prevede che in tali ipotesi le interrogazioni, interpellanze e mozioni non siano ammissibili.

Ne deriva che, pur in presenza dell'inoltro della interrogazione da parte della Presidenza del Consiglio regionale, il sottoscritto non sia in grado di fornire gli elementi richiesti per il motivo pregiudiziale sopra indicato.

Distintamente

Spartaco Marziani

Trento, 20 ottobre 1978